

### ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch

*Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Maximilian Fell, Friederike Fourné, Max Lay,  
Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Radek Šauer,  
Moritz Schasching, Marcus Scheiblecker und Lara Zarges*



ifo Schnelldienst  
ISSN 0018-974 X (Druckversion)  
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,  
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifo.de.  
Redaktion: Dr. Marga Jennewein, Dr. Cornelia Geißler.  
Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest, Prof. Dr. Chang Woon Nam.  
Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: monatlich + zwei Sonderausgaben.  
Bezugspreis jährlich: EUR 150,-  
Preis des Einzelheftes: EUR 12,-  
jeweils zuzüglich Versandkosten.  
Layout: Kochan & Partner GmbH.  
Satz: ifo Institut.  
Druck: SAS Druck, Fürstenfeldbruck.  
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):  
nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

**im Internet:**  
<https://www.ifo.de>

Juni 2023

# **ifo** SCHNELLDIENST Sonderausgabe

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft</b>	<b>3</b>
1.1. Überblick	3
1.2. Ausblick	4
1.3. Risiken	6
<b>2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft</b>	<b>8</b>
2.1. Überblick	8
2.2. Ausblick	9
<i>Box: Zur Revision der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2023</i>	11
2.3. Prognoseunsicherheit und Risiken	13
2.4. Finanzpolitik nochmals expansiv in diesem Jahr	14
2.5. Restriktivere Geldpolitik entfaltet zunehmend Wirkung	14
2.6. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen	17
2.7. Preisdruckentspannt sich langsam – Kerninflation weiter hoch	18
<i>Box: Zu den entstehungs- und einkommenseitigen Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Teuerung im Jahr 2022</i>	19
2.8. Produktion zwischen schwacher Güternachfrage und Dienstleistungsaufschwung	23
<i>Box: Zur Prognose des ersten Quartals 2023 und der vorliegenden Indikatorik</i>	26
2.9. Vorerst Stagnation im Außenhandel	27
2.10. Unternehmensinvestitionen entwickeln sich zunächst verhalten	29
<i>Box: Zu den Investitionserwartungen der Unternehmen</i>	29
2.11. Abwärtstrend im Wohnbau setzt sich fort	31
2.12. Privater Konsum auf dem Weg der Erholung	33
<i>Box: Zur wöchentlichen Abschätzung des privaten Konsums anhand von Kreditkartentransaktionsdaten</i>	35
2.13. Staatskonsum verlässt Corona-Plateau	36
2.14. Gedämpfte Dynamik am Arbeitsmarkt	36
<i>Box: Zum Einfluss des Krankenstandes auf das Arbeitsvolumen</i>	38
2.15. Verdienste ziehen nach, Reallohnplus in Sichtweite	40
2.16. Staatsdefizite gehen langsam zurück	40
<b>3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion</b>	<b>43</b>
<b>4. Zur Finanzpolitik in Deutschland</b>	<b>46</b>
<b>5. Literatur</b>	<b>47</b>
<b>6. Tabellenanhang</b>	<b>48</b>



Timo Wollmershäuser, Stefan Ederer, Maximilian Fell, Friederike Fourné, Max Lay, Robert Lehmann, Sebastian Link, Sascha Möhrle, Ann-Christin Rathje, Radek Šauer, Moritz Schasching, Marcus Scheiblecker und Lara Zarges

# ifo Konjunkturprognose Sommer 2023: Inflation flaut langsam ab – aber Konjunktur lahmt noch

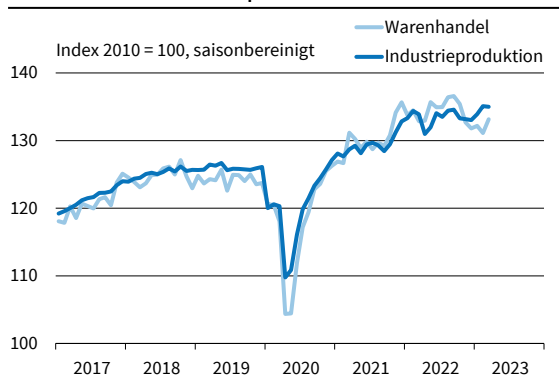
## 1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

### 1.1. ÜBERBLICK

Die Weltwirtschaft gewann im ersten Quartal als Folge der guten Entwicklung in China wieder etwas an Schwung. Die globale Industrieproduktion folgte in den vergangenen zwölf Monaten einem schwach aufwärtsgerichteten Trend. Der Welthandel war jedoch seit seinem Höchstwert im September 2022 bis zum Februar 2023 deutlich zurückgegangen (vgl. Abb. 1.1). Lediglich im März kam es erstmals wieder zu einer Aufwärtsbewegung, die jedoch bislang keine Trendumkehr darstellt.

Sowohl in den USA als auch im Euroraum befindet sich die Inflation, nach Überwindung des Höhepunkts vor ein paar Monaten, nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Seit einigen Monaten lässt sich bei Energie und Rohstoffen ein deutlicher Rückgang der Preissteigerung beobachten (vgl. Abb. 1.2). Die als Reaktion auf die hohe Inflation restriktiver gewordene Geldpolitik wirkt sich mittlerweile vermehrt bremsend auf die Weltkonjunktur aus. Die Federal Reserve Bank erhöhte ihren Leitzinssatz Anfang Mai auf ein Niveau zwischen 5% und 5,25% und damit auf einen Wert, der zuletzt vor der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 beobachtet wurde. Auch die EZB tätigte einen weiteren Zinsschritt Mitte Juni und erhöhte ihren Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 4,0% (vgl. Abb. 1.3).

Abb. 1.1  
Welthandel und -industrieproduktion

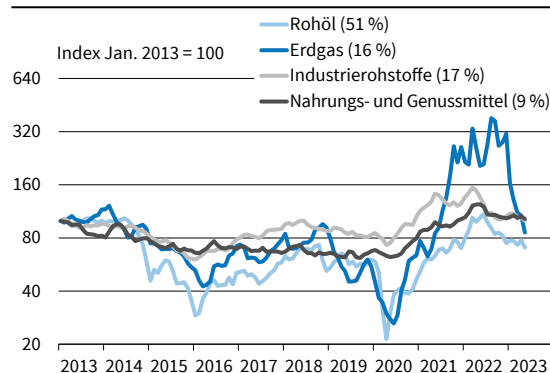


Quelle: Centraal Plan Bureau (CPB).

© ifo Institut

Abb. 1.2

### Rohstoffe<sup>a</sup>



<sup>a</sup> HWWI-Index, US-Dollar-Basis, logarithmische Darstellung.

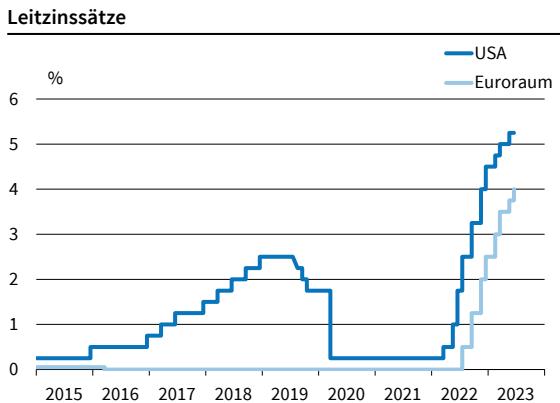
Quelle: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI).

© ifo Institut

### IN KÜRZE

Die deutsche Wirtschaft erfuhr im zurückliegenden Winterhalbjahr einen kräftigen Rücksetzer. Als Folge der hohen Inflation schwächte sich die Nachfrage spürbar ab. Erst ab der zweiten Hälfte des laufenden Jahres dürften die Einkommen der privaten Haushalte wieder stärker zulegen als die Preise und der private Konsum an Fahrt aufnehmen. Die Baukonjunktur wird sich im gesamten Prognosezeitraum abkühlen, da der Anstieg der Baupreise nur langsam zurückgeht und die Kreditzinsen hoch bleiben. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte dank der hohen Auftragsbestände seine Produktion moderat ausweiten. Zusammengenommen wird das Bruttoinlandsprodukt in den beiden Quartalen des Sommerhalbjahres 2023 wohl nur schwach um 0,1% bzw. 0,2% gegenüber dem Vorquartal expandieren. Ab Ende des Jahres dürfte sich die Konjunktur dann wieder erholen und die Wirtschaft mit kräftigeren Raten zulegen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl um 0,4% zurückgehen und im kommenden Jahr um 1,5% zunehmen. Die Inflationsrate dürfte von 6,9% im Jahr 2022 auf 5,8% im Jahr 2023 und 2,1% im Jahr 2024 sinken.

Abb. 1.3



Quelle: Fed; EZB. © ifo Institut

Die chinesische Wirtschaft überraschte im ersten Quartal mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 2,2% im Vorquartalsvergleich. Als Reaktion auf die während der Coronakrise zurückgestaute Nachfrage der privaten Haushalte expandierte der Konsum zu Jahresbeginn deutlich. Bislang haben sich die Probleme auf den Immobilienmärkten noch nicht auf die Konsum- und Investitionsnachfrage belastend ausgewirkt. Im Unterschied zu den USA und dem Euroraum entwickelte sich in China die Inflationsrate im Anschluss an die Coronakrise sehr verhalten. Im September 2022 wurde ein Höchstwert von gerade einmal 2,8% erreicht. Seither hat sich der Preisauftrieb stetig zurückgebildet. Im April 2023 stiegen die Verbraucherpreise nur mehr um 0,1% gegenüber dem Vorjahr, gefolgt von 0,2% im Mai.

Die US-Wirtschaft nahm nach Überwindung einer Wachstumsschwäche im ersten Halbjahr 2022 in den Folgequartalen wieder Fahrt auf. Die von einigen Vorlaufindikatoren aufgezeigte bevorstehende Rezession blieb bislang aus. Die Rückführung der während der Coronakrise gebildeten Ersparnisse der privaten Haushalte, wie auch die nach wie vor günstige Arbeitsmarktsituation, ließen die Konsumnachfrage stärker als in den Vorquartalen expandieren. Dies spiegelt sich vor allem in der kräftigen Nachfrage nach Dienstleistungen wider. In diesem Segment ist der Preisauftrieb nach wie vor spürbar, was auch den Rückgang der Kerninflationsrate in den letzten Monaten zum Erliegen gebracht hat (vgl. Abb. 1.4 A). Es ist zu erwarten, dass bei Anhalten dieser Entwicklung die US-Notenbank weitere Zinsschritte ins Auge fassen muss.

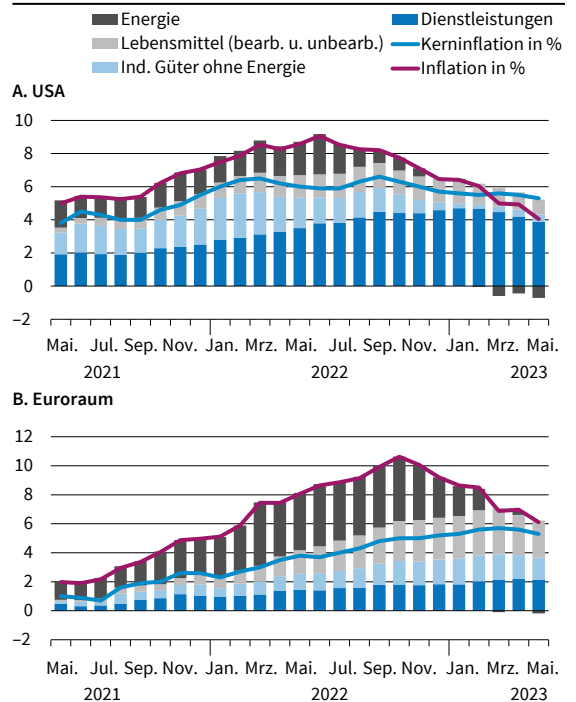
Im Euroraum stagnierte die Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr. Dabei schlug sich insbesondere der Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 deutlich nieder. In Frankreich und Italien konnte die Wirtschaft in diesem Zeitraum leicht expandieren, während die spanische Wirtschaft ihren robusten Wachstumstrend fortsetzte.

Die hohe Inflation im Euroraum bildet sich zwar seit einigen Monaten zurück, die Zinssätze sind jedoch spürbar gestiegen, was die Investitionsnachfrage, ins-

Abb. 1.4

**Wachstumsbeiträge zur Inflation**

Beitrag in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat; U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS); WIFO-Berechnungen. © ifo Institut

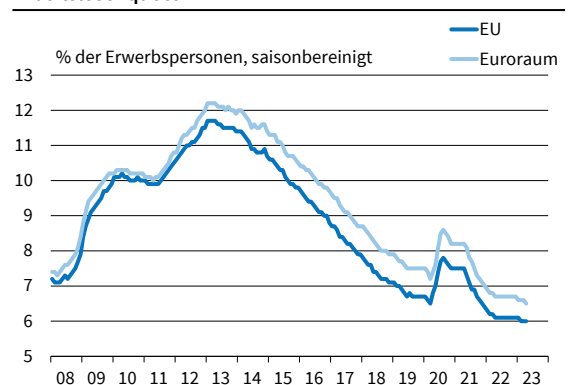
besondere im Baubereich, belastet. Auch der private Konsum stagnierte im Winterhalbjahr. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung der letzten Quartale hat sich bislang noch nicht auf die europäischen Arbeitsmärkte ausgewirkt. In der EU verharrte die Arbeitslosenquote im April auf ihrem historisch niedrigen Niveau von 6% und im Euroraum kam es in diesem Monat sogar noch zu einem weiteren Rückgang auf 6,5% (vgl. Abb. 1.5).

**1.2. AUSBLICK**

Der durch die Coronakrise entstandene konsumtive Nachholbedarf wird die Ausweitung der Inlandsnachfrage in China in diesem und im kommenden Jahr begünstigen. Dennoch dürfte sich das Wirtschaftswachs-

Abb. 1.5

**Arbeitslosenquoten**



Quelle: Eurostat. © ifo Institut

tum nach dem starken Jahresauftakt im weiteren Verlauf verlangsamen, da das gedämpfte wirtschaftliche Umfeld in den USA und Europa die chinesische Exportwirtschaft belastet. So fiel etwa im Mai 2023 die Warenausfuhr im Vorjahresvergleich um 7,5%. Erst gegen Jahresende kann damit gerechnet werden, dass die Konjunktur wieder vermehrt in Schwung kommt. Insgesamt dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 5,6% und im Jahr 2024 um 4,6% zulegen (vgl. Tab. 1.1).

In den USA zeigen die Konsumumfragen schon seit Beginn des Jahres eine nachlassende Zuversicht der privaten Haushalte, die bis zum Mai 2023 anhält. Auch die Konjunkturumfragen unter US-Industrieunternehmen deuten bereits seit einiger Zeit auf eine bevorstehende Rezession hin. Der ISM-Index, der die Auftragseingänge in der Industrie abbildet, schwenkte 2021 auf einen abwärts gerichteten Trend ein und weist seit Ende 2022 auf eine schrumpfende Industrieproduktion hin. Die Daten zu den Auftragseingän-

gen für April deuten jedoch darauf hin, dass mit einer Rezession erst im zweiten Halbjahr 2023 zu rechnen sein wird. Insgesamt dürfte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 0,9% expandieren. Trotz einer Wiederbelebung der Wirtschaftsdynamik im kommenden Jahr wird das Wachstum des Jahres 2024 mit 0,6% voraussichtlich nur verhalten ausfallen.

Im Euroraum dürfte sich die Wirtschaft, nach den leichten Rückgängen des Bruttoinlandsprodukts im zurückliegenden Winterhalbjahr, auch in den kommenden Quartalen kaum beleben. Der European Economic Sentiment Indicator (ESI) zeigt eine anhaltende Verschlechterung der Konjunktur an, und der PMI-Einkaufmanagerindex ging im Mai, nach sechs Monaten leichter Zuwächse in Folge, etwas zurück (vgl. Abb. 1.6). Zudem war die Verbesserung dieses Index in den Vormonaten einzig und allein der guten Entwicklung in den Dienstleistungsbereichen geschuldet, während sich für die Unternehmen der Warenproduktion der Ausblick seit dem Jahresende 2022 zunehmend ver-

Tab. 1.1

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt**

	Gewicht in % <sup>a</sup>	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
<b>Fortgeschrittene Volkswirtschaften</b>	<b>65,6</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>3,3</b>	<b>7,4</b>	<b>4,6</b>	<b>2,3</b>
USA	29,0	5,9	2,1	0,9	0,6	4,7	8,0	4,5	2,9
Euroraum	18,3	5,3	3,5	0,6	1,3	2,6	8,4	5,4	2,0
Japan	6,2	2,2	1,0	1,3	1,1	-0,2	2,5	2,5	0,7
Vereinigtes Königreich	4,0	7,6	4,1	0,4	1,3	2,6	9,1	6,5	2,4
Kanada	2,5	4,9	3,7	0,3	0,8	3,4	6,8	3,6	2,4
Südkorea	2,3	4,3	2,6	0,6	1,8	2,5	5,1	3,3	1,5
Schweiz	1,0	4,2	2,0	0,4	1,5	0,6	2,8	2,5	1,0
Schweden	0,8	6,1	2,8	0,0	1,0	2,7	8,1	5,8	2,2
Norwegen	0,6	3,9	3,3	1,3	0,7	3,5	5,8	4,3	1,8
Dänemark	0,5	4,9	3,8	1,1	0,9	1,9	8,5	4,1	1,5
Tschechien	0,4	3,6	2,5	-0,4	1,8	3,3	14,8	11,0	1,1
<b>Schwellenländer</b>	<b>34,4</b>	<b>8,0</b>	<b>3,2</b>	<b>4,8</b>	<b>4,1</b>	<b>3,2</b>	<b>6,5</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>
China	22,3	8,4	3,0	5,6	4,6	1,0	2,0	1,4	2,4
Indien	4,0	8,9	6,7	6,5	6,3	5,1	6,7	5,6	4,5
Brasilien	2,0	5,0	2,9	2,5	1,9	8,3	9,3	5,0	4,2
Russland	2,2	5,6	-2,1	0,6	1,7	6,7	13,8	5,2	4,5
Mexiko	1,6	4,7	3,0	1,8	1,0	5,7	7,9	5,6	3,9
Türkei	1,0	11,4	5,6	2,1	2,1	19,6	72,3	43,3	28,5
Polen	0,9	6,9	5,1	1,9	2,4	5,2	13,2	12,2	7,2
Ungarn	0,2	7,2	4,6	-0,6	2,6	5,2	15,3	18,5	6,9
<b>Welt</b>	<b>100</b>	<b>6,2</b>	<b>2,8</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>3,2</b>	<b>7,1</b>	<b>4,5</b>	<b>2,8</b>
<i>nachrichtlich:</i> Welthandel, real <sup>b</sup>		10,4	3,2	-2,0	2,7				
Annahmen Ölpreis \$/Barrel (Brent)		<b>70,7</b>	<b>98,7</b>	<b>77,7</b>	<b>72,7</b>				
Wechselkurs \$/€		1,18	1,05	1,07	1,07				

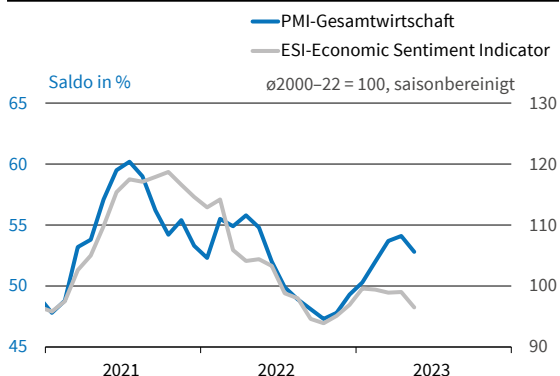
<sup>a</sup> Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2021 in US-Dollar. <sup>b</sup> Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Quelle: Eurostat; OECD; IWF; CPB; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2023

Abb. 1.6

**Euroraum: PMI-Gesamtwirtschaft und Vertrauenindikator**



Quelle: Europäische Kommission; S&P Global. © ifo Institut

düsterte. Daher dürfte die Wirtschaftsleistung in den kommenden Quartalen nur geringfügig steigen. Für das Gesamtjahr 2023 wird mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum von nur 0,6% gerechnet. Mitgliedstaaten mit einem höheren Dienstleistungsanteil dürften sich dabei etwas besser entwickeln als der Durchschnitt. Im kommenden Jahr sollte die Weltwirtschaft der Industrie auch im Euroraum wieder vermehrt Schwung verleihen (vgl. Abb. 1.7 A.) und sich das Wachstum auf 1,3% beschleunigen (vgl. Tab. 1.2).

Der Rückgang der Inflation setzte sich im Euroraum im Mai, nach einer kurzen Pause im April, wieder fort. Die im Verbraucherpreisindex enthaltenen Energieträger lieferten seit März dieses Jahres keinen Beitrag mehr zum Inflationsanstieg (vgl. Abb. 1.4 B.). In den kommenden Monaten dürfte ihr Preisrückgang die Inflation weiter senken (vgl. Abb. 1.7 B.). Zwar tragen Industriegüter und Nahrungsmittel im Vorjahresvergleich nach wie vor beträchtlich zur Inflation bei, jedoch ist auch hier mit einem Abebben des Inflationsbeitrages oder sogar mit Rückgängen zu rechnen. Im Jahr 2023 dürften die Verbraucherpreise um 5,4% steigen, nach 8,4% im Vorjahr. Für das Jahr 2024 wird sogar mit einem Rückgang auf 2,0% gerechnet.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt nach einem Anstieg von 2,8% im vergangenen Jahr um 2,1% im Jahr 2023 und um 2,0% im Jahr 2024 expandieren. Der Welthandel wird nach einem

Tab. 1.2

**Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise im Euroraum**

	Gewicht in % (2021)	Bruttoinlandsprodukt <sup>a</sup>				Verbraucherpreise <sup>b</sup>			
		Veränderung gegenüber Vorjahr in %							
		2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Deutschland <sup>a</sup>	29,3	2,6	1,8	-0,4	1,5	3,2	8,7	5,5	1,9
Frankreich	20,3	6,4	2,5	0,5	0,8	2,1	5,9	5,7	2,6
Italien	14,5	7,0	3,7	1,2	0,9	1,9	8,7	6,4	1,6
Spanien	9,8	5,5	5,5	2,2	1,3	3,0	8,3	3,7	2,3
<b>Euroraum</b>	<b>100,0</b>	<b>5,3</b>	<b>3,5</b>	<b>0,6</b>	<b>1,3</b>	<b>2,6</b>	<b>8,4</b>	<b>5,4</b>	<b>2,0</b>

<sup>a</sup> Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt. <sup>b</sup> Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI).

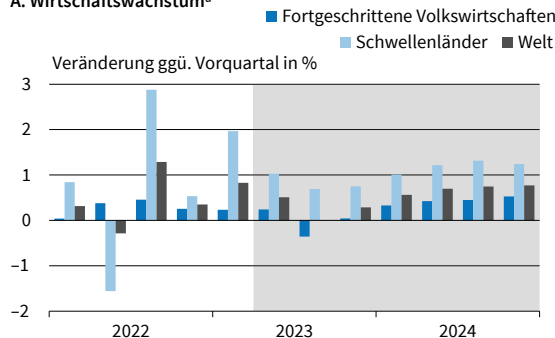
Quelle: Eurostat; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts und des WIFO.

© ifo Institut Juni 2023

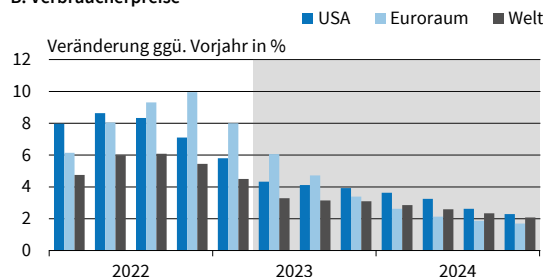
Abb. 1.7

**Vierteljährliche Prognose**

**A. Wirtschaftswachstum<sup>a</sup>**



**B. Verbraucherpreise**



<sup>a</sup> Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Eurostat; OECD; Nationale Statistiken; WIFO-Berechnungen; ab 2. Quartal 2023: Prognose.

© ifo Institut

Rückgang um 2,0% in diesem Jahr wieder mit 2,7% im Jahr 2024 zulegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise in der Weltwirtschaft wird sich verlangsamen, von 7,1% im vergangenen Jahr auf 4,5% in diesem und 2,8% im kommenden Jahr.

**1.3. RISIKEN**

Die Risiken dieser Prognose sind hauptsächlich abwärtsgerichtet. Zum einen kam die jüngste Verschlechterung der Umfragen in der Industrie im Euroraum nach einer stetigen Verbesserung in den vergangenen Monaten überraschend. Sollte dies die Einleitung eines konjunkturellen Wendepunktes darstellen, so dürfte sich die Warenproduktion im Prognosebereich schlechter darstellen als in der vorliegenden Prognose abgebildet. Ein hiervon ausgelöster Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte die Konsumentenstimmung belasten und in der Folge auch die derzeit gute Lage



in der Dienstleistungsproduktion mit einiger Verzögerung in Mitleidenschaft ziehen.

Es wird entscheidend vom Tempo des Rückgangs der Kerninflationsrate abhängen, ob die Notenbanken der großen Wirtschaftsräume, die für die Zukunft erwartete Lockerung der geldpolitischen Zügel, tatsächlich in Angriff nehmen. Ein anhaltend hohes Zinsniveau dürfte sowohl die Investitionstätigkeit als auch den Konsum der privaten Haushalte beeinträchtigen. Zudem wäre in diesem Fall das Wiederaufflammen der Probleme im Bankenbereich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu bewerten.

Sollten sich die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine intensivieren und verstärkt geopolitische Spannungen auslösen, so ist zu erwarten, dass hiervon negative Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit im Euroraum ausgehen. Im Gegensatz hierzu könnte die anhaltend zügige Auflösung der Ersparnisse, die während der Corona-Pandemie gebildet wurden, die konsumtive Nachfrage länger und intensiver stimulieren als in der vorliegenden Prognose angenommen. Dies würde der Konjunktur vor allem in diesem Jahr zugutekommen.

## 2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

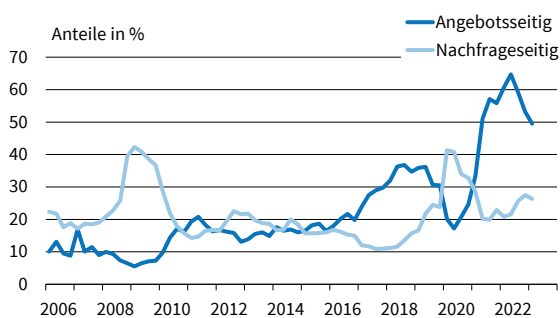
### 2.1. ÜBERBLICK

Die deutsche Wirtschaft erfuhr im zurückliegenden Winterhalbjahr einen kräftigen Rücksetzer. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte preis-, saison- und kalenderbereinigt zwei Quartale in Folge und lag zu Jahresbeginn 2023 um 0,9% niedriger als im Sommer 2022. Maßgeblich hierfür war eine spürbare Abschwächung der Nachfrage, die immer mehr Unternehmen als produktionsbehindernden Faktor benennen (vgl. Abb. 2.1 A.). Die deutlichsten Auswirkungen zeigten sich im Handel, wo Umsätze und Wertschöpfung preisbereinigt in der Tendenz bereits seit Anfang 2022 zurückgehen. Im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft ist es nur dem hohen Rückstau bei den Auftragsbeständen zu verdanken, dass die seit nunmehr über einem Jahr sinkenden Auftragseingänge die Produktion nicht stärker belasten. Konjunkturstützend wirkt das allmähliche Abflauen der angebotsseitigen Produktionshemmnisse, die im vergangenen Jahr die Erholung von der Coronakrise ausgebremst haben. Die Lieferschwierigkeiten bei Vorprodukten haben kontinuierlich nachgelassen, die Energiepreise sind auf Vorkriegswerte gesunken, und der Krankenstand hat sich weitgehend normalisiert. Die damit verbundene Stärkung der Produktionskapazitäten und der gleichzeitige Rückgang der Nachfrage haben dazu beigetragen, dass sich die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten in den zurückliegenden zwölf Monaten verringert hat (vgl. Abb. 2.1 B.).

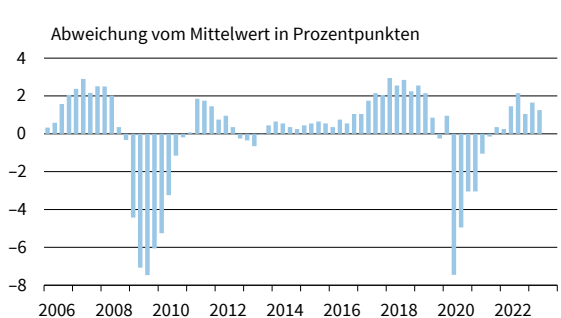
Der Rückgang der Nachfrage dürfte eine Folge der hohen Inflation sein, die sowohl in Deutschland als auch in vielen Absatzmärkten die Kaufkraft sinken und die Finanzierungskosten steigen ließ. Neben der Warenausfuhr und den Wohnungsbauinvestitionen litt hierzulande insbesondere der private Konsum. Zwar hat die Inflationswelle ihren Scheitelpunkt bereits überschritten. Neben einem rasch sinkenden Beitrag der Energiekomponente trug dazu auch ein mittlerweile rückläufiger Preisauftrieb bei allen übrigen Waren und Dienstleistungen bei. Dennoch kam es bei den privaten Haushalten trotz spürbar steigender Löhne und umfangreicher staatlicher Entlastungen und Transfers insgesamt zu einem Rückgang der realen Haushaltseinkommen. Dabei schränkten die Haushalte im zurückliegenden Winterhalbjahr vor allem ihren Warenkonsum ein, während der Konsum bei den Dienstleistungen sogar leicht ausgeweitet wurde. Dies dürfte eine der Spätfolgen der Coronakrise sein, denn nach Jahren des Verzichts beim Konsum von Dienstleistungen scheint in diesem Bereich der Aufholbedarf groß und die Bereitschaft zu Einschränkungen gering zu sein. Daher vermelden die Dienstleistungsunternehmen entgegen dem allgemeinen Trend keinen zunehmenden Nachfragemangel bei ihren Geschäften (vgl. Abb. 2.1 C.) und eine wachsende Zufriedenheit mit ihrer Geschäftslage (vgl. Abb. 2.1 D.).

Abb. 2.1  
ifo Indikatoren zur Konjunkturlage

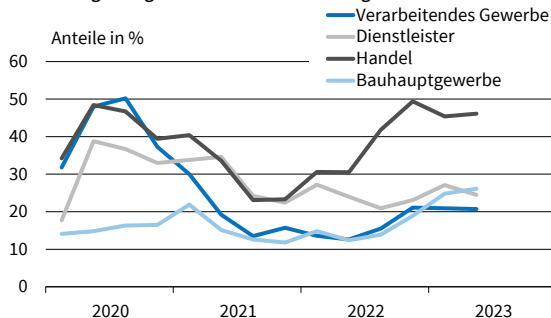
#### A. Produktionsbehindernde Faktoren in der Gesamtwirtschaft



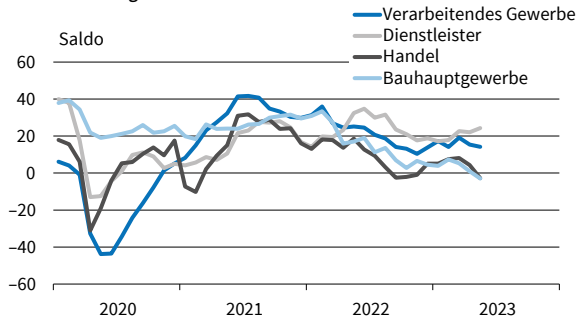
#### B. Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



#### C. Nachfrageseitige Produktionsbehinderungen



#### D. Geschäftslage



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

Tab. 2.1

**Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts<sup>a</sup>**  
Veränderung gegenüber Vorquartal in %

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	1,4	0,2	1,2	-1,7	-1,2	-0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4
Öffentlicher Konsum	0,8	0,4	-1,1	0,2	-4,9	2,8	0,0	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2
Bauten	3,5	-3,1	-1,0	-3,2	3,9	-1,1	-1,5	-1,2	-0,8	-0,5	-0,2	-0,1
Ausrüstungen	1,8	1,1	5,4	-3,6	3,2	-1,3	-0,2	1,6	1,9	1,2	0,4	0,4
Sonstige Anlagen	-0,1	0,8	1,0	0,7	0,1	0,2	0,5	1,3	1,2	1,0	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen <sup>b</sup>	-0,3	0,7	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,1	0,6	0,9	-1,0	-1,0	0,2	0,1	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Außenbeitrag <sup>b</sup>	0,0	-0,7	-0,4	0,5	0,7	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Exporte	0,3	0,6	1,5	-1,3	0,4	0,0	0,7	1,2	1,6	1,3	1,1	0,9
Importe	0,4	2,3	2,5	-2,4	-0,9	0,2	0,7	1,3	1,6	1,4	1,2	0,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,0</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,5</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigte Werte. <sup>b</sup> Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

**2.2. AUSBLICK**

Die Inflationsraten dürften in den kommenden Monaten weiter zurückgehen. Bei den Vorleistungskosten, allen voran bei Energie, zeichnen sich mittlerweile Preisrückgänge ab, die die Produzenten an ihre Kunden weitergeben werden. So sind den ifo Konjunkturumfragen zufolge im Produzierenden Gewerbe nahezu keine Preiserhöhungen mehr geplant. Allerdings dürften die Löhne im weiteren Verlauf des Jahres beschleunigt zunehmen, weil vermehrt Inflationsprämien ausbezahlt und spürbare Tariflohnanhebungen wirksam werden. Dadurch steigen nicht nur die Produktionskosten. Gleichzeitig wird die Kaufkraft der privaten Haushalte gestützt, was den Unternehmen Spielräume für weitere Preisanhebungen schafft. Daher plant in den konsumnahen Handels- und Dienstleistungsbereichen, in denen zugleich die Löhne einen überdurchschnittlichen Anteil an den Produktionskosten ausmachen, weiterhin eine deutliche Mehrheit der vom ifo Institut befragten Unternehmen Preiserhöhungen.

Insgesamt dürfte daher vor allem die Kerninflationsrate (also der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie) im weiteren Verlauf nur langsam sinken und im Jahresdurchschnitt 2023 mit 6,0% sogar deutlich höher liegen als noch im Vorjahr (4,9%). Da jedoch der Inflationsbeitrag der Energiepreise in den kommenden Monaten stark abnimmt, dürfte die Gesamtinflationsrate von 6,9% im Jahr 2022 auf 5,8% im Jahr 2023 zurückgehen. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der Preisanstieg allmählich wieder normalisieren. Unter der Annahme, dass sich Rohstoffe und Energie entsprechend der derzeitigen Markterwartung im Prognosezeitraum nicht wesentlich verteuern und dass die Europäische Zentralbank ihren Straffungskurs mit einer weiteren Leitzinsanhebung fortsetzt, dürfte die Inflationsrate im Jahr 2024 auf 2,1% und

die Kernrate auf 3,0% zurückgehen. Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2023 wurden damit die Prognose für die Gesamtinflationsrate wegen der günstigeren Entwicklung der Energiepreise für das laufende Jahr 2023 um 0,4 und für das kommende Jahr um 0,1 Prozentpunkte gesenkt. Da zudem der Anstieg bei den Nahrungsmittelpreisen herabgesetzt wurde, fällt die Prognose für die Kerninflationsrate in diesem Jahr um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus. Für das kommende Jahr hingegen wurde die Kerninflationsrate um 0,2 Prozentpunkte angehoben, da insbesondere der Preisauftrieb bei den Dienstleistungen nach oben korrigiert wurde.

Die konjunkturelle Entwicklung ist im Prognosezeitraum von unterschiedlichen Kräften geprägt (vgl. Tab. 2.1). Der hohe Preisauftrieb wird die Realeinkommen der privaten Haushalte und damit den Konsum im Frühjahr erneut senken. Erst ab der zweiten Jahreshälfte dürften die Einkommen wieder stärker zulegen als die Preise und der private Konsum an Fahrt aufnehmen. Die Baukonjunktur wird sich im gesamten Prognosezeitraum abkühlen. Der Anstieg der Baupreise geht nur langsam zurück, und die Kreditzinsen werden hoch bleiben, so dass sich die Nachfrage nach Bauleistungen weiter verringern wird. Das Verarbeitende Gewerbe dürfte dank der hohen Auftragsbestände seine Produktion weiter moderat ausweiten und dann mit dem allmählichen Auslaufen der Lieferengpässe wieder deutlich kräftiger expandieren. Die Situation der energieintensiven Produktionsbereiche innerhalb der deutschen Industrie dürfte weiterhin angespannt bleiben, was eine noch kräftigere Ausweitung der Bruttowertschöpfung verhindert. Bei alledem wird unterstellt, dass es im kommenden Winter zu keiner Gasmangellage kommt.

Zusammengenommen wird die gesamtwirtschaftliche Leistung in den beiden Quartalen des Sommerhalbjahres 2023 wohl nur schwach um

Tab. 2.2

**Eckdaten der Prognose für Deutschland**

	2021	2022	2023	2024
	Veränderung ggü. Vorjahr in % <sup>a</sup>			
Private Konsumausgaben	0,4	4,9	-1,7	2,2
Konsumausgaben des Staates	3,8	1,2	-3,1	1,9
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	0,4	-0,3	0,0
Bauten	0,0	-1,8	-2,2	-3,2
Ausrüstungen	3,5	3,3	2,0	3,6
Sonstige Anlagen	1,0	2,1	2,1	3,9
Inländische Verwendung	1,9	3,3	-1,0	1,5
Exporte	9,7	3,4	0,5	4,5
Importe	9,0	6,9	-0,6	4,7
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,6	1,8	-0,4	1,5
Erwerbstätige <sup>b</sup> (1 000 Personen)	44 980	45 572	45 949	46 070
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 613	2 418	2 550	2 446
Arbeitslosenquote BA <sup>c</sup> (in %)	5,7	5,3	5,5	5,3
Verbraucherpreise <sup>d</sup> (Veränderung gegenüber Vorjahr in %)				
– Gesamtinflationsrate	3,1	6,9	5,8	2,1
– Kerninflationsrate <sup>e</sup>	2,4	4,9	6,0	3,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f</sup>				
– in Mrd. Euro	-134,3	-106,0	-68,9	-27,2
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-2,7	-1,7	-0,6
Leistungsbilanzsaldo				
– in Mrd. Euro	265,0	145,1	231,9	268,6
– in % des Bruttoinlandsprodukts	7,4	3,7	5,7	6,3

<sup>a</sup> Preis-, nicht-kalenderbereinigte Angaben. <sup>b</sup> Inlandskonzept. <sup>c</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). <sup>d</sup> Verbraucherpreisindex (2020 = 100). <sup>e</sup> Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe). <sup>f</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

0,1% bzw. 0,2% gegenüber dem Vorquartal expandieren (vgl. Abb. 2.2). Ab Ende des Jahres dürfte sich die Konjunktur dann wieder erholen und die Wirtschaft mit kräftigeren Raten zulegen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl um 0,4% zurückgehen und im kommenden Jahr um 1,5% zunehmen (vgl. Tab. 2.2). Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose vom Frühjahr

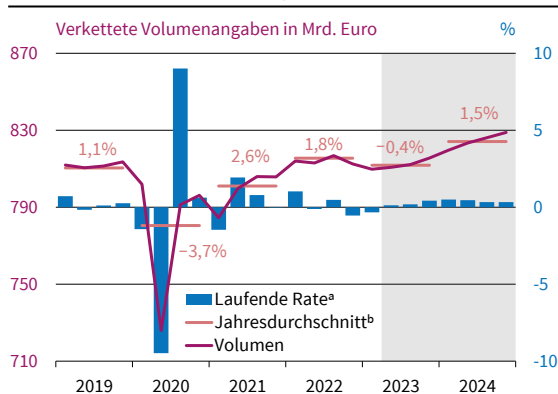
2023 wurden damit die Wachstumsraten für das laufende und das kommende Jahr um 0,3 bzw. 0,2 Prozentpunkte gesenkt (vgl. Box »Zur Revision der ifo Konjunkturprognose für das Jahr 2022«). Maßgeblich hierfür sind sowohl die trüberen Konjunkturaussichten im Baugewerbe als auch die weltweit gedämpfte Nachfrage nach Waren.

Die konjunkturelle Abschwächung wird auch am Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen. Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich in den kommenden Monaten spürbar abschwächen. Im weiteren Prognosezeitraum steht dann vor allem die demografische Entwicklung einer substanziellen Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus entgegen. Trotz Zuwanderung und fortschreitender Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt wird das Erwerbspersonenpotenzial im kommenden Jahr voraussichtlich alterungsbedingt sein Maximum erreichen. Insgesamt dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von etwa 592 000 im Jahr 2022 auf 377 000 im Jahr 2023 und 121 000 im Jahr 2024 verlangsamen. Die Arbeitslosigkeit wird in diesem Jahr voraussichtlich um 132 000 Personen steigen und im kommenden Jahr wieder um 104 000 sinken. In der Folge liegt die Arbeitslosenquote in den Jahren 2023 und 2024 bei 5,5% bzw. 5,3% nach 5,3% im vergangenen Jahr.

Abb. 2.2

**Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.

<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;

ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

ZUR REVISION DER IFO KONJUNKTURPROGNOSE FRÜHJAHR 2023

Im September 2022 hatte das ifo Institut in seiner Konjunkturprognose die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 2023 auf -0,3% veranschlagt (vgl. Wollmershäuser et al. 2022b). Das ifo Institut war davon ausgegangen, dass die hohen Inflationsraten die Kaufkraft der privaten Haushalte im folgenden Winterhalbjahr merklich reduzieren dürften und in der Konsequenz mit einem deutlichen Rückgang des privaten Konsums zu rechnen sei. Eine Belebung des privaten Konsums erwartete das ifo Institut erst für die zweite Jahreshälfte 2023, wenn die nominalen Einkommenszuwächse der privaten Haushalte die moderateren Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe im Jahresverlauf übertreffen und somit die realen Haushaltseinkommen wieder steigen dürften. Daneben ging das ifo Institut davon aus, dass es bei der Baukonjunktur aufgrund der hohen Baukosten und den gestiegenen Finanzierungskosten zu einem deutlichen Abschwung im Winterhalbjahr 2022/2023 kommen dürfte, was sich bereits an der steigenden Zahl von Auftragsstornierungen und rückläufigen Neuaufträgen abzeichnete.

Insgesamt konnte die gesamtwirtschaftliche Produktion im dritten Quartal 2022 laut Angaben des Statistischen Bundesamtes jedoch deutlich kräftiger ausgeweitet werden, als noch in der Herbstprognose 2022 erwartet worden war. Der veranschlagte Rückgang der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate von 0,1%

für das Jahr 2023 fiel in der Winterprognose 2022 aufgrund des höheren statistischen Überhangs weniger kräftig aus. Hierzu beigetragen hatte vor allem der überraschende Anstieg der privaten Konsumausgaben im dritten Quartal 2022. Gestützt durch staatliche Einkommenstransfers, wie z.B. die Einmalzahlungen an Erwerbstätige im Rahmen der Energiepreispauschale, verzeichneten die privaten Haushalte im dritten Quartal zunächst noch keine Kaufkraftverluste.

Zudem erwartete das ifo Institut in seiner Winterprognose 2022 im Vergleich zur vorhergehenden Konjunkturprognose einen weniger kräftigen realen Einkommensverlust für die privaten Haushalte in den kommenden Quartalen, da aufgrund der von der Bundesregierung im Herbst eingeführten Energiepreispbremsen sowie der Übernahme des Gasabschlags im Dezember 2022 von einer weniger dynamischen Preisentwicklung ausgegangen wurde (vgl. Wollmershäuser et al. 2022c). In der Konsequenz rechnete das ifo Institut in seiner Winterprognose 2022 mit einem weniger starken Einbruch der privaten Konsumausgaben in den folgenden Quartalen. Nichtsdestoweniger erwartete das ifo Institut für das Winterhalbjahr weiterhin eine technische Rezession.

Mit der Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bestätigte sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung: Das Statistische Bundesamt wies im Februar 2023 für das vierte Quartal 2022 ei-

Tab. 2.3

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2023

	Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts					
	ifo Märzprognose		ifo Juniprognose		Prognosekorrektur für 2023	
	Prognosewerte für 2023		Prognosewerte für 2023		Differenz der Wachstumsraten bzw. -beiträge	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten <sup>a</sup> (2)	Veränderung gegenüber Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeitrag in %-Punkten <sup>a</sup> (4)	Spalte (3) abzüglich Spalte (1) (5)	Spalte (4) abzüglich Spalte (2) (6)
<b>Inlandsnachfrage</b>	-0,2	-0,2	-1,0	-1,0	-0,8	-0,7
Privater Konsum	-0,8	-0,4	-1,7	-0,9	-0,9	-0,4
Staatlicher Konsum	0,0	0,0	-3,1	-0,7	-3,1	-0,7
Bauten	-3,4	-0,4	-2,2	-0,3	1,1	0,1
Ausrüstungen	0,9	0,1	2,0	0,1	1,1	0,1
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	0,1	2,1	0,1	-1,0	0,0
Vorratsveränderungen	-	0,4	-	0,6	-	0,2
<b>Außenbeitrag</b>	-	0,2	-	0,5	-	0,4
Ausfuhr	1,0	0,5	0,5	0,3	-0,5	-0,2
Einfuhr	0,7	-0,3	-0,6	0,3	-1,2	0,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	-0,1	-0,1	-0,4	-0,4	-0,3	-0,3

<sup>a</sup> Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

Tab. 2.4

## Zerlegung der Prognosekorrektur für das Jahr 2023

	Prognosekorrektur = Summe der Spalten (I) bis (V)			Prognoseanpassung <sup>c</sup>		
		Revision <sup>a</sup> der VGR (I)	Prognosefehler <sup>b</sup> (II)	2. Quartal (III)	3. Quartal (IV)	4. Quartal (V)
<b>Inlandsnachfrage</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,2</b>	<b>-0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,0</b>
Privater Konsum	-0,9	-0,3	-0,5	-0,1	0,1	0,0
Staatlicher Konsum	-3,1	-0,3	-4,4	1,7	-0,2	0,1
Bauten	1,1	-0,3	3,2	-0,4	-0,9	-0,5
Ausrüstungen	1,1	0,0	3,4	-1,6	-0,7	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	-1,0	0,0	-0,5	-0,4	-0,2	0,1
Vorratsveränderungen <sup>d</sup>	0,2	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0
<b>Außenbeitrag<sup>d</sup></b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Ausfuhr	-0,5	-0,4	1,1	-0,8	-0,3	0,0
Einfuhr	-1,2	-0,6	0,5	-0,7	-0,4	0,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>-0,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>

<sup>a</sup> Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durch das Statistische Bundesamt. <sup>b</sup> Prognosefehler: Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das erste Quartal des Jahres 2023 aus der ifo Frühjahrsprognose 2023 und den aktuellen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. <sup>c</sup> Prognoseanpassung: Beitrag der Prognoseanpassung für das erste Quartal des Jahres 2023 aus der ifo Frühjahrsprognose 2023. <sup>d</sup> Veränderungsbeitrag. Abweichungen in den Summen sind runderungsbedingt.

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

nen Rückgang des BIP von 0,4% im preis-, saison- und kalenderbereinigten Vorquartalsvergleich aus. Wenngleich das ifo Institut in seiner Konjunkturprognose aus dem Winter mit sinkenden privaten Konsumausgaben oder Bauinvestitionen rechnete, so wurde der Rückgang quantitativ doch deutlich unterschätzt. Darüber hinaus fiel auch der Wachstumsbeitrag aus dem Außenhandel weniger kräftig aus, als noch in der Winterprognose 2022 erwartet. Die verhaltene Entwicklung der globalen Konjunktur dämpfte das deutsche Exportgeschäft etwas stärker als angenommen. Insgesamt hielt das ifo Institut in seiner Frühjahrsprognose 2023 jedoch weitgehend an dem in der Winterprognose 2022 gezeichnetem Bild fest und nahm keine Korrektur an der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate für 2023 vor. Für das erste Quartal 2023 veranschlagte das ifo Institut einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,2% im Vorquartalsvergleich (vgl. Wollmershäuser et al. 2023).

Der jüngsten Veröffentlichung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge ging die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal 2023 um 0,3% zurück, nachdem sie im Schlussquartal 2022 bereits rückläufig war (-0,5%).

Für das zweite Quartal des laufenden Jahres hält das ifo Institut in seiner aktuellen Prognose aufgrund der nur langsam auslaufenden Inflationseffekte an dem geschätzten Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion von 0,1% fest, revidiert jedoch das prognostizierte Wachstumstempo in der zweiten Jahreshälfte 2023 nach unten. Maßgeblich für die geringere Dynamik in der wirtschaftlichen Erholung sind sowohl trübere Konjunkturaussichten im Baugewerbe als auch

eine globale Abschwächung der Nachfrage (nach Waren), was sich in der Indikatorik in deutlich geringeren Neuaufträgen widerspiegelt.

In Summe ergibt sich für das laufende Jahr eine Abwärtskorrektur in der jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate des BIP um 0,3 Prozentpunkte (vgl. Tab. 2.3). Zu der Prognosekorrektur trägt in etwa gleichen Teilen die Revision der statistischen Ausgangsbasis im ersten Quartal, ein Prognosefehler im zweiten Quartal sowie die Prognoseanpassung in der zweiten Jahreshälfte bei (vgl. Tab. 2.4).

Im Hinblick auf die einzelnen Verwendungskategorie ergeben sich zum Teil größere Aufwärts- als auch Abwärtskorrekturen durch Revisionen des Statistischen Bundesamtes sowie Prognosefehlern für das erste Quartal 2023. Für den privaten Konsum hatte das ifo Institut in der Frühjahrsprognose aufgrund der zu erwartenden Kaufkraftverluste einen realen Rückgang in der Jahresdurchschnittsbetrachtung von 0,8% für das Jahr 2023 eingestellt – in der vorliegenden Prognose senkt das ifo Institut seine Erwartung auf -1,7% ab. Hierzu trägt maßgeblich eine Abwärtsrevision der amtlichen Statistik bei. Zudem wurde der mit der hohen Inflationsdynamik und den Kaufkraftverlusten einhergehende und erwartete Rückgang der privaten Konsumausgaben im ersten Quartal 2023 in der Frühjahrsprognose wohl deutlich unterschätzt (-0,7 vs. -1,2% im Vorquartalsvergleich).

Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Bauinvestitionen wurde in der aktuellen Prognose im Vergleich zur Frühjahrsprognose hingegen von -3,4% auf -2,2% angehoben. Zwar hält das ifo Institut an der grundlegenden Einschätzung fest, dass die realen

Bauinvestitionen aufgrund der hohen Preisanstiege im Bausektor sowie der gestiegenen Finanzierungskosten im Jahresdurchschnitt sinken dürften, allerdings fiel die Ausweitung der Bauproduktion im ersten Quartal witterungsbedingt deutlich kräftiger aus als erwartet – die realen Bauinvestitionen stiegen saison- und kalenderbereinigt im Vorquartalsvergleich um 3,9% und nicht um 0,6%.

Ein erheblicher Prognosefehler für das erste Quartal 2023 wurde zudem für die öffentlichen Konsumausgaben realisiert. Der Rückgang dieses Aggregats fiel im Vorquartalsvergleich mit 4,9% weitaus kräftiger aus als in der Frühjahrsprognose unterstellt (-0,5%), da der Wegfall der pandemiebedingten Mehrausgaben zum Jahresauftakt unterschätzt wurde. In der Konsequenz nimmt das ifo Institut in der vorliegenden Prognose eine Abwärtskorrektur vor und senkt die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate auf -3,1%.

Für den Außenbeitrag erwartet das ifo Institut in der vorliegenden Prognose mit +0,5 einen etwas

größeren positiven Wachstumsbeitrag zum BIP, als in der Frühjahrsprognose erwartet worden war (+0,2). Maßgeblich hierzu trägt die Abwärtskorrektur der Importe bei, die sowohl auf einen kräftigeren Rückgang der Importe im vierten Quartal laut amtlicher Statistik zurückzuführen ist, als auch auf einer weniger dynamischen Einschätzung zur Erholung der Importe im Jahresverlauf 2023 beruht.

Alles in allem überwiegt jedoch die Abwärtskorrektur der inländischen Verwendung, so dass das ifo Institut in seiner Sommerprognose nunmehr mit einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der Jahresdurchschnittsbetrachtung von 0,4% für das Jahr 2023 rechnet. Aufgrund der geringeren unterstellten Dynamik in der wirtschaftlichen Erholung ab Jahresmitte und dem daraus resultierenden kleineren statistischen Überhang ergibt sich in der aktuellen Prognose auch für das Jahr 2024 eine etwas niedrigere jahresdurchschnittliche Veränderungsrate für das BIP im Vergleich zur Frühjahrsprognose (1,5% vs. 1,7%).

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr nochmals expansiv ausgerichtet. Dazu tragen hauptsächlich die Entlastungen im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes und die Ausgaben im Zusammenhang mit den Gas- und Strompreisbremsen bei. Im kommenden Jahr laufen die meisten dieser Maßnahmen aus, und die Finanzpolitik dürfte dann auf einen restriktiven Kurs einschwenken. Das Finanzierungsdefizit des Staates wird von 69 Mrd. Euro bzw. 1,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr auf 27 Mrd. Euro bzw. 0,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts im kommenden Jahr zurückgehen. Der Bruttoschuldenstand nach den Maastricht-Kriterien wird dann im Jahr 2024 auf 62,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts sinken.

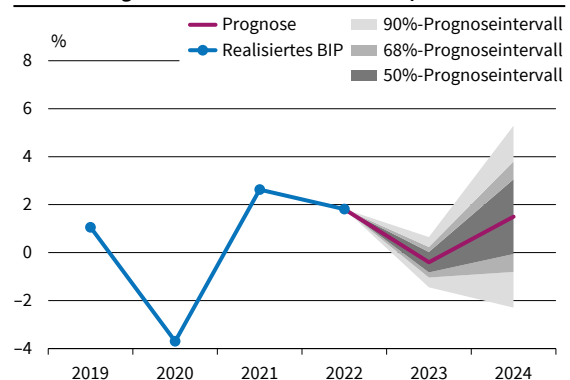
**2.3. PROGNOSEUNSIKERHEIT UND RISIKEN**

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die zu prognostizierende Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahrscheinlichkeiten einschließen (vgl. Abb. 2.3). Zur Berechnung der konkreten Intervalle für die Jahre 2023 und 2024 wurden die Prognosefehler des ifo Instituts der Jahre 1992 bis 2022 herangezogen. Gemessen an diesen Prognosefehlern beträgt die Spanne z. B. für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2023 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln (68%) überdeckt, ±0,6 Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von -0,4% reicht das Intervall also von -1,0% bis +0,2%. Die Punktprognose von -0,4% stellt den mittleren Wert dar (vgl. rote Linie in Abb. 2.3). Für das kommende Jahr nimmt die Unsicherheit naturgemäß zu, so dass sich das entsprechende Prognoseintervall

auf ±2,3 Prozentpunkte weitet. Bei der vorliegenden Punktprognose von +1,5% reicht das 68%-Prognoseintervall dann von -0,8% bis +3,8%.

Die im internationalen Teil genannten Risiken für die vorliegende Prognose, die sich im Zusammenhang mit der globalen Industriekonjunktur, den Auswirkungen der geldpolitischen Straffung für die internationalen Finanzmärkte und den mit dem Ukraine-Krieg in Verbindung stehenden Unwägbarkeiten ergeben, haben eine hohe Relevanz für die deutsche Konjunktur. So bestehen insbesondere im Zusammenhang mit dem weiteren Verlauf der Inflation sowohl Auf- als auch Abwärtsrisiken. Die Inflationsraten könnten deutlicher sinken, als in der vorliegenden Prognose unterstellt, wenn die Rückgänge der Energiepreise schneller an die Verbraucher weitergegeben und sich die Nahrungsmittel auch den kommenden Monaten weiter verbilligen würden. Zudem könnte die geldpolitische Straffung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stärker dämpfen als bislang angenommen und damit

Abb. 2.3  
Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

die Preisanhebungsspielräume der Unternehmen stärker begrenzen. Allerdings könnte sich die heimische Preisdynamik auch langsamer abschwächen als erwartet. So könnte ein höherer Anstieg der Löhne den Rückgang der Kerninflationsrate verzögern und eine restriktivere geldpolitische Reaktion erfordern. Vor allem die Baukonjunktur dürfte dadurch noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn zusätzlich die Energiepreise aufgrund zunehmender internationaler Spannungen stark steigen würden, dürften die Belastungen für die energieintensiven Wirtschaftsbereiche wieder zunehmen und weitere Standortverlagerungen wahrscheinlicher werden. Die erwartete Erholung der Industriekonjunktur würde sich damit erheblich verzögern.

#### **2.4. FINANZPOLITIK NOCHMALS EXPANSIV IN DIESEM JAHR**

Wie in den vergangenen Jahren dürfte die Finanzpolitik auch im laufenden Jahr wieder expansiv wirken. Dazu tragen hauptsächlich die Entlastungen im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes und die Ausgaben im Zusammenhang mit den Gas- und Strompreisbremsen bei. Im Jahr 2024 dürfte die Finanzpolitik dann erstmals wieder restriktiv wirken.

Die Einnahmen der Gebietskörperschaften tragen im laufenden Jahr durch eine Reihe steuerlicher Entlastungen zur expansiven Finanzpolitik bei. Der größte Anteil daran hat die Anpassung des Einkommensteuertarifs, bei der die Tarifeckwerte sowie die Grund- und Kinderfreibeträge aufgrund der hohen Inflation im Jahr 2022 und der sich daraus ergebenden kalten Progression deutlich erhöht werden. Weitere steuerliche Entlastungen ergeben sich durch das Jahressteuergesetz 2022 sowie durch die Absenkung der Umsatzsteuer auf Erdgas, die im gesamten Jahr 2023 gilt. Auf Seiten der Sozialversicherung dürften Erhöhungen bei den Beitragssätzen von Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie des Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenversicherung die Mindereinnahmen durch die Erhöhung der Midijob-Grenze aufwiegen.

Auf der Ausgabenseite wirken mehrere umfangreichere Maßnahmen in entgegengesetzte Richtungen. Zum einen wird es im laufenden Jahr nach derzeitigem Stand keine Einmalzahlungen für breite Bevölkerungsgruppen (wie die Energiepreispauschalen) oder für Transferempfänger (wie die Heizkostenzuschüsse) geben. Darüber hinaus wurden gegen Ende des vergangenen Jahres mehrere Gasimporteure verstaatlicht, womit in diesem Jahr nicht mehr zu rechnen ist. Zudem dürften auch die Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie keine Rolle mehr spielen, im Gegensatz zu Anfang 2022, wo die Omikron-Welle noch zu deutlichen Mehrausgaben im Rahmen von Tests und der Beschaffung von Impfstoffen führte. Schließlich fällt auch die einmalige Übernahme der Gasrechnung für Endverbraucher durch den Staat weg.

Diesen restriktiven Impulsen stehen vor allem Mehrausgaben zur Abfederung der Energiekrise entgegen, insbesondere die Gas- und Strompreisbremsen. Zwar dürften die Ausgaben dafür nur knapp die Hälfte der von der Bundesregierung im letzten Herbst veranschlagten Kosten umfassen, sie werden vermutlich trotzdem mehr als 1% des nominalen Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Die in Tabelle 2.5 aufgeführten Beträge sind als Bruttoeffekt zu interpretieren. Durch den Abschöpfungsmechanismus von Übergewinnen, über den ein Teil der Strompreisbremse finanziert werden soll, dürften sich die Kosten nochmals verringern.

Zu Beginn des laufenden Jahres wurden mit der Einführung des Bürgergeldes und der Wohngeldreform einige Sozialleistungen ausgeweitet. Der Mittelabfluss aus den Extrahaushalten des Klima- und Transformationsfonds (KTF) und des Sondervermögens Bundeswehr dürfte ebenfalls langsam, aber sicher anziehen. Beim KTF machen dabei Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich sowie Mittel zur Dekarbonisierung der Industrie den größten Anteil aus. Der Mittelabfluss aus dem Sondervermögen Bundeswehr zur Aufstockung der Verteidigungsausgaben dürfte betragsmäßig weniger stark ausfallen. Insgesamt ist im laufenden Jahr mit einem expansiven Impuls der Finanzpolitik in Höhe von knapp 30 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt zu rechnen.

Im Jahr 2024 wird die Finanzpolitik restriktiv ausgerichtet sein. Dazu tragen auf der Seite der Einnahmen insbesondere auslaufende temporäre Steuererleichterungen bei, wie Umsatzsteuersenkungen auf Gaskäufe oder in der Gastronomie. Bei den Einnahmen der Sozialversicherungen entfaltet der höhere Beitragssatz in der Pflegeversicherung seine gesamte Jahreswirkung. Auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung stehen die Zeichen auf Beitragserhöhung. Außerdem wird erwartet, dass die Inflationsausgleichsprämien im Jahr 2024 in geringerem Maße ausgezahlt werden, was zu geringeren Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer und den Sozialversicherungsbeiträgen führt. Hauptverantwortlich für die restriktive Auswirkung ist allerdings das Auslaufen der Gas- und Strompreisbremsen. Es wird erwartet, dass im Jahr 2024 die Preise wieder unter die Preisgrenzen der jeweiligen Energieträger fallen werden, wodurch dem Staat im nächsten Jahr keine Kosten mehr anfallen werden. Bedeutende Mehrausgaben werden sich nach derzeitigem Stand nur durch den erhöhten Mittelabfluss aus den verschiedenen Sondervermögen ergeben. Der restriktive Effekt der finanzpolitischen Maßnahmen beträgt im Jahr 2024 knapp 58 Mrd. Euro, was 1,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

#### **2.5. RESTRIKTIVERE GELDPOLITIK ENTFALDET ZUNEHMEND WIRKUNG**

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in den vergangenen Monaten ihren geldpolitischen Straffungskurs



Tab. 2.5

**Finanzpolitische Maßnahmen<sup>a</sup>**

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Milliarden Euro gegenüber Vorjahr

	2023	2024
<b>Einnahmen der Gebietskörperschaften<sup>b</sup></b>		
Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge	-12,3	-14,6
Absenkung der Energiesteuer von Juni bis August 2022	3,1	0,0
Umsatzsteuersenkung auf Gas vom 1.10.2022 bis zum 31.3.2024	-5,0	4,5
Inflationsausgleichsprämie	-5,0	2,0
Anhebung der Tabaksteuer	0,6	0,0
BMF-Schreiben zur Nutzungsdauer von Computerhardware und Software	0,8	2,3
CO <sub>2</sub> -Bepreisung in Verkehr und Wärme	0,0	2,0
Degressive AfA	0,3	3,7
Alterseinkünftegesetz	-1,6	-1,6
Jahressteuergesetz 2022 <sup>c</sup>	-3,2	0,7
Temporäre Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	0,0	3,0
Anhebung Lkw-Maut	0,7	0,0
Sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>d</sup>	0,4	2,0
<b>Einnahmen der Sozialversicherungen</b>		
Senkung der Insolvenzgeldumlage um 0,03 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	-0,3	0,0
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um jeweils 0,3 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023 und zum 1. Januar 2024	3,5	3,5
Erhöhung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte zum 1. Januar 2023	2,6	0,0
Erhöhung der Mini- und Midijobgrenzen	-1,3	0,0
Erhöhung des Beitrags in der gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,35 Prozentpunkte zum 1. Juli 2023	3,2	3,4
Inflationsausgleichsprämie	-6,0	2,0
<b>Ausgaben der Gebietskörperschaften</b>		
Gas- und Strompreisbremse	-43,0	43,0
Dezember-Abschlag für Gasrechnung	8,5	0,0
Stabilisierung Übertragungsnetzentgelte	-8,0	8,0
Corona-Maßnahmen	18,0	2,0
Erhöhung Kindergeld	-6,3	1,5
Kindersofortzuschlag + Erhöhung Kinderzuschlag	-0,2	0,0
Einmalzahlung an Transferempfänger	0,9	0,0
Heizkostenzuschüsse	1,1	0,0
Wohngeldreform	-3,6	0,3
9-Euro-Ticket und Folgeregelung	0,5	-1,0
Einführung Bürgergeld	-4,8	-0,3
Energiepreispauschale (Nettoeffekt)	10,4	0,0
Einmalzahlung an Rentner (Nettoeffekt)	7,0	-1,0
Einmalzahlung an Studierende	-0,7	0,7
Zusätzliche Ausgaben des KTF	-8,0	-8,0
Mehrausgaben für Verteidigung/ Aufstockung Bundeswehretat	-3,0	-3,0
Zuschuss für Unternehmen mit hohen Zusatzkosten aufgrund gestiegener Erdgas- und Strompreise	-0,5	3,0
Pflegebonus 2022	1,0	0,0
Soforthilfe und Wiederaufbaufonds »Aufbauhilfe 2021«	-2,0	-0,5
Ertüchtigungshilfe/Unterstützungsleistungen Ukraine	2,5	0,0
Förderung Bund Digitalisierung	-1,0	0,5
Zusätzliche finanzielle Unterstützung für sozialen Wohnungsbau	-0,5	0,0
Verstaatlichung/Unterstützung Gasimporteure	22,0	0,0
Sonstige Maßnahmen <sup>f</sup>	-2,1	0,0
<b>Ausgaben der Sozialversicherungen</b>		
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	0,0	0,3
Anpassung der Renten Ost	-0,5	-0,5
Grundrente	0,8	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,8	-0,3
Höhere Zahlungen für Kinder-Arzneimittel	-0,2	0,0
GKV-Finanzstabilisierungsgesetz	1,9	0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>-30,2</b>	<b>57,9</b>
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,7	1,4

<sup>a</sup> Ohne makroökonomische Rückwirkungen. <sup>b</sup> Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr. <sup>c</sup> U.a. Entfristung Homeoffice-Pauschale, vollständiger steuerlicher Abzug Altersvorsorgeaufwendungen, Sparerpauschbetrag, EU-Energiekrisenbeitrag. <sup>d</sup> Fondsstandortgesetz, Erstes Familienentlastungsgesetz, Erhöhung der BehindertenPauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen, Teilabschaffung Solidaritätszuschlag, Viertes Corona-Steuerhilfegesetz, steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung, Anhebung Luftverkehrsabgabe, degressive AfA, Mehreinnahmen durch steigende Rentenbesteuerung, zusätzliche steuerliche Maßnahmen (Beschluss des Klimakabinetts). <sup>e</sup> Ohne Berücksichtigung des Übergangs in den Rechtskreis SGB II/XII von Geflüchteten aus der Ukraine. <sup>f</sup> Strukturstärkungsgesetz Kohleregioenen, Senkung Trassenpreise im Fernverkehr, Arbeit-von-Morgen Gesetz, Förderung Kita und Ganztagesbetreuung Bund, Teilhabechancengesetz, Änderungen beim Bafög.

Quelle: Bundesregierung, Finanzministerien der Länder, Berechnungen der Gemeinschaftsdiagnose, Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

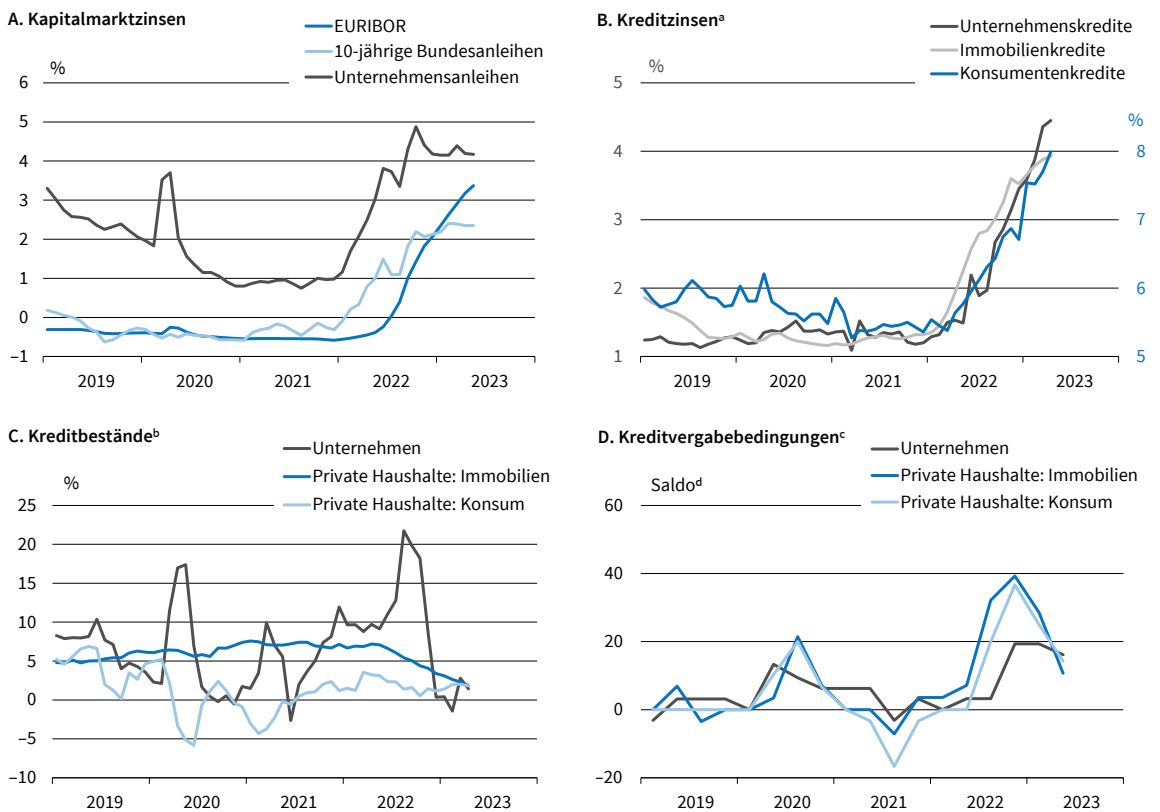
fortgesetzt und die Leitzinsen weiter erhöht. Zwar sinkt die Gesamtinflationsrate im Euro-Währungsgebiet bereits seit geraumer Zeit aufgrund der sich abschwächenden Dynamik bei den Energiepreisen. Allerdings bewegt sich die Kerninflationsrate, die die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise ausblendet, immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Um einer Verstärkung der Preisdynamik entgegenzuwirken, hat die EZB die Leitzinsen seit Sommer 2022 um insgesamt 4 Prozentpunkte erhöht, wobei die jüngsten Anhebungen im Mai und Juni mit jeweils 25 Basispunkten schwächer ausfielen als zuvor. Somit liegt der Einlagesatz gegenwärtig bei 3,5%, der Hauptrefinanzierungssatz bei 4,0% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 4,25%.

Zudem beschloss der EZB-Rat, die auslaufenden Anleihebestände aus dem Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) ab Juli nicht wiederanzulegen, was als solches den restriktiveren geldpolitischen Kurs unterstützt. Zwischen März und Juni wurde das Vermögen im APP-Programm bereits um 15 Mrd. Euro pro Monat zurückgefahren. Insgesamt hat sich die EZB-Bilanz seit ihrem Höchststand im vergangenen Jahr um rund 1 Billionen Euro auf aktuell rund 7,7 Billionen Euro (Stand: Anfang Juni) reduziert. Neben der ausbleibenden Wiederanlage auslaufender APP-Bestände hat

insbesondere die Rückzahlung der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte durch die Banken zum Abbau der Bilanz beigetragen. Diese Trends dürften sich auf absehbare Zeit fortsetzen. Der geldpolitische Wechsel hatte bisher jedoch keinen Einfluss auf die Bestände des Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP), in dem vollständige Wiederanlage noch bis Ende 2024 geplant sind.

Die geldpolitische Straffung entfaltet zunehmend Wirkung auf die Finanzierungsbedingungen. So notierten die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen im Mai bei 2,5%, was einem Anstieg von rund 250 Basispunkten gegenüber Januar 2022 entspricht (vgl. Abb. 2.4 A.). In einem ähnlichen Umfang stiegen die Umlaufrenditen deutscher Unternehmensanleihen, die zuletzt im Durchschnitt 4,2% betragen. Allerdings sind die Kapitalmarktzinsen längerer Laufzeit nach den Turbulenzen im Bankensektor im März nicht weiter gestiegen und befinden sich derzeit in einer Seitwärtsbewegung. Zudem ist die Zinsstrukturkurve inzwischen invers, d. h., die Renditen kurzlaufender Anleihen sind höher als die von langlaufenden Anleihen. Diese beiden Beobachtungen legen nahe, dass die Kapitalmarktteilnehmer mittel- bis langfristig wieder sinkende Zinsen erwarten. Im Gegensatz zu den Kapitalmarktzinsen sind die Kreditzinsen bis zuletzt

Abb. 2.4  
Zur monetären Lage in Deutschland



<sup>a</sup> Durchschnittliche Zinsen für neuvergebene Kredite an Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und private Haushalte.  
<sup>b</sup> Kreditbestände der Unternehmen (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und privaten Haushalte (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Vormonatsveränderung in Prozent (annualisiert), saisonbereinigt). <sup>c</sup> Kreditvergabebedingungen in den vergangenen drei Monaten (Bank Lending Survey).  
<sup>d</sup> Saldo der Einschätzungen »verschärft« minus »gelockert« in %.  
 Quelle: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

merklich gestiegen. Im April 2023 betragen die durchschnittlichen Kreditzinsen für Unternehmen 4,5% und für Immobilienfinanzierungen 3,9%, was einem Anstieg von 3,2 bzw. 2,6 Prozentpunkten gegenüber Januar 2022 entspricht (vgl. Abb. 2.4 B.).

Die höheren Zinsen wirken sich zunehmend auf die Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen aus. An den Kreditmärkten wachsen die Bestände seit dem Sommer 2022 deutlich weniger dynamisch als in den vergangenen Jahren (vgl. Abb. 2.4 C.). Bei den Immobilienkrediten sind die Neugeschäftsvolumina seit Mitte 2022 um rund die Hälfte eingebrochen. Hier machen sich insbesondere die hohen Baupreise und die gestiegenen Finanzierungskosten bemerkbar. Bei den Unternehmenskrediten entwickelten sich die Neuabschlüsse hingegen auf einem recht stabilen Niveau. Dennoch schwächte sich auch hier das Wachstum der Kreditbestände ab, weil Unternehmen verstärkt kurzfristige Kredite zurückzahlten, die sie im vergangenen Jahr aus Liquiditätsmotiven aufgenommen haben. Die Tilgung dieser Kredite dürfte insbesondere mit den nachlassenden Lieferengpässen und den sinkenden Energiepreisen zu tun haben. Neben der gesunkenen Kreditnachfrage von Haushalten und Unternehmen dürften allerdings auch angebotsseitige Faktoren eine Rolle spielen. So berichten die Banken in der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass sie die Kreditrichtlinien per saldo deutlich verschärft haben, was sie mit einem gestiegenen Kreditrisiko im Zuge der sich abschwächenden Konjunkturaussichten begründeten (vgl. Abb. 2.4 D.).

Insgesamt haben die Finanzstabilitätsrisiken – nicht zuletzt seit den Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten im März – deutlich zugenommen. Gemäß Finanzstabilitätsbericht der EZB dürfte die Preiskorrektur am Immobilienmarkt und die gedämpfte konjunkturelle Lage die Kreditrisiken der Banken weiter erhöhen. Dem gegenüber steht jedoch die solide Kapital- und Liquiditätsausstattung deutscher und europäischer Banken. Wohl auch deshalb waren die Folgen der Turbulenzen im März auf die hiesigen Banken bisher überschaubar.

Im Prognosezeitraum dürfte die geldpolitische Ausrichtung weiter restriktiv bleiben, auch wenn das Ende des Zinserhöhungszyklus absehbar ist. In der Juli-Sitzung des EZB-Rats werden die Leitzinsen vor-

aussichtlich um weitere 25 Basispunkte steigen. Danach dürften die Leitzinsen für einige Zeit auf diesem Niveau verweilen, bevor sie ab Sommer 2024 im Zuge der sich abschwächenden Inflationsdynamik wieder leicht fallen könnten. Dieser »Wait-and-see«-Ansatz dürfte angemessen sein, weil eine hohe Unsicherheit hinsichtlich der Geschwindigkeit und der Wirkungskraft der geldpolitischen Transmission herrscht. So werden die kräftigen Zinsanhebungen der vergangenen zwölf Monate wohl erst in den kommenden Quartalen auf die Inflation vollständig durchschlagen. Im Einklang mit dem geldpolitischen Kurs werden die Finanzierungsbedingungen vorerst restriktiv bleiben. So dürfte die Umlaufrendite zehnjährige Bundesanleihen noch leicht auf 2,8% steigen und auf diesem Niveau in etwa verharren. Die Renditen von Unternehmensanleihen und die Kreditzinsen werden diesem Muster voraussichtlich folgen. Neben den deutlich gestiegenen Zinsen dürften auch die verschärften Kreditvergabebedingungen der Banken zu einem insgesamt schwierigerem Finanzierungsumfeld für Haushalte und Unternehmen im Prognosezeitraum beitragen.

## 2.6. WELTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass sich die Energiepreise im weiteren Verlauf gemäß den Erwartungen auf den Terminmärkten entwickeln. Daher wird der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent von durchschnittlich 77,7 US-Dollar in diesem Jahr auf 72,7 US-Dollar im nächsten Jahr sinken (vgl. Tab. 2.6). Erdgas und Strom werden sich wieder etwas verteuern, aber deutlich günstiger bleiben als im Jahr 2022. Außerdem wird angenommen, dass der Euro sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr durchschnittlich 1,07 US-Dollar kostet.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreisindizes dürfte sich in diesem Jahr um 2,7% verschlechtern (vgl. Abb. 2.5 A). Die deutsche Exportwirtschaft wird vor allem gegenüber China und den USA Wettbewerbseinbußen erleiden. Ursächlich dafür ist die Aufwertung des Euro, die seit der Zinswende der EZB verzeichnet wurde. Seit Juli 2022 gewann der

Tab. 2.6

### Annahmen der Prognose Jahresdurchschnitte

	2022	2023	2024
Ölpreis USD/Barrel (Brent)	98,7	77,7	72,7
Erdgas EUR/MWh (ICE Natural Gas Germany)	134,4	44,4	51,5
Strom EUR/MWh (European Energy Exchange)	234,8	106,0	136,8
Wechselkurs USD/EUR	1,05	1,07	1,07
Hauptrefinanzierungssatz der EZB <sup>a</sup>	0,9	4,0	4,1
Kapitalmarktzins (10-jährige Bundesanleihe)	1,3	2,6	2,8
Welthandel <sup>b</sup>	3,2	-2,0	2,7

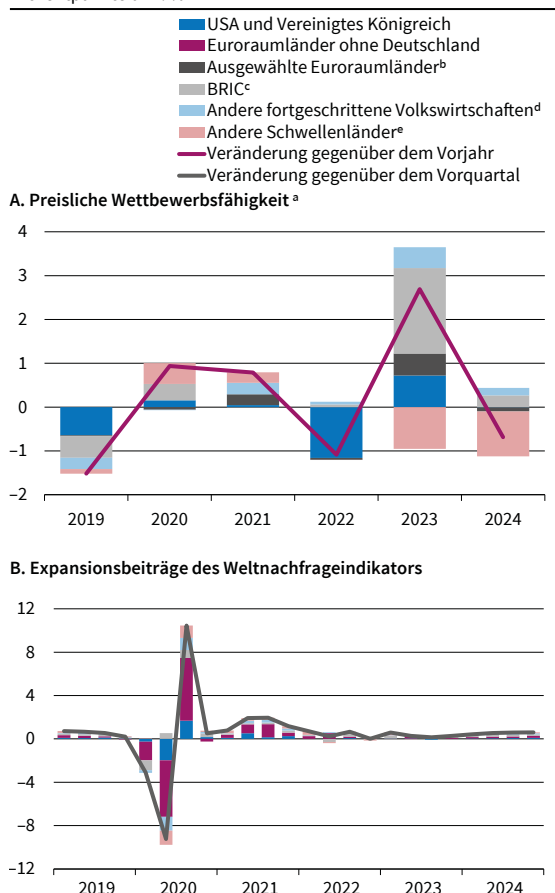
<sup>a</sup> Jahresdurchschnitt der Quartalsendstände. <sup>b</sup> Preisbereinigt; Veränderungen gegenüber Vorjahr in %; Welthandel von Waren in Abgrenzung von CPB.

Euro gegenüber dem Renminbi um 11% und gegenüber dem US-Dollar um 7% an Wert. Weil Deutschland gleichzeitig seine Wettbewerbsposition gegenüber der Türkei weiter ausbauen kann, wird eine noch deutlichere Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verhindert. Auch im nächsten Jahr dürfte der Preisdruck in der Türkei bei weitem die deutsche Inflation übertreffen. Dadurch dürfte Deutschland im Jahr 2024, unter der Annahme konstanter nominaler Wechselkurse, real um 0,7% abwerten.

Wie im internationalen Teil dieser Prognose beschrieben, wird sich das globale Wirtschaftswachstum nach einem soliden Jahresauftakt vorerst verlangsamen. Entsprechend expandiert der ifo Weltnachfrageindikator, der die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten der wichtigsten deutschen Handelspartner gemäß ihrer Bedeutung für die deutschen Exporte zusammenfasst, im laufenden Jahr nur moderat (vgl. Abb. 2.5 B.). Für das kommende Jahr deutet der Indikator auf eine Wiederbelebung der deutschen Exportmärkte hin.

Abb. 2.5

**Exportindikatoren**  
Prozentpunkte bzw. %



<sup>a</sup> Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gegenüber 24 Handelspartnern auf Basis der Verbraucherpreise. Ein Anstieg bedeutet jeweils eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.  
<sup>b</sup> Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich und Spanien.  
<sup>c</sup> Brasilien, Russland, Indien und China.  
<sup>d</sup> Japan, Kanada, Südkorea, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark und Tschechien.  
<sup>e</sup> Mexiko, Türkei, Polen und Ungarn.  
 Quelle: Deutsche Bundesbank; Internationaler Währungsfonds; OECD; Berechnungen des ifo Instituts;  
 2023 und 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

**2.7. PREISDRUCKENTSPANNT SICH LANGSAM – KERNINFLATION WEITER HOCH**

Die Inflationsrate hat sich in den vergangenen Monaten abgeschwächt und betrug im Mai 6,1%, nachdem sie im Januar und Februar noch bei 8,7% lag. Dazu beigetragen hat insbesondere die sich abschwächende Preisdynamik der Energiekomponente (2,6% im Mai). Auch die Kerninflationsrate (ohne Energie) ist zuletzt nicht weiter gestiegen, lag mit 6,5% aber immer noch auf einem hohen Niveau.

Mehrere Faktoren begünstigen aktuell die nachlassende Teuerung von Energie. Zum einen wirkt ein Basiseffekt, nachdem die Energiepreise im Zuge des Ukraine-Kriegs im Frühjahr 2022 stark angezogen haben. So hat inzwischen der Weltmarktpreis für Öl im Vorjahresvergleich deutlich nachgelassen, was sich in sinkende Kraftstoff- und Heizölpreisen niederschlägt. Darüber hinaus haben die seit Januar geltenden Strom- und Gaspreisbremsen einen weiteren Anstieg in den entsprechenden Verbraucherpreiskomponenten abgedämpft. Die Vertragspreise der meisten Kunden werden voraussichtlich bis Jahresende über den Referenzwerten von 12 Cent je kWh (Gas) bzw. 40 Cent je kWh (Strom) liegen, so dass die Preisbremsen die Inflation in diesem Jahr wohl um rund 0,7 Prozentpunkte reduzieren werden. Perspektivisch dürften die Verbraucherpreise für Strom und Gas fallen und im nächsten Jahr wieder unter den Preisbremsen liegen, da die Großhandelspreise seit dem Winter deutlich gesunken sind. Für die Prognose werden die durchschnittlichen Großhandelspreise für Termingeschäfte von Anfang bis Ende Mai zugrunde gelegt (vgl. Tab. 2.6).

Die sinkenden Energie- und Rohstoffpreise dürften sich in den kommenden Monaten auch bei den Nahrungsmitteln bemerkbar machen. Nachdem die Weltmarktpreise für Rohstoffe ihren Höhepunkt bereits im Sommer vergangenen Jahres erreichten, stiegen die Verbraucherpreise von Nahrungsmitteln bis zum Frühjahr dieses Jahres kräftig – zeitweise betrug die Teuerungsrate mehr als 20%. Neben den gestiegenen Kosten für Vorleistungsgüter dürften auch höhere Gewinnmitnahmen von Seiten der Unternehmen eine Rolle gespielt haben. Gerade in den Bereichen Landwirtschaft und Handel stiegen die Unternehmensgewinne ausweislich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überdurchschnittlich (vgl. Box »Zu den entstehungs- und einkommensseitigen Determinanten der gesamtwirtschaftlichen Teuerung im Jahr 2022«). Zuletzt hat sich die Teuerung von Nahrungsmitteln aber deutlich abgeschwächt. Die vom ifo Institut befragten Nahrungsmittelhersteller planen aktuell kaum noch Preiserhöhungen. Daher dürften die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel den kommenden Quartalen nur noch leicht anziehen.

Die sonstigen Waren und Dienstleistungen dürften im Prognosezeitraum überdurchschnittlich stark zur Gesamtinflationsrate beitragen. Zwar hat sich auch

**ZU DEN ENTSTEHUNGS- UND EINKOMMENSEITIGEN DETERMINANTEN DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN TEUERUNG IM JAHR 2022**

Der Verbraucherpreisanstieg erreichte im Jahr 2022 mit 6,9% einen Rekordwert im wiedervereinigten Deutschland. Nahrungsmittel und Energie verteuerten sich um jeweils gut 20%, aber auch die Preise aller übrigen Waren und Dienstleistungen im repräsentativen Warenkorb der Verbraucher legten um über 5% und damit so kräftig zu wie zuletzt im Jahr 1993. Ziel der Analyse ist es, die entstehungs- und einkommenseitigen Determinanten des Preisanstiegs von im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen im Jahr 2022 sowie ihren Beitrag zur Entwicklung der Verbraucherpreise zu bestimmen. Immerhin entfallen etwa drei Viertel der Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte (sowie privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) auf Güter, die von inländischen Wirtschaftsbereichen produziert und zur Verfügung gestellt werden. Den verbleibenden Teil der Ausgaben, der in der vorliegenden Analyse nicht weiter untersucht wird, leisten die Verbraucher größtenteils für importierte Güter an das Ausland und in Form von Steuern an den Staat (vgl. Tab. 2.7).<sup>1</sup>

Für die Analyse werden in einem ersten Schritt die Absatzpreise von zwölf inländischen Wirtschaftsbereichen in die Stückbeiträge der Vorleistungskosten und der Faktoreinkommen, d.h. der Lohn- und Gewinneinkommen, zerlegt. Die Auswahl der Wirtschaftsbereiche orientiert sich an der aktuellen Verfügbarkeit detaillierter Daten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2022.<sup>2</sup> Im Unterschied zu Ragnitz (2022a; 2022b) und Abberger und Nierhaus (2023) liegt der Schwerpunkt der vorliegenden Analyse auf den Absatzpreisen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und nicht auf den Wertschöpfungsdeflatoren. Daher kann zum einen explizit der Einfluss der Vorleistungskosten auf die Preisentwicklung berücksichtigt werden. Zum anderen ist es dadurch auch möglich, eine Veränderung der Stückbeiträge der Unternehmensgewinne zur Entwicklung der Absatzpreise als Veränderung der Gewinnspanne zu interpretieren (vgl. Colonna et al. 2023).<sup>3</sup> In einem zweiten Schritt werden dann die

<sup>1</sup> Außerdem müssen zu den Käufen der privaten Haushalte im Inland die Konsumausgaben der Inländer in der übrigen Welt hinzugezählt und die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland abgezogen werden, um die Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte zu erhalten.

<sup>2</sup> Datenquelle ist die Fachserie 18 Reihe 1.4, Blätter 3.2 ff., in der Ausgabe vom 3. März 2023.

<sup>3</sup> Colonna et al. (2023) weisen darauf hin, dass bei Betrachtung der Wertschöpfungsdeflatoren (anstelle der Absatzpreise) der Anteil der Unternehmensgewinne am Wertschöpfungsdeflator rein rechnerisch auch steigen kann, ohne dass Unternehmen ihre Gewinnspanne ausweiten, wenn die Vorleistungskosten stark steigen und die Vorleistungen nur begrenzt substituierbar sind.

Tab. 2.7

**Private Konsumausgaben (2019, in jeweiligen Preisen, in Mrd. Euro)**

Private Konsumausgaben	1 805,5
= Konsumausgaben der privaten Organisationen o.E.	51,4
+ Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte	1 754,0
= Konsumausgaben der Inländer in der übrigen Welt	63,5
- Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland	-27,4
+ Konsumausgaben privater Haushalte im Inland	1 717,9
= letzte Verwendung von Gütern aus Importen	171,0
+ Gütersteuern (abzgl. Gütersubventionen)	198
+ letzte Verwendung von Gütern aus inländischer Produktion	1 348,9
<i>davon gemäß Input-Output-Rechnung aus Wirtschaftsabschnitt</i>	
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,9%
B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	22,2%
F Baugewerbe	0,4%
G-I Handel, Verkehr, Gastgewerbe	26,4%
J Information und Kommunikation	2,9%
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	6,0%
L Grundstücks- u. Wohnungswesen	22,0%
M-N Unternehmensdienstleister	4,3%
O-Q Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	8,7%
R-T Sonstige Dienstleister	6,1%

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen, Stand: 8. März 2023; Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 2, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Input-Output-Rechnung 2019, Stand: 4. Januar 2023; Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 2.8

**Zerlegung des gesamtwirtschaftlichen Produktionswertes**

	2021	2022
Produktionswert (Kettenindex, 2015 = 100)	107,95	109,55
Produktionswert (in jeweiligen Preisen, in Mrd. Euro)	6 745,9	7 501,9
<i>Beiträge zum Produktionswert in Mrd. Euro</i>		
Vorleistungen	3 487,4	4 003,4
Bruttowertschöpfung	3 258,6	3 498,5
Sonstige Nettoproduktionsabgaben	-59,2	-15,5
Arbeitnehmerentgelte	1 913,7	2 025,3
Bruttobetriebsüberschuss	1 404,1	1 488,7
Abschreibungen	704,9	794,6
Nettobetriebsüberschuss	699,2	694,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 1.4, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsproduktberechnung, Detaillierte Jahresergebnisse, Stand: 3. März 2023.

© ifo Institut Juni 2023

Beiträge der Absatzpreise dieser Wirtschaftsbereiche zu den Verbraucherpreisen ermittelt. Dabei wird auf die Verflechtungen zwischen den Wirtschaftsbereichen und der letzten Verwendung ihrer Produktion als Konsum privater Haushalte im Inland gemäß der aktuellen Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2019 zurückgegriffen.<sup>4</sup>

Ausgangspunkt der Entstehungsrechnung ist der Produktionswert eines Wirtschaftsbereichs, der den Gesamtwert aller im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen misst (vgl. Statistisches Bundesamt 2016, sowie Tab. 2.8). Nach Abzug der Vorleistungen, die alle Waren und Dienstleistungen umfassen, die für den Produktionsprozess von anderen Produzenten aus dem In- und Ausland bezogen werden, um verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt zu werden, ergibt sich die Bruttowertschöpfung. Sie stellt den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert dar, der anschließend in der Einkommensrechnung auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt wird. Während die Entlohnung des Faktors Arbeit originär durch die amtliche Statistik in Form der Arbeitnehmerentgelte (die sich aus den geleisteten Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammensetzen) erfasst wird, wird die mit dem Bruttobetriebsüberschuss gemessene Entlohnung des Faktors Kapital residual bestimmt. Er ergibt sich nach Abzug der Arbeitnehmerentgelte und der sonstigen Nettoproduktionsabgaben von der Bruttowertschöpfung. Die sonstigen Nettoproduktionsabgaben errechnen sich als Saldo der an den Staat geleisteten sonstigen Produktionsabgaben und der vom Staat empfangenen sonstigen Subventionen. Die sonstigen Produktionsabgaben umfassen sämtliche Steuern, die von Unternehmen aufgrund ihrer Produktionstätigkeit, unabhängig von der Menge oder dem Wert der produzierten oder verkauften Güter, zu entrichten sind (z.B. Grundsteuer, Kfz-Steuer, Ausgaben aus dem

Erwerb von Emissionszertifikaten). Zu den sonstigen Subventionen zählen zum Beispiel Zuschüsse auf die Lohnsumme von Beschäftigten<sup>5</sup> sowie staatliche Hilfszahlungen an Unternehmen. Zieht man vom Bruttobetriebsüberschuss schließlich noch die Abschreibungen ab, die den Aufwand an Anlagevermögen beziehungsweise den Wertverlust des Anlagevermögens, der im Produktionsprozess verbraucht wird, darstellen, ergibt sich der Nettobetriebsüberschuss. Er kann als operatives Ergebnis aus der unternehmerischen Tätigkeit vor geleisteten Zinsen auf Fremdkapital und anderen empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen angesehen werden (vgl. Schwarz 2008).

Zur Bestimmung der Preisentwicklung und ihrer entstehungs- bzw. einkommensseitigen Determinanten werden zunächst alle nominalen Größen der Entstehungs- und Einkommensrechnung durch den preisbereinigten Produktionswert, der in der amtlichen Statistik als Kettenindex mit dem Basisjahr 2015 = 100 ausgewiesen wird, dividiert und in Vorjahresveränderungsraten umgerechnet. Damit ergibt sich ein Anstieg des durchschnittlichen Preises von im Inland produzierten Waren und Dienstleistungen um 9,6% (vgl. Tab. 2.9), wobei die Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen ausgesprochen groß sind. Die Teuerung reicht von 2% im Bereich Information und Kommunikation bis knapp 35% im Bereich Land- und Forstwirtschaft. Anschließend werden die Stückbeiträge der entstehungs- und einkommensseitigen Determinanten zum Preisanstieg der im Inland produzierten Güter berechnet als Produkt der Vorjahresveränderungsrate der jeweiligen Determinante (ausgedrückt je Einheit produzierter Güter) mit dem Anteil der jeweiligen Determinante am gesamten Produktionswert im Vorjahr.

<sup>4</sup> Datenquelle ist die Fachserie 18 Reihe 2, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Input-Output-Rechnung 2019, in der Ausgabe vom 4. Januar 2023.

<sup>5</sup> Zu den Zuschüssen auf die Lohnsumme fallen allerdings ausschließlich die Erstattung der Sozialbeiträge für Beschäftigte in Kurzarbeit. Das Kurzarbeitergeld selbst stellt eine monetäre Sozialleistung der Sozialversicherung an die privaten Haushalte dar und reduziert aus Unternehmenssicht die geleisteten Arbeitnehmerentgelte.

Tab. 2.9

**Preisentwicklung im Jahr 2022 (Preisindex des Produktionswertes, Veränderung gegenüber Vorjahr)**

	Preisanstieg in %	Beitrag zum Preisanstieg in Prozentpunkten <sup>a</sup>					
		VOR	NPA	ANE	BBÜ	davon: ABS NBÜ	
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	34,7	14,0	8,5	1,1	11,2	3,1	8,0
B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	13,9	12,4	0,3	0,7	0,5	0,9	-0,4
F Baugewerbe	16,2	7,4	0,4	1,9	6,4	0,3	6,1
G-I Handel, Verkehr, Gastgewerbe	11,5	7,2	1,5	0,4	2,4	0,4	2,0
J Information und Kommunikation	2,0	1,9	0,2	2,0	-2,1	0,9	-2,9
K Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	6,3	4,3	-1,3	1,5	1,9	0,7	1,1
L Grundstücks- und Wohnungswesen	2,8	1,3	-1,8	0,2	3,1	5,5	-2,4
M-N Unternehmensdienstleister	4,5	2,9	1,1	2,0	-1,5	1,0	-2,4
O-Q Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	4,2	1,5	0,9	2,3	-0,6	1,4	-2,0
R-T Sonstige Dienstleister	3,5	1,5	5,1	0,1	-3,1	0,6	-3,7
A-T Alle Wirtschaftsbereiche	9,6	6,8	0,7	1,2	0,9	1,2	-0,2

<sup>a</sup> VOR: Vorleistungen, NPA: Sonstige Nettoproduktionsabgaben, ANE: Arbeitnehmerentgelte, BBÜ: Bruttobetriebsüberschuss, ABS: Abschreibungen, NBÜ: Nettobetriebsüberschuss. Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen, Stand: 8. März 2023; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut Juni 2023

Wichtigster Preistreiber in nahezu allen Wirtschaftsbereichen waren im vergangenen Jahr kräftig gestiegene Stückkosten für Vorleistungen. Zum gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg trugen sie 6,8 Prozentpunkte bei. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg verknäpften und verteuerten Vorprodukte, Energie und eine Vielzahl von Rohstoffen und trieben damit die Produktionskosten insbesondere in der Landwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe (einschließlich dem Baugewerbe) sowie im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe in die Höhe. Den kleinsten Beitrag zum Preisanstieg leisteten die Vorleistungskosten in den Wirtschaftsbereichen mit den geringsten Vorleistungsquoten. Dazu gehören das Grundstücks- und Wohnungswesen, die öffentlichen Dienstleister sowie die sonstigen Dienstleister.

Die sonstigen Nettoproduktionsabgaben trugen zwar gesamtwirtschaftlich mit 0,7 Prozentpunkten vergleichsweise wenig zur Teuerung bei. Allerdings haben kräftige Anstiege in einigen Wirtschaftsbereichen, insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe und den sonstigen Dienstleistern, den dortigen Preisauftrieb verstärkt.<sup>6</sup> Mit dem Auslaufen der Corona-Soforthilfen und dem Herunterfahren der Kurzarbeit im vergangenen Jahr gingen vor allem die sonstigen Subventionen stark zurück. Preissteigernd haben aber auch höhere

Ausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb von Emissionszertifikaten gewirkt, die die sonstigen Produktionsabgaben vor allem in den energieintensiven Industriezweigen steigen ließen.

Die Zunahme der Arbeitnehmerentgelte trug 1,2 Prozentpunkte zum gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg bei. Während die Lohnstückkosten im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe, dem Grundstücks- und Wohnungswesen und den sonstigen Dienstleistern nahezu stagnierten, war der Beitrag der Arbeitnehmerentgelte zur Teuerung vor allem im Baugewerbe, bei den Unternehmensdienstleistern und bei den öffentlichen Dienstleistern überdurchschnittlich.

Als Restgröße verbleiben die Bruttobetriebsüberschüsse, die rein rechnerisch 0,9 Prozentpunkte zum Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus beitrugen. Allerdings zeigen sich große Unterschiede zwischen den Wirtschaftsbereichen. Während die Bruttobetriebsüberschüsse in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe, bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen neben den Vorleistungskosten zu einem weiteren maßgeblichen Preistreiber wurden, haben sie in den Bereichen Information und Kommunikation, den Unternehmensdienstleistern und den sonstigen Dienstleistern die Teuerung gebremst.

Möglicherweise überzeichnen die kräftigen Anstiege der Bruttobetriebsüberschüsse die eigentliche Gewinnsituation der Unternehmen. Immerhin bleibt bei der so gemessenen Entlohnung des Faktors Kapital unberücksichtigt, dass sich der Kapitalstock über die

<sup>6</sup> Bei den Werten für die sonstige Nettoproduktionsabgaben der einzelnen Wirtschaftsbereiche in den Jahren 2021 und 2022 handelt es sich um Schätzungen. Da vom Statistischen Bundesamt bislang noch keine detaillierten Angaben zur Verfügung stehen, wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entsprechend der Anteile der Wirtschaftsbereiche aus dem Jahr 2020 verteilt (vgl. Abberger und Nierhaus 2023 für eine analoge Vorgehensweise).

Zeit entwertet und dass zum Erhalt des Kapitalstocks Ersatzinvestitionen getätigt werden müssten, die ihrerseits Kosten verursachen. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden diese Kosten mit den Abschreibungen erfasst, die die Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten messen sollen. Allerdings werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht die tatsächlichen Abschreibungen der Unternehmen erfasst. Vielmehr stellen sie einen kalkulatorischen Posten dar, der sich hinsichtlich seiner Bewertung und der verwendeten Nutzungsdauern des Anlagevermögens von den Abschreibungen unterscheidet, den Unternehmen nach steuer- oder handelsrechtlichen Grundsätzen ermittelten (vgl. Gühler und Schmalwasser 2020). So wird in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Allgemeinen von einer längeren Nutzungsdauer der Anlagen und einem linearen Werteverzehr ausgegangen. Zudem werden die Abschreibungen zu Wiederbeschaffungspreisen, und damit im Gegensatz zum betrieblichen Rechnungswesen nicht zu Anschaffungspreisen, bewertet. Bei stark steigenden Preisen für Anlagegüter, wie sie derzeit zu beobachten sind, kann es daher zu einer großen Diskrepanz zwischen den volkswirtschaftlichen und den tatsächlichen (steuer- bzw. handelsrechtlichen) Abschreibungen kommen (vgl. Lequiller und Blades 2014, S. 220 f.). So stiegen die Abschreibungen auf das Anlagevermögen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im vergangenen Jahr allein preisbedingt um 10,9%. Dieser Anstieg wurde vor allem getrieben durch die Abschreibungen auf Bauten, die preisbedingt um gut 16% zulegten, während die Abschreibungen auf Ausrüstungen (Maschinen und Geräte) preisbedingt nur um knapp 7% stiegen. Umgerechnet auf den Preis je Einheit produzierter Waren und Dienstleistungen trugen die Abschreibungen mit 1,2 Prozentpunkten spürbar zum gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg bei. Zwischen den Wirtschaftsbereichen ergaben sich dabei große Unterschiede.<sup>7</sup> Während die Abschreibungen insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen und in der Landwirtschaft, die zu den kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen (mit einem hohen Bestand an Bauten relativ zur Produktion) zählen, überdurchschnittlich waren, spielten sie im Baugewerbe und im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe nur eine untergeordnete Rolle.

Entsprechend leisteten im Baugewerbe und im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe die Nettobetriebsüberschüsse, die man nach Abzug der kalkulatorischen

Kapitalkosten von den Bruttobetriebsüberschüssen erhält, einen ähnlich hohen und positiven Beitrag zum Preisanstieg wie die Bruttobetriebsüberschüsse. Gleiches gilt trotz der hohen Abschreibungen in der Landwirtschaft. Da in vielen anderen Wirtschaftsbereichen die Vorleistungs-, Arbeits- und Kapitalkosten durch die Unternehmer nicht vollständig auf die Preise überwältigt und deshalb die Gewinnspannen reduziert wurden, leisteten die Nettobetriebsüberschüsse gesamtwirtschaftlich einen geringfügig negativen Beitrag zum Preisanstieg. Allerdings dürften die volkswirtschaftlichen Abschreibungen aufgrund der beschriebenen Kalkulationsregeln derzeit allenfalls eine Obergrenze der tatsächlichen Abschreibungen darstellen. Damit dürfte der tatsächliche Beitrag der Gewinnaufschläge zum Preisanstieg höher sein und sich irgendwo zwischen den mit den Netto- und den Bruttobetriebsüberschüssen gemessenen Gewinnen je Einheit produzierter Waren und Dienstleistungen liegen.

In einem letzten Schritt werden schließlich die Beiträge der einzelnen inländischen Wirtschaftsbereiche zur Entwicklung der Verbraucherpreise zusammengefasst. Zu diesem Zweck wird die in Tabelle 2.7 dargestellte Verbindung zwischen den Konsumausgaben privater Haushalte im Inland und den im Inland produzierten Gütern genutzt. Die Verbraucherpreise werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit dem Deflator der privaten Konsumausgaben repräsentiert. Dieser misst den Preis für Waren- und Dienstleistungen, die von inländischen privaten Haushalten (sowie privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) für Konsumzwecke erworben werden, davon werden nur etwa drei Viertel im Inland produziert. Will man also die Entwicklung der Verbraucherpreise mit der Preisentwicklung in den zwölf betrachteten Wirtschaftsabschnitten erklären, bleiben Preisänderungen vor allem bei importierten Gütern und Veränderungen der Gütersteuern unberücksichtigt. Zudem kann es bei der Aggregation der Preisentwicklung in den inländischen Wirtschaftsbereichen auch zu Fehlern kommen, da es seit 2019 zu Veränderungen der relativen Bedeutung der inländischen Wirtschaftsabschnitte für die Konsumausgaben privater Haushalte im Inland kam. Neuere Input-Output-Rechnungen stehen allerdings derzeit nicht zur Verfügung. Insgesamt zeigt Tabelle 2.10, dass der so gewichtete Durchschnitt der Preise von Gütern aus inländischer Produktion dem Verlauf des Deflators der privaten Konsumausgaben in den vergangenen Jahren recht nahekommt. Allerdings scheint die inländische Teuerung die Inflationsrate tendenziell etwas zu überzeichnen, so dass die statistische Diskrepanz über alle betrachtenden Jahre hinweg negativ ist. Dennoch dürfte die Analyse die Entstehungs- und einkommensseitigen Determinanten der Verbraucherpreise recht gut abbilden. Demnach erklä-

<sup>7</sup> Bei den Werten für die Abschreibungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Jahr 2022 handelt es sich um Schätzungen. Da vom Statistischen Bundesamt bislang noch keine detaillierten Angaben zur Verfügung stehen, wurde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entsprechend der Anteile der Wirtschaftsbereiche aus dem Jahr 2021 verteilt (vgl. Abberger und Nierhaus 2023 für ein analoge Vorgehensweise).



ren die gestiegenen Stückkosten für Vorleistungsgüter etwas mehr als zwei Drittel des Anstiegs der Verbraucherpreise im vergangenen Jahr. Zweitwichtigster Preistreiber war die Ausweitung der Bruttogewinnaufschläge, die in Teilen mit den spürbar gestiegenen

Wiederbeschaffungskosten für Kapitalgüter (Abschreibungen) zu erklären ist. Die Lohnstückkosten sowie die sonstigen Nettoproduktionsabgaben je Einheit inländischer Produktion leisteten einen vergleichsweise geringen Beitrag zur Inflation.

Tab. 2.10

**Beiträge der inländischen Teuerung zur Inflation (Veränderung gegenüber Vorjahr)**

	2019	2020	2021	2022
Deflator der privaten Konsumausgaben	1,3 %	0,6 %	3,1 %	6,9 %
statistische Diskrepanz (in Prozentpunkten) <sup>a</sup>	-0,3	-0,4	-0,6	-1,4
gewichteter Durchschnitt der Preise von Gütern aus inländischer Produktion	1,6 %	1,0 %	3,7 %	8,3 %
<i>Beiträge (in Prozentpunkten)</i>				
Vorleistungen	0,5	0,6	2,5	5,8
Sonstige Nettoproduktionsabgaben	0,0	-0,9	-0,2	0,5
Arbeitnehmerentgelt	0,7	0,8	-0,1	0,8
Bruttobetriebsüberschüsse	0,3	0,6	1,4	1,3
Abschreibungen	0,7	0,6	0,9	1,8
Nettobetriebsüberschüsse	-0,4	0,0	0,5	-0,5

<sup>a</sup> Die ausgewiesene statistische Diskrepanz kann vor allem durch Preisänderungen bei importierten Gütern und Veränderungen der Gütersteuern erklärt werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Private Konsumausgaben und Verfügbares Einkommen, Stand: 8. März 2023; Statistisches Bundesamt, Fachserie 18 Reihe 2, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Input–Output–Rechnung 2019, Stand: 4. Januar 2023; Berechnungen des ifo Instituts.

hier der Preisdruck zuletzt etwas abgeschwächt. So wirkt sich seit Mai die Einführung des Deutschland-Tickets preisdämpfend aus. Zudem sinken die Vorleistungskosten der Unternehmen seit geraumer Zeit, die die Produzenten nach und nach an ihre Kunden weitergeben. Gleichzeitig allerdings dürfte die anziehende Lohnentwicklung die Produktionskosten erhöhen und die Kaufkraft der privaten Haushalte stützen, was die Spielräume der Unternehmen für weitere Preisanhebungen hochhält. Dies dürfte insbesondere in den konsumnahen Handels- und Dienstleistungsbereichen, in denen die Löhne einen überdurchschnittlichen Anteil an den Produktionskosten ausmachen, den Preisdruck nur langsam abschwächen lassen. Dafür spricht auch, dass eine Mehrheit der vom ifo Institut befragten Unternehmen in diesen Bereichen weitere Preiserhöhungen plant.

Alles in allem dürfte sich die Kerninflationsrate (ohne Energie) im weiteren Verlauf nur langsam zurückbilden und im Durchschnitt des Jahres 2023 mit 6,0% deutlich höher liegen als noch im Vorjahr (4,9%) (vgl. Abb. 2.6 A.). Aufgrund der sich abschwächenden Preisdynamik der Energiekomponente (3,3% im Jahr 2023 nach 29,7% im Vorjahr) dürfte jedoch die Gesamtinflationsrate mit 5,8% in diesem Jahr niedriger sein als noch im Vorjahr (6,9%) (vgl. Abb. 2.6 B.). Im nächsten Jahr wird die Kerninflationsrate dann voraussichtlich auf 3,0% und die Gesamtinflationsrate auf 2,1% zurückgehen, wobei die Energiepreise einen negativen Inflationsbeitrag leisten werden (-6,6%). Zur Normalisierung der Inflationsrate Richtung Ende des Prognosezeitraums trägt insbesondere auch die restriktivere Geldpolitik der EZB bei.

Im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2023 wurden damit die Prognose für die Gesamtinflationsrate im Jahr 2023 um 0,4 und im Jahr 2024 um 0,1 Prozentpunkte nach unten korrigiert, was insbesondere auf die günstigere Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen ist. Da zudem der Anstieg der Nahrungsmittelpreise nach unten korrigiert wurde, fällt auch die Prognose für die Kerninflationsrate im laufenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte niedriger aus. Für das kommende Jahr hingegen wurde die Kerninflationsrate um 0,2 Prozentpunkte angehoben, da insbesondere der Preisauftrieb bei den Dienstleistungen nach oben angepasst wurde.

Ein Abwärtsrisiko für die Inflationsprognose stellt die Entwicklung bei den Nahrungsmittelpreisen dar. Ein Blick in die Historie zeigt, dass Nahrungsmittelpreise nach Phasen hoher Teuerung häufig gefallen sind, was nicht zuletzt an der hohen Volatilität der Rohstoffpreise liegt. Daher könnte die entsprechende Komponente des Verbraucherpreisindex anders als in der Prognose unterstellt temporär auch deflationär auf die Inflationsrate wirken. Ein Aufwärtsrisiko für die Prognose hingegen stellen etwaige Energieengpässe im Winter dar, wodurch die Großhandelspreise für Strom und Gas wieder deutlich stärker steigen könnten als in der vorliegenden Prognose unterstellt.

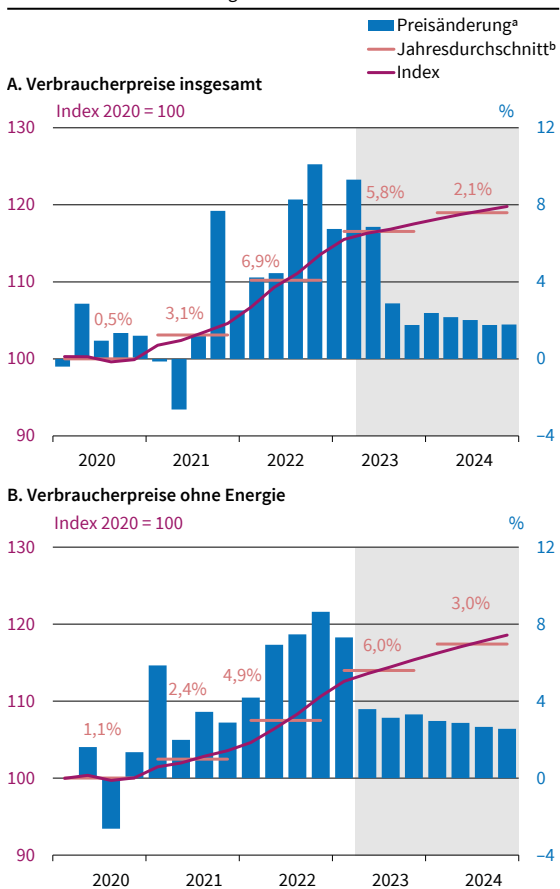
**2.8. PRODUKTION ZWISCHEN SCHWACHER GÜTERNACHFRAGE UND DIENSTLEISTUNGS-AUFSCHWUNG**

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland musste im vergangenen Winterhalbjahr 2022/2023 einen deutlichen

Abb. 2.6

**Verbraucherpreisentwicklung**

Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
 ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Dämpfer hinnehmen. Das preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttoinlandsprodukt lag im Durchschnitt des ersten Vierteljahres 2023 um 0,9% unter seinem Wert aus dem Sommer des vergangenen Jahres. Dabei kam es – Stand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom 25. Mai 2023 – zu einer sogenannten technischen Rezession (zwei Rückgänge der Wirtschaftsleistung in Folge), was das ifo Institut als wahrscheinlich in seiner Frühjahrsprognose 2023 angesehen hatte (vgl. Box »Zur Prognose des ersten Quartals 2023 und der vorliegenden Indikatorik«). Jedoch muss erwähnt sein, dass erneut die Nettogütersteuern (Gütersteuern abzgl. Gütersubventionen) einen erheblichen Teil der Schwankungen beim Bruttoinlandsprodukt verursachen. Wandert der Blick hingegen auf die preis-, saison- und kalenderbereinigte Bruttowertschöpfung – also der gesamtwirtschaftlichen Leistung gemessen in Herstellungs- anstatt Marktpreisen – zeigt sich, dass der Verlust im vergangenen Winterhalbjahr deutlich geringer ausfällt. So liegt die Bruttowertschöpfung derzeit nur um 0,2% unter dem Wert aus dem Sommer des Vorjahres. Auffällig ist außerdem, dass die Verlaufsraten der Bruttowertschöpfung seit geraumer Zeit deutlich stärkeren Schwankungen ausgesetzt sind als jene des Bruttoinlandsprodukts. Im ersten Viertel-

jahr 2023 kam es zu einer kräftigen Ausweitung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Baugewerbe, wobei Letzterer maßgeblich von der milden Witterung profitierte (vgl. Tab. 2.11). Dämpfend wirkte sowohl die Entwicklung der Finanz- und Versicherungs- sowie Unternehmensdienstleister. Zudem kam es zu einem kräftigen Rücksetzer im Gastgewerbe (-5,5%). Auffällig ist hingegen die Entwicklung der anderen konsumnahen Dienstleister: So konnte der Bereich Handel und die Sonstigen Dienstleister ihre Wertschöpfung ausweiten trotz des erneut kräftigen Rücksetzers bei den privaten Konsumausgaben (vgl. Box »Zur Prognose des ersten Quartals 2023 und der vorliegenden Indikatorik«).

Im laufenden zweiten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 0,1% nur sehr verhalten expandieren. Dämpfen dürften hier erneut die nur langsam auslaufenden Inflationseffekte, die abermals die konsumnahen Dienstleister belasten. Darüber hinaus dürfte die Nachfrage nach Waren weiter gedrückt bleiben. Zwar sind die realen Einzelhandelsumsätze im April gegenüber dem Vormonat gestiegen. Im Vergleich zum Durchschnitt des ersten Quartals schlägt hingegen noch ein Minus zu Buche. Auch bei den Kfz-Zulassungen privater Halter zeigt sich im zweiten Quartal des laufenden Jahres wenig Dynamik. Damit dürfte die Bruttowertschöpfung des Bereichs Handel, Verkehr, Gastgewerbe mit -0,2% abermals nachgeben; bei den Sonstigen Dienstleistern dürfte der Rückgang -0,4% betragen.

Die Industrie wird die Dynamik aus dem ersten Quartal im laufenden Vierteljahr nicht halten können und wohl nur um 0,2% expandieren. Nach den kräftigen Produktionsanstiegen im Januar und Februar hat der Produktionsindex im März deutlich nachgegeben und stagnierte zuletzt im April des laufenden Jahres. Nachdem die Hoffnung aufkam, dass der Rückgang bei den energieintensiven Produktionsbereichen im Einklang mit dem deutlich gefallenem Gaspreis zu Jahresbeginn gestoppt werden konnte, hat sich dies im März und April wieder umgekehrt. Die Produktion der energieintensiven Bereiche hat jüngst zweimal in Folge nachgegeben, was wohl Ausdruck dauerhafter Produktionsverlagerungen ins Ausland oder Geschäftsaufgaben ist. Die anhaltende Entspannung bei den Lieferengpässen spricht für sich genommen für eine weitere Ausweitung der Produktion, zumal die Auftragsbestände weiterhin auf historischem Niveau verweilen. Dämpfend auf die Industriekonjunktur wirkt, dass die globale Nachfrage deutlich an Dynamik verloren hat und die heimische Inflation auf die Produktion der Konsumgüterhersteller drückt. Zudem zeigen die Produktionszahlen des VDA keine übermäßige Produktionsausweitung an, und die ifo Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe bewegt sich seitwärts. Daher ist wohl zunächst nur mit einer moderaten Ausweitung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zu rechnen.

Im Baugewerbe wird sich die Rezession wohl fortsetzen. Nach der witterungsbedingt kräftigen Auswei-

Tab. 2.11

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen**  
Veränderung in %

	2022				2023				2024				2022	2023	2024
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	Veränderung ggü. Vorjahr <sup>b</sup>		
	Veränderung ggü. Vorquartal <sup>a</sup>														
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-0,1	0,5	-0,5	-0,3	0,1	0,2	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	1,8	-0,4	1,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,3	-0,6	1,4	-1,1	0,9	0,0	0,2	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3	1,8	0,5	1,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-0,4	-0,0	0,4	-0,9	1,7	0,0	0,3	0,6	0,8	0,9	0,6	0,6	-0,1	1,1	2,4
Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	-0,1	0,8	-0,3	2,0	0,2	0,3	0,6	0,8	0,9	0,7	0,6	0,2	2,1	2,5
Energieversorgung, Wasserversorgung u. Ä.	-0,6	0,3	-2,5	-4,7	0,3	-1,5	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	-1,5	-5,2	1,3
Baugewerbe	1,3	-2,6	-1,8	-2,8	6,1	-0,7	-1,9	-0,8	-0,5	-0,3	-0,1	0,0	-2,9	-0,0	-2,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,0	-1,7	2,9	-2,6	0,1	-0,2	0,3	0,6	0,7	0,5	0,4	0,4	4,0	-1,1	2,0
Information und Kommunikation	1,5	0,2	1,3	0,6	0,6	0,2	0,3	0,4	0,6	0,6	0,5	0,5	3,4	2,0	2,1
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,5	0,3	1,2	-0,3	-1,7	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	2,2	-0,6	1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,1	-0,3	0,0	1,2	-0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	1,1	1,0	0,4
Unternehmensdienstleister	1,7	0,5	-0,1	0,0	-0,4	0,2	0,6	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	2,9	0,2	2,1
Öffentliche Dienstleister	2,4	-1,4	3,1	-0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,1	2,4	1,6	1,1
Sonstige Dienstleister	6,4	0,3	7,0	-6,6	1,2	-0,4	0,5	0,5	0,3	0,2	0,1	0,1	6,7	-0,6	1,1

<sup>a</sup> Verkettete Absolutwerte, saison- und kalenderbereinigt. <sup>b</sup> Ursprungswerte, Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ab II/2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

Der Produktionsanstieg im ersten Quartal dürfte im Verlauf des zweiten Vierteljahres deutlich nachlassen. Zwar sind die Auftragsbücher noch gut gefüllt, jedoch spürt insbesondere der Wohnungsbau die gestiegene Zinslast, was sich in anhaltend hohen Stornierungszahlen niederschlägt. Auch die hohen Preise für diverse Bauvorhaben dämpfen die Nachfrage. Wenngleich sich der Anstieg des Deflators im Baugewerbe jüngst etwas verlangsamt hat, lagen die Baupreise zu Jahresauftakt um mehr als 50% über dem Niveau vor Ausbruch der Coronakrise. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe im zweiten Quartal um 0,7% sinken.

Im dritten Quartal des laufenden Jahres dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktionsausweitung

nur marginal beschleunigen (0,2%). Die Dienstleistungskonjunktur fasst, mit nachlassendem inflationärem Druck, wieder Tritt. Der Industrieausstoß dürfte abermals nur verhalten zulegen, da die weltweite Warennachfrage zunächst schwach bleibt. Zudem bleibt die Lage der energieintensiven Produktionsbereiche angespannt. Die Wertschöpfung im Baugewerbe dürfte aufgrund der Zinslast sowie der hohen Baupreise erneut kräftig sinken.

Der gesamtwirtschaftliche Produktionsausstoß wird sich im weiteren Prognosezeitraum voraussichtlich beschleunigen, da mit sich belebender Weltkonjunktur auch die deutsche Industrie wieder kräftiger expandiert und allmählich ihr hohes Auftragspolster abarbeiten kann. Die Beschleunigung wird hingegen

Tab. 2.12

**Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts**

	2021	2022	2023	2024
Statistischer Überhang <sup>a</sup>	2,2	0,8	-0,2	0,4
Jahresverlaufsrate <sup>b</sup>	1,2	0,8	0,4	1,6
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,9	-0,2	1,5
Kalendereffekt <sup>c</sup>	0,0	-0,1	-0,2	0,0
Jahresdurchschnittliche Veränderung	2,6	1,8	-0,4	1,5

<sup>a</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. <sup>b</sup> Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres. <sup>c</sup> In Prozent des realen BIP.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

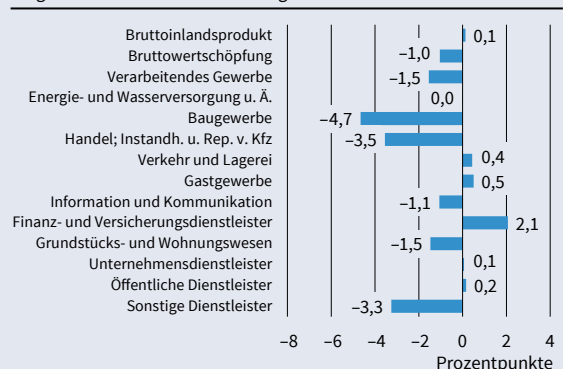
ZUR PROGNOSE DES ERSTEN QUARTALS 2023 UND DER VORLIEGENDEN INDIKATORIK

In seiner Frühjahrsprognose 2023 hat das ifo Institut die Entwicklung der Verlaufsrate des Bruttoinlandsprodukts recht treffsicher eingeschätzt (vgl. Abb. 2.7). Bei der preisbereinigten Bruttowertschöpfung wurde die Entwicklung hingegen zu negativ eingestuft. Während sich die Prognosen für die Energie- und Wasserversorgung, die Unternehmensdienstleister und die öffentlichen Dienstleister als äußerst treffsicher herausstellten, waren die Prognosen für die übrigen Wirtschaftsbereiche zu pessimistisch. Im Verarbeitenden Gewerbe ging das ifo Institut von einem Rücksetzer der Produktion im März 2023 aus, der zwar eintrat, aber den kräftigen Jahresauftakt bei Weitem nicht ausgeglichen hat. So stellte das ifo Institut eine Verlaufsrate von 0,5% in seine Prognose ein, lag damit aber unter den 2,0% nach aktuellem Rechenstand. Für das Baugewerbe hat das ifo Institut den kräftigen Jahresauftakt bei der Bauproduktion zu stark unterbewertet. Zwar hat sich im Verlauf des ersten Quartals 2023 die Bauproduktion erheblich abgeschwächt, aber auch hier überwiegte der Einfluss des Jahresauftakts bei der Entwicklung des Quartalsdurchschnitts. Bei den konsumnahen Dienstleistern ist das ifo Institut von einer Schwäche im Einklang mit den privaten Konsumausgaben ausgegangen. Diese Schwäche zeigte sich zwar im Gastgewerbe, aber nicht im Bereich Handel und bei den Sonstigen Dienstleistern. Während die Prognose im Gastgewerbe recht treffsicher war (Prognose: -5,0%, Realisation: -5,5%) – analog gilt dies im Bereich Verkehr mit -0,4 Prozentpunkten Prognosefehler – ist die Entwicklung im Handel komplett anders ausgefallen als erwartet. Trotz der hohen Inflation konnte dieser Bereich seine Bruttowertschöpfung um 1,2% ausweiten; das ifo Institut ging von einem Rückgang in Höhe von 2,3% aus. Analog fällt die Einschätzung bei den Sonstigen Dienstleistern aus. Hier rechnete das ifo Institut mit

einem Rücksetzer der Bruttowertschöpfung von 2,1%. Derzeit materialisiert hat sich ein Anstieg in Höhe von 1,2%. Nachfolgend werden diese beschriebenen Auffälligkeiten näher beleuchtet.

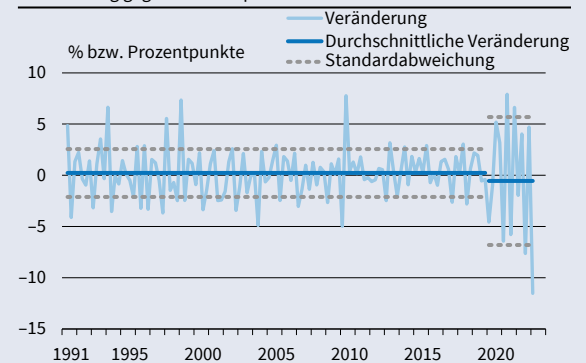
Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung ist besonders markant seit dem Corona-Jahr 2020. Die Differenz zwischen den beiden Aggregaten sind die Nettogütersteuern (Gütersteuern abzgl. Gütersubventionen), die den Übergang von Herstellungs- zu Marktpreisen markieren. Für gewöhnlich sind die Nettogütersteuern eine recht unauffällige Größe, was sich aber drastisch mit dem Jahr 2020 änderte (vgl. Abb. 2.8). Während sich die durchschnittliche Verlaufsrate der Nettogütersteuern nach dem ersten Corona-Jahr nur geringfügig änderte, hat sich die Standardabweichung mehr als verdoppelt im Vergleich zum Zeitraum 1991 bis 2019. Ein wesentlicher Grund hierbei dürfte die angepasste Regelung zur Steuerstundung und die sich daraus ergebenden Sonderbuchungen für die Jahre 2020 und 2021 sein (vgl. Schmidt und Hauf 2022). Nun haben Sonderbuchungen per se bereits einen Einfluss auf die Entwicklung der Nettogütersteuern, der nur schwer prognostizierbar ist. Darüber hinaus kommt hinzu, dass sich durch die Sonderbuchungen offenkundig das wiederkehrende Verlaufsmuster der Nettogütersteuern verändert hat, was sich signifikant auf die saisonbereinigten Werte und damit auch auf den Beitrag zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts auswirkt. Hier muss abgewartet werden, ob sich die Berechnungsregeln in naher Zukunft durch das Auslaufen der Sondereffekte ändern, was gegebenenfalls den Beitrag der Nettogütersteuern wieder auf ein »normales« Maß zurückführen sollte. Bei der aktuellen Schwankunganfälligkeit wäre es aber vielleicht ratsam, den Blick eher auf die Bruttowertschöpfung als auf das Bruttoinlandsprodukt zu legen. Für den

Abb. 2.7. Prognosefehler der ifo Entstehungsrechnung für 2023Q1 Vergleich zur ersten Fortschreibung



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.8. Entwicklung der Nettogütersteuern Veränderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

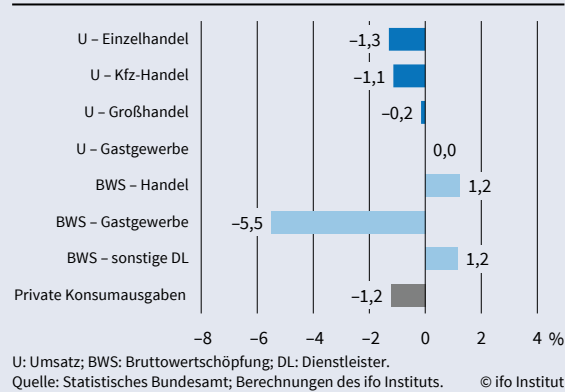
längeren Prognosezeitraum hält das ifo Institut an seiner bisherigen Vorgehensweise fest und setzt für beide Aggregate die gleiche Verlaufsrate an.

Weiterhin auffällig bei der Veröffentlichung des ersten Vierteljahrs 2023 ist die teilweise Diskrepanz zwischen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts. Natürlich müssen Aggregate nicht immer mit gleichen Raten verlaufen, jedoch wäre es inhaltlich kohärent, wenn diese eine einheitliche Richtung aufweisen und von den zur Verfügung stehenden Indikatoren angezeigt werden. Für das erste Quartal 2023 ist auffällig, dass zwei eher konsumnahe Bereiche (Handel und Sonstige Dienstleister) kräftige Zuwachsraten aufweisen, während die privaten Konsumausgaben rückläufig waren (vgl. Abb. 2.9). Die Bruttowertschöpfung im Handel (hellblaue Balken) legte um 1,2% zu, wobei sowohl alle Umsatzkomponenten des Wirtschaftsbereichs im ersten Quartal 2023 (dunkelblaue Balken) als auch der Warenkonsum (vgl. Abschnitt 2.12.) rückläufig waren. Somit scheint zumindest die Wertschöpfung im Bereich Handel nicht zur Indikatorik und auch nicht zur Verwendung zu passen.

Auch für das Gastgewerbe ergeben sich bei den Verlaufsdaten erhebliche Diskrepanzen zwischen Indikatorik und Bruttowertschöpfung, was das ifo Institut bereits in seiner Sommerprognose 2021 festgestellt hatte (vgl. Wollmershäuser et al. 2021). So stagnierten im ersten Vierteljahr 2023 die realen Umsätze im Gastgewerbe, während die Bruttowertschöpfung deutlich um 5,5% nachgegeben hat. Letzteres ist zudem nicht kompatibel mit den privaten Konsumausgaben nach Verwendungszwecken, bei denen die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen nur geringfügig nachgaben (-0,3%).

Zuletzt fällt der Blick auf die Sonstigen Dienstleister. Argumentativ kann an der Stelle angeführt werden, dass es im ersten Quartal 2023 zu deutlichen

Abb. 2.9  
Vergleich Verwendung, Entstehung und Indikatorik 2023Q1  
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Unterschieden zwischen Waren- und Dienstleistungskonsum kam. Insgesamt haben die preisbereinigten Konsumausgaben für Dienstleistungen zum Jahresauftakt stagniert, was aber zu einem erheblichen Teil auf den Verwendungszweck »Wohnung, Wasser, Strom etc.« zurückgeführt werden kann, der um 1,2% expandierte. Die meisten anderen Dienstleistungskomponenten des privaten Konsums waren hingegen rückläufig. Somit laufen auch an dieser Stelle Entstehungs- und Verwendungsseite auseinander. Hinzu kommt, dass der Fortschreibungsindikator für diesen Wirtschaftsbereich, das Arbeitsvolumen, zu Jahresbeginn 2023 keinen kräftigen Anstieg anzeigt. Die geleisteten Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Bereich Sonstige Dienstleister lagen mit 0,2% unter ihrem Wert des Schlussquartals 2022.

Solch große Diskrepanzen werfen Fragen aus der Öffentlichkeit auf. Abhilfe könnte hier schaffen, wenn sowohl die Ursprungswerte als auch die saison- und kalenderbereinigten Aggregate der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts stärker auf die zugrunde liegenden Indikatoren abgestimmt werden.

gedämpft, da die Neuaufträge zuletzt deutlich nachgegeben haben und die hiesigen Industriefirmen die Produktion wohl auf einen längeren Zeitraum strecken müssen. Das Baugewerbe nähert sich im Prognosezeitraum der Talsohle, da die Zins- und Preisbelastung nachlassen werden. Am Ende des Prognosezeitraums machen sich dann aber allmählich die negativen Vorzeichen aufgrund des demografischen Wandels bemerkbar. So lässt die Dynamik bei den beschäftigungsintensiven Wirtschaftsbereichen spürbar nach, und der Fachkräftemangel verhindert eine wieder kräftiger anziehende Baukonjunktur.

Alles in allem wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2023 wohl um 0,4% sinken (vgl. Tab. 2.11). Dabei wird die Wirtschaftsleistung allein durch die geringe Zahl an Arbeitstagen um 0,2 Prozentpunkte gedrückt. Im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt dann um 1,5% zulegen.

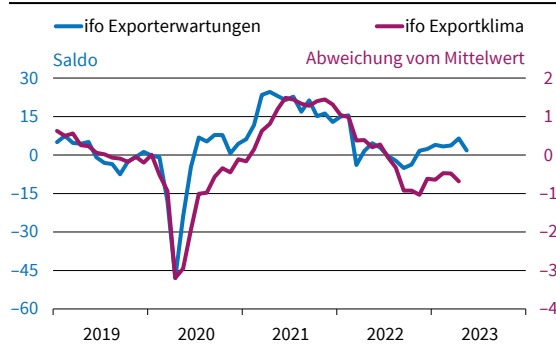
2.9. VORERST STAGNATION IM AUSSENHANDEL

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich zum Jahresauftakt sehr heterogen. Die preisbereinigten Exporte legten im ersten Quartal um 0,4% zu; die Importe nahmen im gleichen Zeitraum um 0,9% ab. Zwar wurde der Dienstleistungshandel kräftig ausgeweitet, gleichzeitig verbuchte aber der Warenhandel sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite Rückgänge. Als besonders schwach erwies sich dabei der Handel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Hier machte sich die inflationsbedingte Konsumzurückhaltung im In- und Ausland bemerkbar.

Im aktuellen Quartal werden die Ausfuhren in etwa stagnieren. Darauf deuten die verfügbaren monatlichen Exportdaten in der Abgrenzung des Spezialhandels hin. Für das dritte Quartal lassen die derzeit durchwachsenen ifo Exporterwartungen auf eine mä-

Abb. 2.10

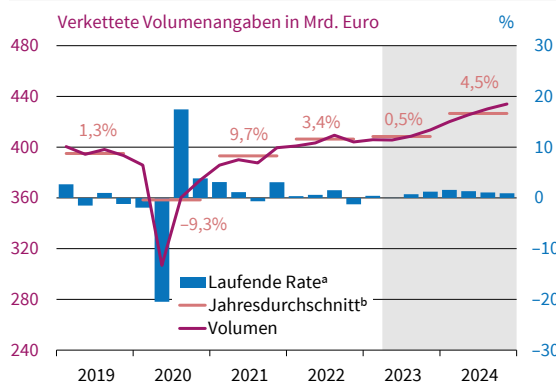
**Frühindikatoren für den Export**  
Saisonbereinigter Verlauf



Quelle: ifo Konjunkturumfragen; Deutsche Bundesbank; internationale und nationale Statistikämter; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.11

**Exporte**  
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

ßige Zunahme der Ausfuhren von 0,7% schließen (vgl. Abb. 2.10). Im weiteren Prognosehorizont wird der Export aller Voraussicht nach an Dynamik gewinnen.

Tab. 2.13

**Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts**  
in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge <sup>a</sup>			
	2021	2022	2023	2024	2021	2022	2023	2024
Konsumausgaben	1,0	2,7	-1,6	1,5	0,4	1,7	-1,2	1,0
Private Konsumausgaben	0,2	2,4	-0,9	1,1	-0,2	1,6	-0,7	0,7
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,3	-0,7	0,4	0,6	0,2	-0,6	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,3	0,1	-0,1	-0,0	-0,1	-0,2	-0,0	-0,1
Bauten	0,0	-0,2	-0,3	-0,4				
Ausrüstungen	0,2	0,2	0,1	0,2				
Sonstige Anlagen	0,0	0,1	0,1	0,1				
Vorratsveränderungen	0,5	0,4	0,6	-0,1	0,3	0,1	0,6	-0,2
Letzte inländische Verwendung	1,8	3,1	-1,0	1,5	0,7	1,6	-0,7	0,7
Außenbeitrag	0,8	-1,3	0,5	0,1				
Exporte	4,2	1,6	0,3	2,1	2,0	0,2	0,2	0,8
Importe	-3,4	-2,9	0,3	-2,1				
<b>Bruttoinlandsprodukt<sup>b</sup></b>	<b>2,6</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,5</b>	<b>2,6</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,5</b>

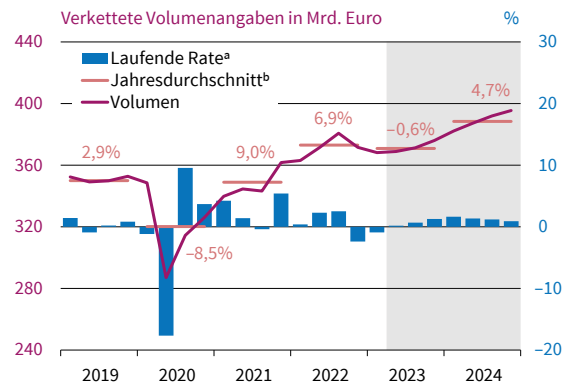
<sup>a</sup> Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts. <sup>b</sup> Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

Abb. 2.12

**Importe**  
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Der hohe Bestand an ausländischen Aufträgen wird wichtige Impulse für die Ausweitung der Industrieproduktion und der entsprechenden Warenexporte liefern. Zusätzlich wird die Belebung der Weltkonjunktur für einen stärkeren Auftragseingang aus dem Ausland sorgen. Alles in allem dürfte die preisbereinigte Ausfuhr in diesem Jahr um 0,5% und im kommenden Jahr um 4,5% zulegen (vgl. Abb. 2.11).

Die Importe werden gemäß der jüngsten Monatsdaten der Außenhandelsstatistik im laufenden Quartal nur marginal um 0,2% steigen. Im nächsten Quartal dürfte die Einfuhr einen moderaten Zuwachs von 0,7% verzeichnen. Im weiteren Verlauf dürfte die anziehende Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern bei den Importen zu Buche schlagen. Somit dürfte sich die Expansion der Importe spürbar beschleunigen. Insgesamt wird die preisbereinigte Einfuhr in diesem Jahr wohl um 0,6% sinken und im kommenden Jahr um 4,7% zunehmen (vgl. Abb. 2.12).

Zur Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts werden die Nettoexporte rein rechnerisch in diesem Jahr einen positiven Beitrag von 0,5 Prozentpunkten leisten. Im nächsten Jahr wird sich der Außenbeitrag weitgehend neutral auf die Expansionsrate des Bruttoinlandsprodukts auswirken (vgl. Tab. 2.13).

Die Terms of Trade verbesserten sich im ersten Quartal um 0,5%, wobei die Importpreise deutlicher als die Exportpreise sanken. Der Haupttreiber hinter den rückläufigen Außenhandelspreisen waren die fallenden Energiepreise. Dieses Muster wird sich auch im aktuellen Quartal wiederholen. Die monatlichen Preisindizes weisen auf eine Deflation der Exporte von 0,6% und der Importe von 2,4% hin. Unter den dieser Prognose zugrunde liegenden Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen dürften die Terms of Trade im Rest des Prognosezeitraums weiter zunehmen. Insgesamt ergibt sich eine Verbesserung von 3,6% in diesem Jahr und von 1,7% im kommenden Jahr. Der Saldo der deutschen Leistungsbilanz wird im laufenden Jahr 232 Mrd. Euro und im nächsten Jahr 269 Mrd. Euro betragen. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bedeutet es 5,7% und 6,3% (vgl. Tab. 2.2).

## 2.10. UNTERNEHMENSINVESTITIONEN ENTWICKELN SICH ZUNÄCHST VERHALTEN

Nachdem die Unternehmensinvestitionen im Schlussquartal des vergangenen Jahres im Vorquartalsver-

gleich um 2% zurückgegangen waren, expandierten sie zu Jahresbeginn mit 3,1% deutlich. Für die unbeständige Entwicklung waren die Investitionen sowohl in private Nichtwohnbauten als auch in Ausrüstungen verantwortlich. Während die Investitionen in private Nichtwohnbauten im vierten Quartal 2022 noch um 3,7% schrumpften, konnten sie im ersten Quartal 2023 – bedingt durch den außerordentlich milden Januar – um 3,0% zulegen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen wurden nach einem Rückgang im Schlussquartal 2022 um 2,4% zu Jahresbeginn kräftig um 5,0% ausgeweitet. Dazu dürften die allmählich nachlassenden Lieferengpässe sowie die sich entspannende Lage an den Energiemärkten beigetragen haben.

Das Auflösen der Lieferengpässe wird sich in den kommenden Monaten wohl fortsetzen. Der Anteil der Investitionsgüterhersteller, der über fehlendes Material klagt, ist seit März vergangenen Jahres kontinuierlich zurückgegangen. Mit 65% ist er jedoch im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt (35%) noch deutlich erhöht. Am aktuellen Rand stimmen die Zulassungen für gewerbliche Fahrzeuge, einem wichtigen Indikator für die privaten Ausrüstungsinvestitionen, optimistisch. Letztere konnten im Mai mit 7,6% gegenüber dem Vormonat zulegen, nachdem sie zuletzt an Fahrt verloren hatten. Hingegen verzeichneten die Auftragseingänge der Hersteller von Investitionsgütern nach einem besonders schwachen März (-9,7% gegenüber dem Vormonat) im April mit -1,9% einen weiteren

## ZU DEN INVESTITIONSERWARTUNGEN DER UNTERNEHMEN

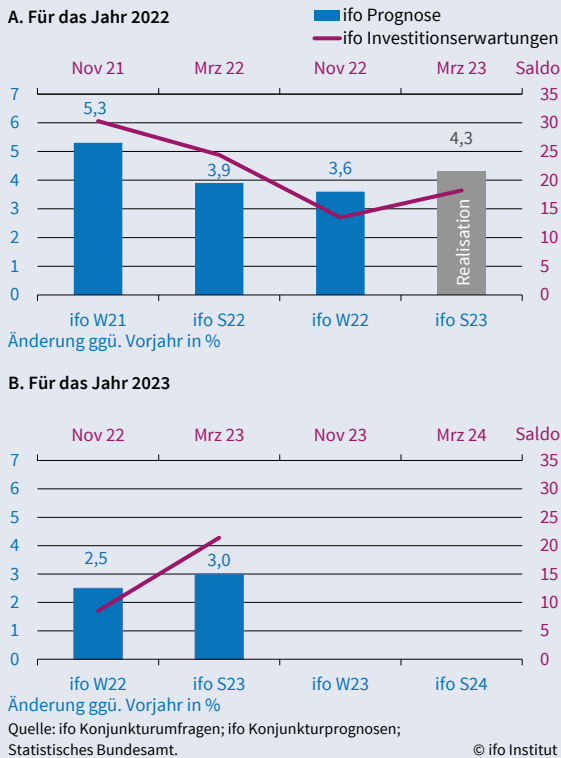
Im Rahmen der ifo Konjunkturumfrage werden Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe, im Dienstleistungsbereich sowie im Handel zweimal jährlich im März und im November qualitativ zu ihren tatsächlichen und geplanten Ausrüstungsinvestitionen befragt. Eine ausführliche Beschreibung der Befragung sowie der Bedeutung der Investitionserwartungen für die Investitionsprognose findet sich in Wollmershäuser et al. (2022b) sowie in Wollmershäuser et al. (2022d). In dieser Box werden die Revisionen der Ausrüstungsinvestitionserwartungen der vom ifo Institut befragten Unternehmen für die Jahre 2022 und 2023 mit den Anpassungen der vom ifo Institut prognostizierten Jahresänderungsrate der privaten Ausrüstungsinvestitionen verglichen. Interessant sind die Revisionen der Unternehmenserwartungen, weil sie frühzeitig auf Veränderungen des Investitionsklimas schließen lassen. Zudem ermöglichen sie eine erste Einschätzung im Hinblick auf die Betroffenheit der unternehmerischen Investitionstätigkeit infolge wirtschaftlicher Schocks.

In Abbildung 2.13 A. sind auf der rechten Achse die Investitionserwartungen der Unternehmen für das Jahr 2022 im zeitlichen Verlauf dargestellt. Die

erste Angabe zur erwarteten Investitionstätigkeit der Unternehmen wurde Ende November 2021 veröffentlicht, die vierte und letzte Ende März 2023. Auf der linken Achse sind die vom ifo Institut prognostizierten Jahresänderungsraten der privaten Ausrüstungsinvestitionen abgetragen, in denen diese Umfrageergebnisse als neue Informationen eingeflossen sind. Dabei werden nur die Prognosen aus dem Sommer (veröffentlicht Mitte Juni) und dem Winter (veröffentlicht Mitte Dezember) gezeigt, da für die Prognosen im Frühjahr (veröffentlicht Mitte März) und im Herbst (veröffentlicht Mitte September) keine neuen Befragungsergebnisse vorliegen. Im zeitlichen Verlauf wurde dementsprechend zur Schätzung der privaten Ausrüstungsinvestitionen im Rahmen der ifo Winterprognose 2021 die erste Investitionserwartung der Unternehmen für das (zu diesem Zeitpunkt) kommende Jahr 2022 aus dem November 2021 berücksichtigt. Die ifo Sommerprognose 2022 integrierte hingegen die Investitionserwartung für das laufende Jahr, die im März 2022 abgefragt wurde, während die Erwartung für das laufende Jahr aus dem November 2022 der ifo Winterprognose 2022 als Indikator diente. Für die ifo

Abb. 2.13

**ifo Investitionserwartungen und ifo Prognose für die privaten Ausrüstungsinvestitionen**



Sommerprognose 2023 steht schließlich die Einschätzung der Unternehmen bezüglich ihrer Investitionen im vergangenen Jahr aus der Befragung im März des laufenden Jahres zur Verfügung. Sie dient zu Plausibilisierung der Befragungsergebnisse, da mittlerweile Daten des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2022 vorliegen.

Aus der Abbildung geht hervor, dass eine Revision der erwarteten Investitionstätigkeit von Seiten der Unternehmen ohne Ausnahme mit einer Korrektur der ifo Prognose der privaten Ausrüstungsinvestitionen einhergeht: Der Anteil der Unternehmen, die im Jahr 2022 planten, mehr in Ausrüstungen zu investieren als im Vorjahr, war in der Befragung im März im Vergleich zur Erwartung aus dem vorangegangenen November leicht gesunken. Ebenso fiel die Korrektur der Jahresänderungsrate der privaten Ausrüstungs-

investitionen von der ifo Winterprognose 2021 zur ifo Sommerprognose 2022 mit -1,4 Prozentpunkten negativ aus. Die erneute, deutlich stärkere Korrektur der Investitionserwartung im folgenden November ging mit einer Prognoserevision von -0,3 Prozentpunkten zwischen ifo Sommer- und Winterprognose 2022 einher. Während die Richtung der Revisionen qualitativ jeweils übereinstimmt, variiert deren Ausmaß deutlich. Während die Unternehmen die Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf ihre Investitionstätigkeit im März, kurz nach Ausbruch des Kriegs, noch nicht in vollem Umfang antizipierten, korrigierte die ifo Sommerprognose die Investitionstätigkeit im Jahr 2022 bereits deutlich stärker. Hier dürfte ein zeitlicher Vorteil zum Zuge kommen: Die ifo Sommerprognose wurde im Juni 2022 erarbeitet, als bereits mehr Informationen zu den Auswirkungen des Krieges auf Lieferketten, Energiepreise etc. vorhanden waren. Im Zuge der sich ab dem Sommer manifestierenden Effekte des Krieges auf die deutsche Wirtschaft fiel die Revision der unternehmerischen Erwartungen im November dementsprechend deutlich größer aus. Da die ifo Sommerprognose bereits einen deutlich negativen Impuls für den weiteren Jahresverlauf erwartet hatte, musste die ifo Winterprognose hingegen in Anbetracht der neuen Datenlage bloß eine vergleichsweise geringe Anpassung vornehmen.

Auch für das Jahr 2023 zeigt sich eine qualitativ gleiche Revision von Investitionserwartungen und ifo Prognose (vgl. Abb. 2.13 B.). Die deutliche Aufhellung des Investitionsklimas wird von der ifo Sommerprognose aufgegriffen, anstelle einer Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen um 2,5 % im Jahr 2023, wie noch im Winter angenommen, wird nun von einer Expansion um 3 % ausgegangen. Würden die Investitionserwartungen als einziger Indikator für die Prognose der privaten Ausrüstungsinvestitionen dienen, würde die aktuelle ifo Prognose wohl deutlich positiver ausfallen. Seitdem die Investitionserwartung im März erhoben wurde, haben sich allerdings weitere wichtige Indikatoren für die private Ausrüstungsinvestitionsprognose, wie die Produktion und die Auftragseingänge, nur verhalten weiterentwickelt. Die veränderte Datenlage seit März ist also ausschlaggebend, um den Unterschied im Ausmaß der Revisionen zu erklären.

Rückgang. Die Reichweite der Auftragsbücher liegt trotz des seit Jahresbeginn abnehmenden Auftragsbestands mit über sechs Monaten allerdings noch immer deutlich über dem historischen Durchschnitt (4,3 Monate). Besonders vor dem Hintergrund des weiter fehlenden Materials dürfte sich das Abarbeiten des aktuellen Auftragsbestands dementsprechend noch bis in das kommende Jahr hineinziehen.

Den ifo Konjunkturumfragen im März zufolge hat eine deutliche Anzahl an Unternehmen ihre Investitionspläne für das Jahr 2023 nach oben korrigiert: Im

Vergleich zum vergangenen November hat sich der Anteil der Unternehmen, der im Jahr 2023 mehr Investitionen tätigen will als im Jahr 2022, vervierfacht und liegt nun bei über 25 % (vgl. Box »Zu den Investitionserwartungen der Unternehmen«). Perspektivisch dürfte sich auch die laut dem ifo Unsicherheitsmaß zuletzt gefallene Unsicherheit stützend auf die Unternehmensinvestitionen auswirken.

Weniger vielversprechend entwickeln sich allerdings die Produktion sowie der Umsatz der Investitionsgüterhersteller am aktuellen Rand. Nach deutli-



chen Rückgängen im März verzeichneten die beiden Indikatoren im April jeweils eine Stagnation. Über den gesamten Prognosezeitraum dürften außerdem die verschlechterten Finanzierungsbedingungen eine dämpfende Rolle spielen. Die Kreditnachfrage der Unternehmen ist laut Bank Lending Survey über die letzten drei Monate rückläufig. Besonders Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren werden von Unternehmen in deutlich geringerem Umfang nachgefragt als noch vor einem Jahr.

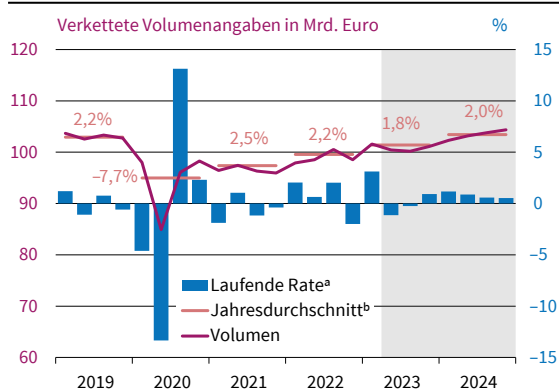
Das Finanzierungsumfeld dürfte auch im Wirtschaftsbau einschränkend wirken. Zwar entwickelten sich die Auftragseingänge im gewerblichen Hochbau im ersten Quartal 2023 zuletzt positiv, im Jahr 2022 hatte sich die hohe weltwirtschaftliche Unsicherheit sowie die Energiekrise jedoch negativ auf die Nachfrage der Unternehmen nach Produktions- und Lagerstätten ausgewirkt. Das Geschäftsklima im gewerblichen Bau ist weiterhin negativ, und auch die Geschäftserwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind zuletzt wieder gesunken. Mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Erholung dürfte aber ab dem kommenden Jahr mit einer Ausweitung der gewerblichen Bauinvestitionen und dementsprechend mit einem positiven Impuls für die Unternehmensinvestitionen zu rechnen sein. Im Zuge der prognostizierten allmählichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwächephase dürften ab Ende des Jahres auch die unternehmerischen Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen beispielsweise Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie Software zählen, wieder stärker ausgeweitet werden.

Vor dem Hintergrund des außerordentlich starken Jahresauftaktes und der am aktuellen Rand verhaltenen Entwicklung der Indikatoren dürfte es im laufenden Quartal zunächst zu keinem weiteren Anstieg der Unternehmensinvestitionen, sondern zu einem Rückgang um 1,1% kommen (vgl. Abb. 2.14). Im dritten Quartal werden die Investitionen der Unternehmen mit -0,2% dann wohl stagnieren, bevor sie im Zuge der anziehenden wirtschaftlichen Erholung ab dem

Abb. 2.14

**Unternehmensinvestitionen**

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf

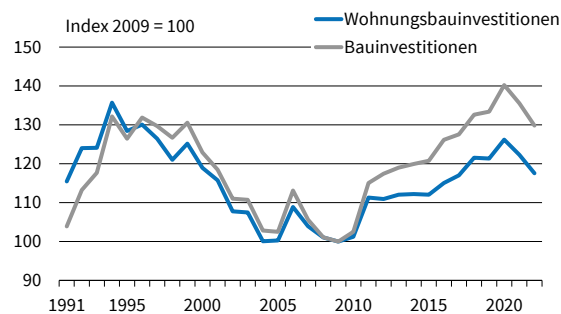


<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
 ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

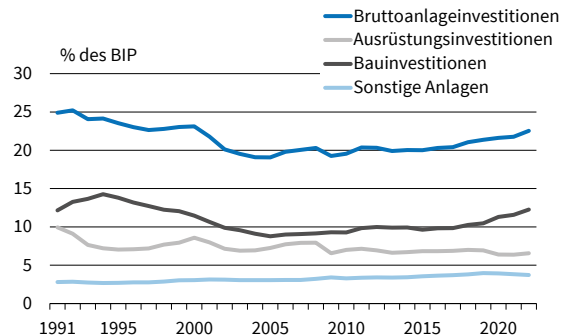
Abb. 2.15

**Entwicklung von Investitionen**

**A. Entwicklung der Bau- und Wohnbauinvestitionen**



**B. Investitionsquoten Gesamtwirtschaft**



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

vierten Quartal 2023 mit 0,9% ausgeweitet werden. Insgesamt dürften die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2023 mit 1,8% sowie im Jahr 2024 mit 2,0% expandieren.

**2.11. ABWÄRTSTREND IM WOHNBAU SETZT SICH FORT**

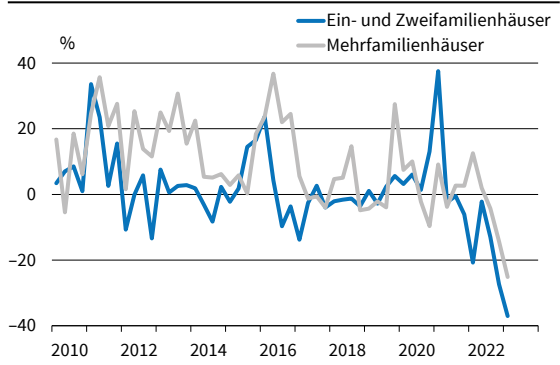
Die Bauinvestitionen erlebten über das vergangene Jahrzehnt einen kontinuierlichen Aufwind: Im Jahr 2020 lagen sie preisbereinigt um fast 25% über dem Niveau des Jahres 2009 (vgl. Abb. 2.15 A.). Ebenso stieg der Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt von 9,3% im Jahr 2009 auf 12,3% im Jahr 2022 deutlich (vgl. Abb. 2.15 B.). Begünstigt durch das Niedrigzinsniveau war der Treiber des Aufschwungs der Wohnbau, der auch während der Coronakrise die deutsche Wirtschaft stützte und im Jahr 2022 gut 60% der Bauinvestitionen ausmachte. Rekordanstiege bei den Materialkosten als Folge der Lieferengpässe und der Energiekrise sowie die Zinswende der Europäischen Zentralbank haben im Frühjahr 2022 eine Trendwende eingeleitet. Nach drei Rückgängen in Folge konnten die Investitionen in Wohnbauten im ersten Quartal 2023 mit 4,2% allerdings deutlich zulegen. Ursächlich hierfür war jedoch die starke Produktion im Bauhauptgewerbe sowie im für den Wohnungsbau wichtigen Ausbaugewerbe im außergewöhnlich milden Januar (+10% bzw. +12,9%), nachdem sie zuvor im Dezember witterungsbedingt kräftig eingebrochen war.

Der durchschnittliche Zins für neuvergebene Wohnungsbaukredite hat sich innerhalb von nur 15 Monaten verdreifacht (von 1,3% im Januar 2022 auf 3,9%

Abb. 2.16

**Baugenehmigungen**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Quartalswerte



Quelle: Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

im April 2023). Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Wohnbauten eingebrochen. So hat das Volumen an neuzugesagten Wohnungsbaukrediten rapide abgenommen (-49,6% im April 2023 im Vergleich zum Vorjahresmonat). Auch lagen die Auftragseingänge im Wohnbau im ersten Quartal 2023 um 36,3% niedriger als im Vorjahr. Besonders deutlich zeichnet sich die schwindende Nachfrage auch in den Wohnbaugenehmigungen ab, im Vorjahresvergleich wurde für das vergangene Jahr ein Rückgang um 7% registriert. Der Wegfall der Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern (-16%) war durch das zusätzliche Auslaufen des Baukindergelds besonders stark. Im laufenden Jahr dürften sich der Genehmigungsschwund fortsetzen. Die Genehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser sind im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahr erneut eingebrochen (-37,1%). Zusätzlich gehen auch die Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern, die sich bis in den vergangenen Sommer noch auf hohem Niveau bewegt hatten, seit drei Quartalen zurück (-25,2% im ersten Quartal, vgl. Abb. 2.16).

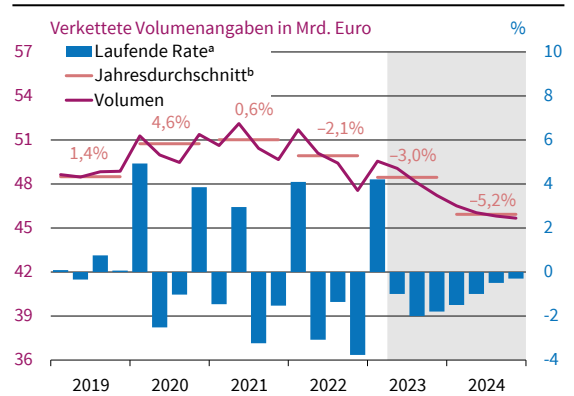
Im Einklang mit den sich verschlechternden Finanzierungsbedingungen hat sich das Geschäftsklima im Wohnbau seit dem Frühjahr 2022 stark eingetrübt, innerhalb eines Jahres zeichnete sich ein Rückgang von über 50 Saldenpunkten ab. Der Tiefpunkt scheint jedoch im Februar dieses Jahres überschritten worden zu sein. Obwohl von Materialmangel laut ifo Umfrage nach den Höchstständen im vergangenen Jahr im Mai nun nur noch 3% der befragten Unternehmen im Wohnbau berichten, klagen weiter 53% der Befragten über Baubehinderungen. Auch von Stornierungen sind die Wohnbauunternehmen weiter stark betroffen (17,6% im Mai).

Die Preise für Wohnbauleistungen sind im Februar 2023 um 15,1% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen, nachdem sie im November 2022, dem vorhergehenden Berichtsmonat, noch mit 16,9% zugelegt hatten. Die deutlichen Preisrückgänge bei Baumaterialien wie Ziegeln, Beton und Holz seit dem vergangenen Sommer haben zu einer Beruhigung der Baupreisdynamik geführt. Zwar steigen die Preise einzelner Produkte wie Zement weiter, allerdings mit deutlich

Abb. 2.17

**Wohnungsbauinvestitionen**

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
 ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

geringeren Raten als noch vor wenigen Monaten. Die ifo Baupreiserwartungen sind im Mai zum ersten Mal in den vergangenen drei Jahren negativ. Die fallenden Energiepreise sowie der voraussichtlich mit dem Einbruch der Nachfrage einhergehende Wettbewerb zwischen den Wohnungsbauunternehmen dürften weitere Impulse zugunsten eines kontinuierlichen Rückgangs der Preissteigerungen über den Prognoseverlauf liefern. Grundsätzlich ist jedoch zu erwarten, dass ein höheres Preisniveau zunächst bleiben wird. Aufgrund des Fachkräftemangels ist auch perspektivisch nicht von einem deutlichen Rückgang der Baukosten auszugehen: Der Anteil der Personalkosten an den gesamten Produktionskosten liegt im Wohnbau bei etwa 50%. Über die kommenden Quartale dürfte die Preisentwicklung im Wohnbau daher von zwei Effekten bestimmt werden: Während der Beitrag der Vorleistungen aufgrund der voraussichtlich sinkenden Materialpreise abnehmen sollte, dürfte der Beitrag der Arbeitnehmerentgelte steigen. Aufgrund dieser gegenläufigen Entwicklungen wird daher für das laufende Jahr von einem weiteren Anstieg des Deflators für Wohnungsbauinvestitionen ausgegangen, der jedoch im Vorjahresvergleich deutlich moderater ausfällt. Nachdem der Deflator im vergangenen Jahr mit 15,1% den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung verzeichnete, wird für das Jahr 2023 nun ein Anstieg von 5,0% erwartet. Im Jahr 2024 dürfte die Aufwärtsdynamik mit +0,4% dann nahezu zum Erliegen kommen.

Nach dem kräftigen Jahresauftakt zeichnet sich für den April zwar erneut eine starke Produktion im Ausbaugewerbe ab (+3,4%). Allerdings hat die Kapazitätsauslastung im Baugewerbe seit Februar deutlich nachgelassen, und der stützende Effekt milder Witterung dürfte für die kommenden Monate entfallen. Im laufenden Quartal dürften die Wohnungsbauinvestitionen zum Vorquartal daher wohl um 1,0% zurückgehen. Die weiter stark negativen Geschäftserwartungen deuten auch für das dritte Quartal keine Expansion der Wohnungsbauinvestitionen an. Vor dem Hintergrund der fallen-

Tab. 2.14

**Reale Bruttoanlageinvestitionen**

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

	Anteile in % <sup>a</sup>	2021	2022	2023	2024
<b>Bauten</b>	<b>47,8</b>	<b>0,0</b>	<b>-1,8</b>	<b>-2,2</b>	<b>-3,2</b>
Wohnungsbau	29,6	0,6	-2,1	-3,0	-5,2
Nichtwohnungsbau	18,2	-0,9	-1,3	-1,1	0,1
Gewerblicher Bau	12,4	0,1	-1,9	-1,7	0,5
Öffentlicher Bau	5,9	-2,9	0,2	0,1	-1,0
<b>Ausrüstungen</b>	<b>33,0</b>	<b>3,5</b>	<b>3,3</b>	<b>2,0</b>	<b>3,6</b>
<b>Sonstige Anlagen</b>	<b>19,1</b>	<b>1,1</b>	<b>2,1</b>	<b>2,1</b>	<b>3,9</b>
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	<b>100</b>	<b>1,2</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,3</b>	<b>0,0</b>
<i>nachrichtlich:</i>					
<i>Unternehmensinvestitionen<sup>b</sup></i>	59,0	2,5	2,2	1,8	2,0

<sup>a</sup> Bezogen auf das Jahr 2022. <sup>b</sup> Investitionen des nicht-staatlichen Sektors, d.h. private Ausrüstungsinvestitionen und sonstige Anlagen zuzüglich gewerblicher Nichtwohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2022bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

den Auftragseingänge und der weiter hohen Baupreise und Finanzierungskosten dürften die Investitionen in Wohnbauten stattdessen mit 2% nochmals deutlicher zurückgehen. Da Baugenehmigungen einen zweijährigen Vorlauf für Baufertigstellungen haben, deuten die am aktuellen Rand wegbrechenden Genehmigungen für den weiteren Prognoseverlauf zunächst nicht auf eine Erholung der Wohnungsbauinvestitionen hin. Der Rückgang schwächt sich im Verlauf des kommenden Jahres allerdings ab, Investitionen in Bestandsmaßnahmen, besonders in energetische Sanierungen, dürften einen Teil des wegfallenden Wohnungsneubaus substituieren. Vor dem Hintergrund der hohen Nettozuwanderung (Best und Menkhoff 2022) ist der gesellschaftliche Bedarf an Wohnraum insbesondere in den Ballungszentren weiter hoch. Viele der zuletzt auch aufgrund der sinkenden Realeinkommen aufgeschobenen Bauprojekte könnten daher im Zuge der wirtschaftlichen Erholung im Jahr 2024 nachgeholt werden. Produktionswirksam dürften diese dann allerdings vornehmlich erst im Jahr 2025 werden. Alles in allem werden für die Jahre 2023 und 2024 Rückgänge der Wohnbauinvestitionen von 3,0% und 5,2% erwartet (vgl. Abb. 2.17).

Der Anteil der Bauinvestitionen an den Bruttoanlageinvestitionen hat sich im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht verringert, während die Ausrüstungsinvestitionen ihren Anteil um 1 Prozentpunkt vergrößert haben. Insgesamt dürften die Bruttoanlageinvestitionen im laufenden Jahr um 0,3% zurückgehen, im kommenden Jahr wird mit einer Stagnation gerechnet (vgl. Tab. 2.14).

**2.12. PRIVATER KONSUM AUF DEM WEG DER ERHOLUNG**

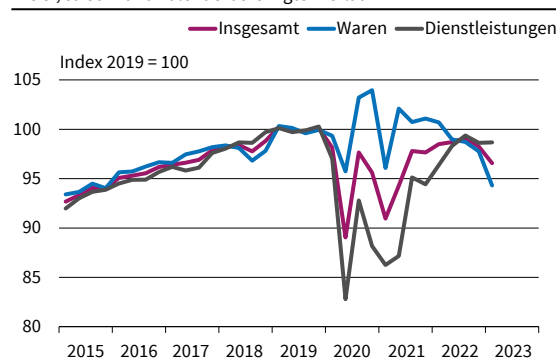
Der Konsum der privaten Haushalte setzte seine Schwächephase zu Beginn des Jahres fort und ging im ersten Quartal um 1,2% zurück, nachdem er bereits im vierten Quartal um 1,7% abgenommen hatte. Maßgeblich hierfür dürften die erheblichen Kaufkraftver-

luste der verfügbaren Einkommen im Winterhalbjahr gewesen sein, die mit der hohen Inflationsdynamik einhergingen. Dabei schränkten die Haushalte wie schon in den Quartalen zuvor vor allem ihren Warenkonsum ein, wobei der Rücksetzer im ersten Quartal mit Abstand der Größte war (vgl. Abb. 2.18). Im Gegenzug wurde der Konsum bei den Dienstleistungen im gleichen Zeitraum sogar leicht ausgeweitet, erreichte aber bisher noch nicht wieder sein Niveau von vor der Coronakrise. Dieser entgegengesetzte Verlauf des Konsums von Waren und Dienstleistungen ist historisch betrachtet außergewöhnlich. Normalerweise besteht zwischen beiden Ausgabenkategorien ein hoher Gleichlauf, der auch im Zusammenhang mit den Eindämmungs- und Lockdownmaßnahmen während der Coronakrise beobachtet werden konnte. Während sich der Warenkonsum allerdings immer wieder rasch erholte, zogen die Dienstleistungen nur langsam nach. Dass sich die Haushalte als Folge der inflationsbedingten Kaufkraftverluste vor allem beim Warenkonsum einschränken, dürfte eine der Spätfolgen der Coronakrise sein. Denn nach Jahren des Verzichts beim Konsum von Dienstleistungen scheint in diesem Bereich der Aufholbedarf groß und die Bereitschaft zu Einschränkungen gering zu sein.

Abb. 2.18

**Konsumausgaben der privaten Haushalte**

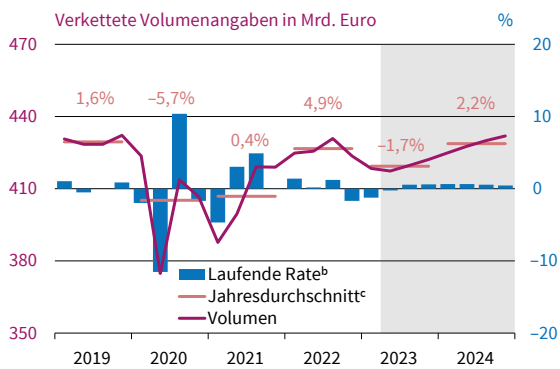
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 2.19

**Konsumausgaben der privaten Haushalte<sup>a</sup>**  
Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.  
<sup>b</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>c</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
 ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Ein Blick auf die Entwicklung innerhalb der einzelnen Konsumsparten verfestigt dieses Bild. So gingen vor allem die preisbereinigten Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (-3,0%), für Einrichtungsgegenstände für den Haushalt (-2,5%), für Bekleidung und Schuhe (-3,6%) und für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (-6,0%) kräftig zurück. Bei Letzterem dürfte ein kräftiger Rückgang bei den Käufen von Pkws eine Rolle gespielt haben, die im Schlussquartal 2022 aufgrund des auslaufenden Umweltbonus für Elektro- und Hybridfahrzeuge vorgezogen wurden. Einzig die Ausgaben für freizeitnahe Konsumaktivitäten im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur konnten mit einer Rate von 0,2% noch moderat zulegen, während solche für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen nur leicht rückläufig waren (-0,3%).

Schleppend entwickelte sich im ersten Quartal auch der preisbereinigte Umsatz im Einzelhandel. Hier zeichnet sich seit nunmehr eineinhalb Jahren eine Abwärtstendenz ab. Konnte der Umsatz im Januar (+ 0,5%) und Februar (+0,1%) noch leicht zulegen, übertraf der darauffolgende Rückgang im März (-1,3%) die zuvor verbuchten Zuwächse um ein Vielfaches. Die Gastronomiebetriebe erwirtschafteten im Januar nach einem schwachen Jahresabschluss einen preisbereinigten Umsatzanstieg von 12,7%. Nach leichten Umsatzrückgängen in den darauffolgenden Monaten, beendete die Gastronomie das Quartal im März mit einem Zuwachs von 7,3% im Vergleich zum Dezember. Die Beherbergungsunternehmen erreichten nach einem weiteren Umsatzverlust im Januar zum Ende des Quartals wieder in etwa das Niveau des Jahresschlussmonats (+0,5%).

Im laufenden zweiten Quartal deuten Frühindikatoren auf eine zunächst noch schwächelnde Konsumkonjunktur hin. Für April weist das Statistische Bundesamt einen Zuwachs im realen Einzelhandelsumsatz von 0,8% aus. Im Vergleich zum Durchschnitt des ersten Quartals schlägt hingegen noch ein Minus zu Buche. Eine vergleichbare Zahl liegt für das Gastgewerbe

aufgrund des längeren Publikationsverzugs noch nicht vor. In Kooperation mit Mastercard hat das ifo Institut jedoch Zugriff auf die Umsatzreihen in der Spending-Pulse Datenbank, die bereits Informationen bis Ende Mai bereithält. Eine Auswertung dieser Daten legt eine erst allmählich einsetzende Erholung des Konsums nahe (vgl. Box: »Zur wöchentlichen Abschätzung des privaten Konsums anhand von Kreditkartentransaktionsdaten«). Aktuelle Stimmungskennzeichen entwickelten sich zuletzt recht verhalten. So lässt zwar der von der GfK erhobene Konsumklimaindex eine langsam aufwärtsgerichtete Entwicklung erkennen, die aktuell gemessene Kaufbereitschaft war im Mai jedoch sogar rückläufig. Zusätzliche stagnierte auch das von der Europäischen Kommission veröffentlichte Barometer zur Kaufbereitschaft innerhalb der nächsten zwölf Monate im Mai. Auch im Einzelhandel stagniert das Geschäftsklima seit Beginn des Jahres, und die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate waren zuletzt sogar leicht rückläufig. Allerdings fallen bei den konsumnahen Dienstleistungsunternehmen sowohl die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen deutlich optimistischer aus. Vor dem Hintergrund eines soliden Jahresauftakts dürfte der Konsum von (freizeitnahen) Dienstleistungen auch in den kommenden Monaten eine potenzielle Stütze des privaten Konsums sein.

Die Inflationsdynamik dürfte sich im weiteren Verlauf des Jahres langsam abschwächen. Mit einer Zunahme des Deflators des privaten Konsums um 5,7% im laufenden Jahr wird die Teuerung jedoch weiterhin deutlich über ihrem historischen Durchschnitt liegen. Spätestens ab dem nächsten Jahr dürfte der Preisdruck dann aber deutlich nachlassen und die Zuwachsraten auf 2,0% im Vergleich zum Vorjahr zurückgehen. Im Prognosezeitraum ist mit einem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter um 8,3% in diesem und um 4,3% im kommenden Jahr zu rechnen. Ebenso dürften die monetären Sozialleistungen um jeweils 4,8% und 4,2% im gleichen Zeitraum zulegen. Aufgrund rückläufiger übriger Primäreinkommen (-2,6%) ergibt sich im laufenden Jahr damit eine Zunahme der verfügbaren Einkommen um 3,7%. Im nächsten Jahr, wenn auch die übrigen Primäreinkommen wieder zulegen können (+1,7%), dürfte die Zuwachsraten auf 4,0% klettern. Damit dürfte der Zuwachs in den verfügbaren Einkommen erst im nächsten Jahr ausreichen, um den Preisanstieg der privaten Konsumausgaben aufzufangen. Daneben steht die Annahme eines schrittweisen, moderaten Rückgangs der Sparquote auf 11% im laufenden und 10,7% im kommenden Jahr, wodurch die Ersparnis in diesem Jahr um 1,1% im Vergleich zum Vorjahr zulegen, die Rate im nächsten Jahr dann bei 0,8% liegen sollte.

Alles in allem werden sich die Konsumausgaben der privaten Haushalte wohl langsam von ihrem Tief erholen. Im laufenden Quartal dürften sie preis-, saison- und kalenderbereinigt nochmals um 0,3% zurückgehen. Ab dem zweiten Halbjahr wird aber von

## ZUR WÖCHENTLICHEN ABSCHÄTZUNG DES PRIVATEN KONSUMS ANHAND VON KREDITKARTENTRANSAKTIONSDATEN

Mit einem nominalen Anteil von über 50 % am deutschen Bruttoinlandsprodukt sind die privaten Konsumausgaben das bedeutendste Verwendungsaggregat und damit essentiell für eine präzise Prognose der erwarteten Wirtschaftsleistung. Die amtliche Statistik zum privaten Konsum erscheint mit einer Publikationsverzögerung von ungefähr acht Wochen und liegt ausschließlich in Quartalfrequenz vor. Zur Prognose und Analyse des Ausgabenverhaltens der privaten Haushalte sind zeitnahe und höherfrequente Daten wünschenswert, zumal nur wenige Frühindikatoren für diese zentrale Verwendungskomponente zur Verfügung stehen. Ein bisweilen gängiger Ansatz ist einerseits der Rückgriff auf umfragebasierte Stimmungskennindikatoren, wie sie beispielsweise von der Gesellschaft für Konsumforschung oder der Europäischen Kommission publiziert werden. Andererseits erweist sich auch ein Perspektivwechsel auf die Umsatzentwicklung im Einzelhandel oder dem Gastgewerbe als hilfreich. Daneben stehen auch für den Handel, das Gastgewerbe und die Dienstleistungsbereiche umfragebasierte Indikatoren, wie beispielsweise die vom ifo Institut erhobene Geschäftslage, zur Verfügung. Vorteil der vorabgenannten Indikatoren ist sowohl ihre monatliche Verfügbarkeit als auch ihre vergleichsweise schnelle Veröffentlichung nach Ablauf des Berichtszeitraums. Eine gewisse Informationslücke bleibt trotz allem weiter bestehen. So reicht der Datenstand der Umsätze im Gastgewerbe mit Abschluss der vorliegenden Prognose lediglich bis in den März zurück, im Einzelhandel liegen bereits Informationen bis einschließlich April vor. Ab Mai ist eine Abschätzung der Konsumlage hauptsächlich über umfragebasierte Indikatoren möglich.

Ein Teil der jüngeren Prognoseliteratur beschäftigt sich mit der Prognose der privaten Konsumausgaben basierend auf Kreditkartentransaktionsdaten, die sich grundsätzlich als verlässlicher Frühindikator eignen (Duarte et al. 2017; Verbaan et al. 2017; Aastveit et al. 2020, Aaronson et al. 2021). In Kooperation mit Mastercard nutzt das ifo Institut die Mastercard-SpendingPulse-Datenbank, die die Umsätze im Einzelhandel und im Gastgewerbe tagesgenau und mit einer Verzögerung von zwei Wochen misst. SpendingPulse ist hierbei als Umsatzindikator über alle Zahlungsmittel hinweg zu verstehen. Ihrer Berechnung liegen nicht nur aggregierte und anonymisierte Kreditkartentransaktionen im Mastercard-Zahlungsnetzwerk zugrunde, sondern auch zusätzliche umfragebasierte Schätzungen zu Transaktionen mittels alternativer Zahlarten, beispielsweise Bargeld und Debitkarten. Um diese Daten im Rahmen der ifo Konjunkturpro-

gnose nutzen zu können, werden die Umsatzreihen zunächst auf Wochenbasis aggregiert, preisbereinigt, anschließend zu einem Konsumaggregat zusammengefasst und zuletzt einer Saison- und Kalenderbereinigung unterzogen. Um über die Quartale hinweg eine einheitliche Wochenaufteilung zu gewährleisten, wird jeder Monat in exakt vier Wochen aufgeteilt, so dass jedes Quartal genau zwölf Wochen zählt. Hierbei entfallen auf die ersten drei Wochen eines Monats immer genau sieben Tage; die vierte Woche umfasst jeweils die verbleibenden Tage eines Monats und variiert daher in ihrer Länge. Weitere Details zur Aufarbeitung der Daten findet sich in Fourné und Lehmann (2023).

Die nach diesen Bereinigungsritten generierte wöchentliche SpendingPulse-Reihe, wird in einem finalen Schritt zur Schätzung eines wöchentlichen Konsumindikators für Deutschland eingesetzt. Als Modell hierfür dient ein Vektorautoregressives Modell mit gemischten Frequenzen, das die Zusammenhänge zwischen der wöchentlichen SpendingPulse Reihe und den vierteljährlichen Konsumausgaben der privaten Haushalte modelliert. Zusätzlich stellt das Schätzverfahren sicher, dass die quartalisierte wöchentliche Reihe konsistent mit der amtlichen Statistik ist. Konkret bedeutet das, dass die in der zwölften Woche eines Quartals geschätzte vierteljährliche Verlaufsrate mit dem vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Wert übereinstimmt. Jeweils am aktuellen Rand, solange die Schätzung im laufenden Quartal stattfindet oder die Veröffentlichung des Vorquartals noch aussteht, wird hingegen ein Nowcast erstellt. Unter Berücksichtigung der Publikationsverzögerung der SpendingPulse-Daten ist damit eine erste Prognose der Konsumdynamik für das laufende Quartal bereits zu Beginn der dritten Woche verfügbar.

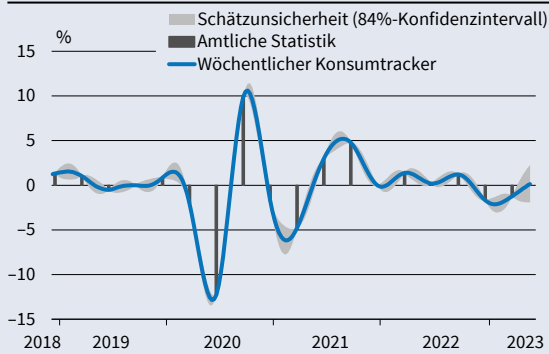
Die dunkelblaue Reihe in Abbildung 2.20 zeigt den wöchentlichen Konsumtracker mit letztem SpendingPulse-Datenstand zum Abschluss der Prognose (31. Mai 2023). Dargestellt ist eine quartalisierte wöchentliche Verlaufsrate des privaten Konsums, die sich als gewichtetes Mittel aus kontemporären und vergangenen wöchentlichen Verlaufsdaten ergibt. Die hellgrau hinterlegte Fläche weist das 84%-Prognoseintervall aus. Die vertikalen Balken jeweils am Ende eines Quartals tragen die Reihe der offiziellen Statistik ab, wobei die finale Schätzung der Verlaufsrate eines Quartals per Konstruktion mit dieser übereinstimmt. Diese Restriktion auf den Verlauf der amtlichen Statistik zum Quartalsende erklärt den ovalen Verlauf der Konfidenzbänder.

Für abgeschlossene und in der amtlichen Statistik bereits berücksichtigte Quartale ermöglicht die

Abb. 2.20

**Wöchentliche private Konsumausgaben**

Preis-, saison- und kalenderbereinigt; Veränderung ggü. Vorquartal



Quelle: Mastercard SpendingPulse; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

hier gezeigte wöchentliche Konsumreihe eine temporär disaggregierte Analyse des Konsumzyklus und des damit einhergehenden Ausgabenverhaltens der

privaten Haushalte. Die Schätzungen für das zweite Quartal dieses Jahres verdeutlichen den Nutzen dieses Modells als zusätzlichen Indikator. Hierbei stellen die letzten acht Schätzungen seit April den Nowcast und dessen wöchentliche Revision dar. Eine Out-of-sample-Analyse der Prognosegüte dieses Modells bestätigt zudem die Prognoseleistung des wöchentlichen Trackers, gemessen als eine Verringerung des Prognosefehlers im Vergleich zu alternativen Indikatoren und Modellen.

Ausgehend von der Beziehung zwischen SpendingPulse und den vom Statistischen Bundesamt gemessenen Konsumausgaben, deutet der wöchentliche Tracker am aktuellen Rand zwar auf einen noch schwachen, aber sich seit einigen Wochen langsam erholenden Konsum hin. Dabei kämpft der Konsum weiterhin gegen seine seit Mitte des vierten Quartals beobachteten Schwächephase an. Seinen Tiefpunkt, der ungefähr Mitte des ersten Quartals erreicht wurde, dürfte er aber bereits überwunden haben.

einer deutlichen Erholung ausgegangen, was sich in Zuwachsraten von jeweils 0,5% und 0,6% im dritten und vierten Quartal widerspiegelt (vgl. Abb. 2.19). Aufgrund des schwachen ersten Halbjahres gehen die privaten Konsumausgaben insgesamt im laufenden Jahr um 1,7% zurück. Im nächsten Jahr dürfte es dann aber zu einem Zuwachs um 2,2% im Vergleich zum Vorjahr kommen.

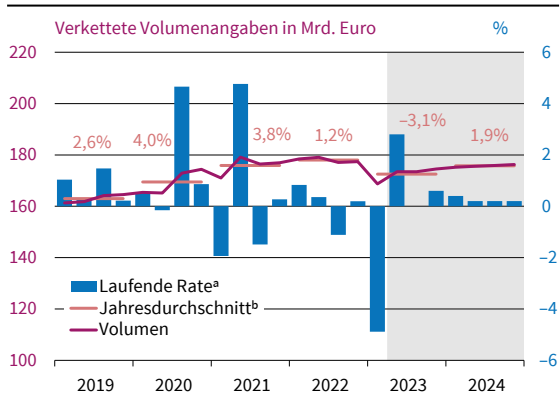
**2.13. STAATSKONSUM VERLÄSST CORONA-PLATEAU**

Im vergangenen Jahr war der reale Staatskonsum weiterhin stark von Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geprägt. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte waren durch die Omikron-Welle staatliche Ausgaben für Tests, Impfstoffe und Arztbehandlungen weiterhin auf hohem Niveau. Dazu

Abb. 2.21

**Konsumausgaben des Staates**

Preis-, saison- und kalenderbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

kamen steigende Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration aus der Ukraine, bspw. für die Unterbringung von Geflüchteten. Diese fielen jedoch niedriger aus als während des letzten größeren Anstiegs der Migration um das Jahr 2015, da viele Geflüchtete in privaten Unterkünften untergekommen sind. In der zweiten Jahreshälfte gingen die Ausgaben für die Pandemie fast vollständig zurück, wodurch die realen Konsumausgaben des Staates mit 1,2% schließlich deutlich weniger stiegen als noch in den beiden Jahren zuvor.

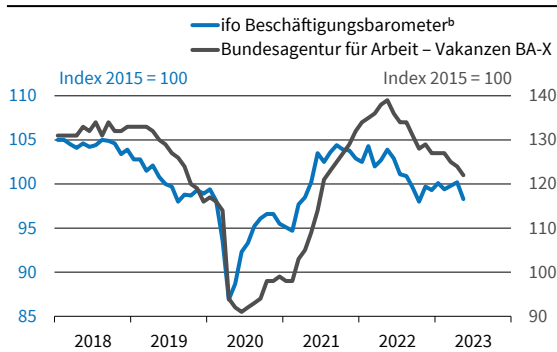
Im laufenden Jahr wird der öffentliche Konsum dann deutlich zurückgehen, da die pandemiebedingten Mehrausgaben vollständig wegfallen. Im ersten Quartal 2023 ist der Staatskonsum im Quartalsvergleich daher um fast 5% zurückgegangen (vgl. Abb. 2.21). Im weiteren Jahresverlauf wird er zwar nicht mehr weiter sinken, allerdings ergibt sich für das gesamte Jahr ein Rückgang von 3,1%. Das erhöhte Niveau des Staatskonsums während der Corona-Pandemie bleibt somit nach derzeitiger Einschätzung temporärer Natur und stellt keine dauerhafte Niveauverschiebung dar. Allerdings ist ab dem Jahr 2024 wieder mit einer Expansion des Staatskonsums in Höhe von 1,9% zu rechnen. Das ist zum einen auf einen Basiseffekt durch den Rückgang im Jahr 2023 zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die Erhöhung der Pflegesachleistungen im Rahmen des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes.

**2.14. GEDÄMPFTE DYNAMIK AM ARBEITSMARKT**

Der deutsche Arbeitsmarkt zeigte sich zuletzt trotz rückläufiger gesamtwirtschaftlicher Produktion in robuster Verfassung. So stieg die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen im Winterhalbjahr 2022/2023 um

Abb. 2.22

**Arbeitsmarkindikatoren für Deutschland<sup>a</sup>**

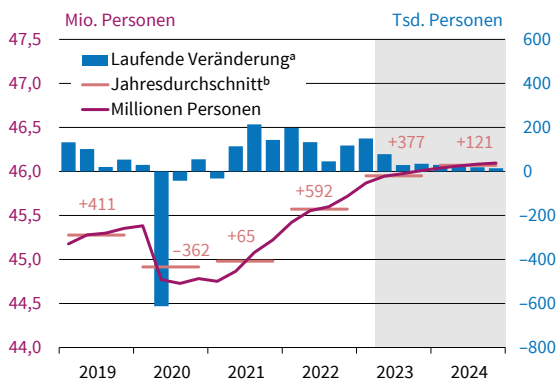


<sup>a</sup> Saisonbereinigter Verlauf. <sup>b</sup> Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungssektor, Handel und Bauhauptgewerbe.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ifo Konjunkturumfragen. © ifo Institut

Abb. 2.23

**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

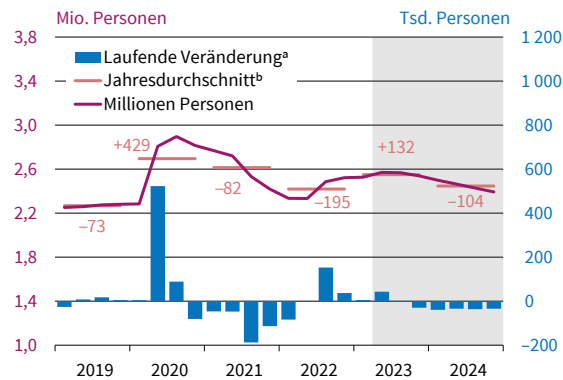
insgesamt 281 000 (+0,6%) auf 45,9 Mio. Personen. Im April ging der Anstieg spürbar auf 18 000 zurück. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg zwischen Oktober und März um saisonbereinigt insgesamt 139 000 Personen (+0,4%). Dabei verzeichneten vor allem die Dienstleistungsbereiche – mit Ausnahme des Handels und der Zeitarbeit – einen robusten Beschäftigungsaufbau. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe blieb die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hingegen weitgehend unverändert. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um 48 000 (+1,2%), während die Zahl der Selbständigen geringfügig zurückging. Ferner ist die Zahl der ukrainischen Staatsbürger\*innen in sozialversicherungspflichtiger oder ausschließlich geringfügiger Beschäftigung im zurückliegenden Winterhalbjahr um weitere 25 000 angestiegen, nachdem sie bereits im Sommerhalbjahr 2022 um 77 000 zunahm.

Die Erwerbstätigkeit dürfte im Prognosezeitraum nur noch mit spürbar gedämpfter Dynamik expandieren. Die Frühindikatoren deuten für die kommenden Monate auf eine deutliche Verlangsamung, aber keinen massiven Stellenabbau hin (vgl. Abb. 2.22). Beispielsweise ist das ifo Beschäftigungsbarometer

Abb. 2.24

**Arbeitslose**

Saisonbereinigter Verlauf



<sup>a</sup> Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Tausend Personen.  
<sup>b</sup> Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tausend Personen.  
Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des ifo Instituts;  
ab 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

im Mai kräftig zurückgegangen, nachdem es sich zwischen November und April tendenziell seitwärts bewegte. Während der Indikator in den Dienstleistungsbereichen trotz des Rückgangs per saldo weiter im positiven Bereich liegt, deutet er im Bauhauptgewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe in etwa eine Stagnation der Beschäftigtenzahl und im Handel einen Beschäftigungsabbau an. Des Weiteren zeigt der BA-X der Bundesagentur für Arbeit (BA) an, dass die Zahl der offenen Stellen seit einem Jahr fast monoton zurückgeht, wenngleich weiterhin 767 000 gemeldete Stellen unbesetzt sind. Dieser gedämpften Arbeitsnachfrage steht entgegen, dass es vielen Unternehmen weiterhin schwerfällt, ihre offenen Stellen zu besetzen. In den ifo Konjunkturumfragen gaben zuletzt ca. 35% der Unternehmen an, dass sie in ihrer Geschäftstätigkeit durch Fachkräftemangel behindert seien. Damit liegt dieser Anteil zwar rund 10 Prozentpunkte unter dem Höchststand im dritten Quartal 2022, aber weiter auf historisch betrachtet sehr hohem Niveau. Zusammengekommen dürfte sich der Anstieg der saisonbereinigten Zahl der Erwerbstätigen daher im kommenden Quartal spürbar auf etwa 30 000 Personen abschwächen, nachdem sie – vor allem aufgrund eines vergleichsweise hohen statistischen Überhangs – im zweiten Quartal 2023 noch um saisonbereinigt voraussichtlich 79 000 steigen dürfte. Im weiteren Prognosezeitraum steht die demografische Entwicklung einer substantiellen Beschleunigung des Beschäftigungsaufbaus entgegen. Trotz Zuwanderung und fortschreitender Integration der ukrainischen Geflüchteten in den Arbeitsmarkt wird das Erwerbspersonenpotenzial im kommenden Jahr voraussichtlich alterungsbedingt sein Maximum erreichen (vgl. Abschnitt 3). Der Beschäftigungsaufbau dürfte daher gegen Ende des Prognosezeitraums weitestgehend zum Erliegen kommen. Insgesamt dürfte sich der Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen von 592 000 im letzten Jahr auf 377 000 im laufenden und 121 000 im kommenden Jahr verlangsamen (vgl. Abb. 2.23).

Tab. 2.15

**Arbeitsmarktbilanz**  
 Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2021	2022	2023	2024
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	60 281	61 078	61 563	62 118
Erwerbstätige im Inland	44 980	45 572	45 949	46 070
Arbeitnehmer	41 022	41 665	42 068	42 222
darunter				
SV Beschäftigte	33 897	34 508	34 787	34 948
Geringfügig Beschäftigte	4 101	4 125	4 203	4 205
Selbständige	3 958	3 908	3 881	3 848
Pendlersaldo	- 114	- 139	- 140	- 141
Erwerbstätige Inländer	44 866	45 433	45 809	45 929
Arbeitslose	2 613	2 418	2 550	2 446
Arbeitslosenquote BA <sup>a</sup>	5,7	5,3	5,5	5,3
Erwerbslose <sup>b</sup>	1 536	1 343	1 275	1 217
Erwerbslosenquote <sup>c</sup>	3,3	2,9	2,7	2,6

<sup>a</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). <sup>b</sup> Definition der ILO. <sup>c</sup> Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

Die saisonbereinigte Zahl der registrierten Arbeitslosen ist seit Februar kontinuierlich um insgesamt 57 000 Personen gestiegen und lag im Mai bei 2,6 Millionen (Quote: 5,6%; vgl. Abb. 2.24). Dieser Anstieg ging sowohl auf die Arbeitslosigkeit im konjunktur-reagibleren Rechtskreis des SGB III als auch in der Grundsicherung (SGB II) zurück. Unter letztere fällt auch der überwiegende Teil der arbeitslosen ukrainischen Geflüchteten, deren Zahl sich seit August 2022 bei etwa 190 000 Personen seitwärts bewegt. In den kommenden Monaten dürfte die Zahl der re-

gistrierten Arbeitslosen zunächst in etwa stagnieren, ehe sie ab Herbst im Zuge der prognostizierten all-mählichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwä- chephase wieder deutlicher zurückgehen dürfte. Auf Jahressicht dürfte die registrierte Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr um 132 000 ansteigen und im kom-menden Jahr wieder um 104 000 sinken. In der Folge liegt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bun-desagentur für Arbeit in den Jahren 2023 und 2024 bei 5,5% bzw. 5,3% nach 5,3% im vergangenen Jahr (vgl. Tab. 2.15).

## ZUM EINFLUSS DES KRANKENSTANDES AUF DAS ARBEITSVOLUMEN

Der Krankenstand erreichte im Winterhalbjahr 2022/23 neue Höchststände und dürfte für sich ge-nommen das geleistete Arbeitsvolumen in diesem Zeit-raum stark negativ beeinflusst haben (vgl. Abb. 2.25). Die ökonomische Einordnung des Ausmaßes des Kran-kenstandes wird allerdings dadurch erschwert, dass die Daten zum Krankenstand nur unbereinigt vorliegen und sowohl ein starkes saisonales Muster als auch ei-nen seit etwa 2007 leicht ansteigenden Trend aufwei-sen. Ziel der nachfolgenden Analyse ist es zunächst, die Abweichung des saisonbereinigten Krankenstan-des von seinem langfristigen Trend in den vergange-nen beiden Quartalen zu bestimmen. Anschließend wird auf Basis erster vorliegender Informationen aus Daten der Gesetzlichen Krankenversicherungen eine Prognose für die Abweichung des Krankenstandes vom saisonüblichen Muster im zweiten Quartal 2023 abgeleitet und die Änderung der durchschnittlichen Arbeitszeit quantifiziert, die sich für sich genommen

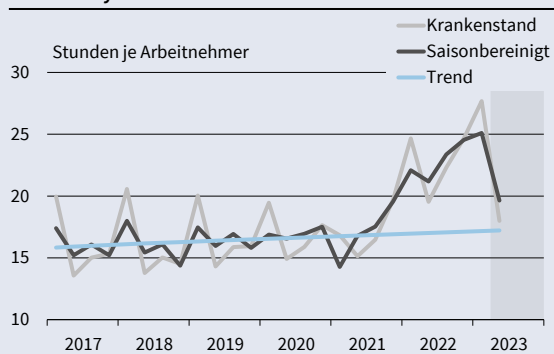
hieraus ergeben würde. Die Abschätzung des Kran-kenstandes im laufenden Quartal bietet darüber hin-aus eine Orientierung dafür, in welchem Ausmaß eine Rückführung des Krankenstandes auf saisonübliche Niveaus im Prognosezeitraum weiteres Potenzial für Ausweitungen der Arbeitszeit birgt.

Zur Bestimmung der Abweichung des saisonberei-nigten Krankenstandes von seinem langfristigen Trend in den vergangenen Quartalen werden die Daten des Krankenstandes in Arbeitsstunden je Arbeitnehmer aus der IAB-Arbeitszeitrechnung herangezogen, die unbereinigt und auf Quartalsfrequenz vorliegen. Diese Zeitreihe wird zunächst durch Herausrechnung der in einem Quartal üblichen Abweichung vom Mittelwert saisonbereinigt. Anschließend wird der Trendverlauf des saisonbereinigten Krankenstandes mit Hilfe ei-nes Hodrick-Prescott-Filters auf Basis von Daten bis zum Jahr 2019 (also vor Ausbruch der Corona-Pan-demie) geschätzt und bis zum aktuellen Rand linear



Abb. 2.25

## Trendanalyse Krankenstand



Quelle: IAB Arbeitszeitrechnung; Bundesministerium für Gesundheit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2. Quartal 2023: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut

extrapoliert. Für das erste Quartal 2023 ergibt sich ein saisonbereinigter Krankenstand von 25,1 Stunden je Arbeitnehmer, der damit nochmals höher ausfiel als im vierten (24,5 Stunden) und dritten Quartal 2022 (23,4 Stunden). Die Abweichung des Krankenstandes vom saisonüblichen Trendniveau betrug damit 7,9 Stunden je Arbeitnehmer im ersten Quartal 2023, nach 7,4 bzw. 6,3 Stunden in den beiden Vorquartalen.

Für die Monate April und Mai 2023 liegen bereits erste Informationen der Gesetzlichen Krankenkassen zu den Krankmeldungen vor, die für die Prognose der Abweichung des Krankenstandes vom saisonüblichen Muster im zweiten Quartal 2023 genutzt werden können. Im April betrug der Anteil der Arbeitnehmer, die sich mindestens einmal krankmeldeten, 5,3% und im Mai 4,3%. Verglichen mit den durchschnittlichen Werten für das vierte Quartal 2022 (6,4%) und dem ersten Quartal 2023 (6,9%) deutet sich damit ein deutlicher Rückgang des Krankenstandes an. Unter der Annahme, dass der Krankenstand im Juni ebenfalls bei 4,3% liegt, wird der Krankenstand in Stunden für das zweite Quartal mittels einer Regressionsanalyse geschätzt, die den engen historischen Zusammenhang zwischen Krankmeldungen und Krankenstand (in Stunden) ausnutzt ( $R^2 = 94\%$ ). In der Regression wird der Krankenstand für jedes der vier Quartale separat auf die Krankmeldungen regressiert, um saisonale Schwankungen abzubilden. Mittels der Regressionskoeffizienten lässt sich der Krankenstand im zweiten Quartal 2023 auf saisonbereinigt

19,6 Stunden schätzen. Dieser Wert liegt zwar immer noch 2,4 Stunden über dem saisonüblichen Trendniveau, stellt jedoch gleichzeitig einen starken Rückgang von 5,5 Stunden gegenüber dem Vorquartal dar. Damit dürften im zweiten Quartal 2023 schon etwa zwei Drittel des übermäßigen Krankenstandes des ersten Quartals wieder zurückgeführt werden. Die immer noch bestehende positive Trendabweichung im zweiten Quartal bietet darüber hinaus weiteren Spielraum für eine Erhöhung des Arbeitsvolumens im weiteren Prognoseverlauf.

Der krankheitsbedingte Arbeitsausfall übersetzt sich zwar nicht direkt in das gesamte geleistete Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer im jeweiligen Quartal, da dieser zumindest zum Teil durch Mehrarbeit an anderen Tagen bzw. durch Kolleginnen und Kollegen ausgeglichen werden dürfte. Dennoch lässt die Entwicklung des Krankenstandes folgende Schlüsse für die Interpretation der jüngst in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamts für die vergangenen Quartale ausgewiesenen Arbeitszeit je Arbeitnehmer zu: Auf der einen Seite kann weder der Anstieg der saisonbereinigten Arbeitszeit um 1,9 Stunden im ersten Quartal 2023 noch das Ausmaß des Rückgangs um 2,5 Stunden im vierten Quartal 2022 aus der Entwicklung des Krankenstandes abgeleitet werden, die für sich genommen Rückgänge um 0,6 bzw. 1,1 Stunden nahegelegt hätten. Da es sich bei der Arbeitszeit je Arbeitnehmer um eine sehr revisionsanfällige Größe handelt, ist es allerdings möglich, dass diese Diskrepanz zu einem späteren Zeitpunkt geringer ausfallen wird. Auf der anderen Seite dürfte der Krankenstand in den vergangenen Quartalen maßgeblich dafür verantwortlich gewesen sein, dass das Niveau der durchschnittlichen Arbeitszeit im Mittel der vergangenen Quartale trotz Aufhebung der meisten pandemiebedingten Auflagen immer noch in etwa sechs Stunden je Arbeitnehmer und Quartal unter dem Trend der Jahre vor Ausbruch der Pandemie lag. Daher dürfte die Arbeitszeit je Arbeitnehmer zum Trendniveau zurückkehren, sobald der Krankenstand wieder auf ein saisonübliches Maß zurückgegangen ist. Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden starken Rückgangs des Krankenstandes im zweiten Quartal 2023 dürfte ein Gutteil dieser Rückführung zum Trend bereits im laufenden Quartal erfolgen.

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen wurde im ersten Quartal 2023 trotz rückläufiger Wirtschaftsleistung saison- und kalenderbereinigt kräftig ausgeweitet (+0,9%), nachdem es im Vorquartal um 0,5% gefallen war. Maßgeblich hierfür war ein Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer im ersten Quartal um 0,6%, nach einem Rückgang im Vorquartal um 0,8%. Gleichzeitig erreichte der Krankenstand im Winterhalbjahr 2022/23 neue Höchststände und dürfte für sich genommen das geleistete

Arbeitsvolumen in diesem Zeitraum stark negativ beeinflusst haben. Obwohl die jeweiligen Vorquartalsänderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit nicht aus Änderungen des Krankenstandes ableitbar sind, dürfte der Krankenstand maßgeblich dafür verantwortlich gewesen sein, dass das Niveau der durchschnittlichen Arbeitszeit im Mittel der vergangenen Quartale – trotz Aufhebung der meisten pandemiebedingten Auflagen – immer noch in etwa sechs Stunden je Arbeitnehmer und Quartal (oder 1,8%) unter dem Trend

der Jahre vor Ausbruch der Pandemie lag (vgl. Box »Zum Einfluss des Krankenstandes auf das Arbeitsvolumen«). Im Gegensatz hierzu spielte die Kurzarbeit keine nennenswerte Rolle für die Arbeitszeit, da die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit über das gesamte Winterhalbjahr 2022/2023 relativ konstant bei einem Niveau von etwa 140 000 Personen lag. Während Schätzungen des ifo Instituts auf Basis von Unternehmensbefragungen für den Mai auf ein ähnliches Ausmaß an Kurzarbeit hindeuten, dürfte die Arbeitszeit aufgrund eines sich abzeichnenden, stark fallenden Krankenstandes im zweiten Quartal kräftig ausgeweitet werden und bis Ende des Prognosezeitraums allmählich zum Trendniveau zurückgeführt werden. Aufgrund des stark negativen statistischen Überhangs und eines negativen Kalendereffekts von 0,3 Prozentpunkten dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer im laufenden Jahr jedoch zusammengenommen nur um 0,1% steigen, ehe sie im kommenden Jahr um 0,7% zulegen dürfte (vgl. Tab. 2.16).

**2.15. VERDIENSTE ZIEHEN NACH, REALLOHNPLUS IN SICHTWEITE**

Die Tarifverdienste nehmen aktuell spürbar an Fahrt auf, nachdem sie im vergangenen Jahr um lediglich 2,2% gestiegen und im zweiten Jahr in Folge deutlich hinter der Teuerung zurückgeblieben waren (vgl. Tab. 2.16). Angesichts des akkumulierten Reallohnverlustes und der hohen Arbeitskräfteknappheit werden auslaufende Tarifverträge mit zuvor niedrigen vereinbarten Tarifsteigerungen zusehends durch neue Verträge mit deutlich höheren Abschlussraten ersetzt. Hierbei wirkt allerdings dämpfend, dass der Verteilungsspielraum der Tarifpartner angesichts der wirtschaftlichen Schwächephase und der hohen Kosten, die für importierte Energie und Vorprodukte bezahlt werden müssen, deutlich eingeschränkt ist (vgl. Nierhaus und Wollmershäuser 2022). Die jüngsten Tarifabschlüsse in der Metall- und Elektroindustrie, bei der Deutschen Post und im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen schöpfen hierbei die Möglichkeit abgabenfreier Inflationsausgleichsprämien aus, während dauerhafte tabellenwirksame Tariflohnhebungen nur einen Teil der gesamten Lohnsteigerung ausmachen und häufig erst mit zeitlicher Verzögerung umgesetzt werden. Die laufenden Tarifverhandlungen

bei der Deutschen Bahn und im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel und die Ende des Jahres anstehenden Verhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder dürften ebenfalls in spürbaren Lohnzuwächsen münden. Vor diesem Hintergrund dürften die Tarifverdienste im laufenden Jahr um 4,0% und im Jahr 2024 um 4,4% steigen.

Die monatlichen Effektivverdienste der Arbeitnehmer sind im vergangenen Jahr mit 4,1% wesentlich stärker als die Tariflöhne gestiegen. Die stark positive Lohndrift von 1,9 Prozentpunkten ist zum einen auf den Abbau der Kurzarbeit zurückzuführen. Zum anderen kam es im vierten Quartal 2022 zu einem starken Anstieg der saisonbereinigten Effektivverdienste um 2,1% relativ zum Vorquartal, wozu sowohl die starke Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde ab Oktober als auch erstmalige Inanspruchnahmen der Inflationsausgleichsprämie beigetragen haben dürften. Im ersten Quartal 2023 setzte sich die Beschleunigung der Effektivverdienste dem noch wesentlich geringeren Anstieg der Tarifverdienste zum Trotz fort, und die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer expandierten um 2,6% (saisonbereinigt zum Vorquartal). Durch den statistischen Überhang und den kräftigen Jahresauftakt ist daher auch für das laufende Jahr eine hohe Lohndrift angelegt. Aufgrund des nachlassenden Impulses der Inflationsausgleichsprämie dürfte sie im kommenden Jahr trotz anhaltend hoher Arbeitskräfteknappheit wesentlich geringer ausfallen. Zusammengenommen dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im laufenden Jahr um 5,5% und im Jahr 2024 um 4,7% steigen. Nach den substanziellen Reallohnverlusten der Vorjahre werden die Nominallöhne im Prognosezeitraum damit wieder stärker steigen als die Verbraucherpreise.

**2.16. STAATSDEFIZITE GEHEN LANGSAM ZURÜCK**

Die Corona-Pandemie hat die öffentlichen Haushalte in den vergangenen drei Jahren stark belastet. Sowohl die direkte Bekämpfung der Pandemie durch Ausgaben für Tests, die Beschaffung von Impfstoffen oder den Betrieb von Impfzentren als auch staatliche Ausgabenprogramme zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen, wie die Coronahilfen für Unternehmen, führten zu deutlichen Finanzierungsdefiziten (vgl. Tab. 2.17). Auch wenn diese Maßnahmen im Jahr 2023 keine oder

Tab. 2.16

**Zur Entwicklung der Löhne (Inlandskonzept)**  
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	Durchschnittliche Arbeitszeit	Verdienst je Arbeitnehmer	Verdienst je Stunde	Lohndrift (Arbeitnehmer)	Tariflohn (Monat)
2021	1,5	3,3	1,8	2,0	1,3
2022	-0,1	4,1	4,2	1,9	2,2
2023	0,1	5,5	5,4	1,5	4,0
2024	0,7	4,7	4,0	0,3	4,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

Tab. 2.17

**Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>a</sup>**  
in % des nominalen Bruttoinlandprodukts

	Staatseinnahmen darunter:			Staatsausgaben darunter:		Finanzierungs- saldo	Brutto- schuldenstand
	insgesamt	Steuern	Nettosozial- beiträge	insgesamt	Zinsausgaben		
2000	46,2	23,5	18,1	47,8	3,2	- 1,6	59,3
2001	44,4	21,8	17,9	47,4	3,0	- 3,0	58,2
2002	44,0	21,4	17,9	47,9	3,0	- 3,9	59,9
2003	44,6	21,5	18,2	48,3	2,9	- 3,7	63,5
2004	43,5	20,9	17,8	46,8	2,8	- 3,3	65,2
2005	43,5	21,2	17,5	46,8	2,8	- 3,3	67,5
2006	43,6	22,0	17,0	45,2	2,7	- 1,7	66,9
2007	43,7	22,8	16,2	43,4	2,7	0,3	64,2
2008	44,1	23,1	16,2	44,2	2,7	- 0,1	65,7
2009	45,0	22,8	17,0	48,2	2,6	- 3,2	73,2
2010	43,8	21,8	16,6	48,1	2,5	- 4,4	82,0
2011	44,4	22,3	16,4	45,2	2,5	- 0,9	79,4
2012	44,9	22,9	16,6	44,9	2,3	0,0	80,7
2013	45,0	23,0	16,6	44,9	1,8	0,0	78,3
2014	44,9	22,8	16,5	44,3	1,6	0,6	75,3
2015	45,1	23,1	16,6	44,1	1,4	1,0	71,9
2016	45,5	23,4	16,7	44,4	1,2	1,2	69,0
2017	45,5	23,5	16,8	44,2	1,0	1,3	65,2
2018	46,3	23,8	17,0	44,3	0,9	1,9	61,9
2019	46,5	23,8	17,2	45,0	0,8	1,5	59,6
2020	46,1	22,7	17,9	50,4	0,6	- 4,3	68,7
2021	47,5	24,4	17,6	51,3	0,6	- 3,7	69,3
2022	47,0	24,5	17,2	49,8	0,7	- 2,7	66,3
2023	46,2	23,8	17,1	47,9	0,7	- 1,7	64,7
2024	46,1	23,4	17,5	46,7	0,8	- 0,6	62,7

a In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

kaum eine Rolle mehr spielen dürften, wird der Gesamtstaat aufgrund der Energiekrise und den damit verbundenen Ausgaben unterm Strich weiterhin mehr ausgeben als einnehmen.

Die Steuereinnahmen werden mit 2,1% im laufenden Jahr deutlich moderater steigen als noch im vergangenen Jahr. Hauptverantwortlich dafür ist das geringere Wachstum der Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuer aufgrund der Anpassung des Einkommensteuertarifs. Die Einnahmen bei der Umsatzsteuer werden durch temporäre Steuersenkungen im laufenden Jahr gedämpft. Auch die Einnahmen aus Unternehmensteuern werden nicht mehr so stark steigen wie in den vergangenen Jahren, aber weiterhin deutlich über dem Niveau vor der Corona-Pandemie bleiben. Bei der Grunderwerbsteuer ist zudem mit einem deutlichen Einbruch zu rechnen, was auf die hohen Baupreise und die gestiegen Immobilienkreditzinsen zurückzuführen ist. Im kommenden Jahr wird die Dynamik wieder leicht anziehen, da beispielsweise die temporären Umsatzsteuersenkungen auslaufen und der CO<sub>2</sub>-Preis in den Bereichen Wärme und Verkehr wieder steigen wird.

Die zweite Haupteinnahmenquelle des Staates, die Sozialbeiträge, werden sich auch im laufenden Jahr weiterhin dynamisch entwickeln. Das liegt zum einen an den weiter steigenden Bruttolöhnen und -gehälter, zum anderen aber auch an Beitragserhöhungen in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung. Der Anstieg würde im laufenden Jahr noch größer ausfallen, wenn von der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie weniger Gebrauch gemacht wird.

Bei den Vermögenseinkünften sorgte in der Vergangenheit die Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank für stabilen Einnahmen in Zeiten niedriger Zinsen. Diese sind nun vorbei und sorgen trotz Ausbleiben des Bundesbankgewinns für stark steigende Vermögenseinkommen in diesem Jahr. Die Einnahmen aus sonstigen Transfers sind in jüngster Vergangenheit vor allem von Zahlungen aus dem NextGenerationEU-Programm geprägt, die erwartungsgemäß im Jahr 2023 wieder höher ausfallen werden und im Jahr 2024 wiederum niedriger. Durch ein abermals vermindertes Aufkommen bei der Erbschaftsteuer sinken die empfangenen Vermögenstransfers des Staates im

zweiten Jahr in Folge. Im nächsten Jahr dürfte sich die Entwicklung dann wieder umkehren. Die Verkäufe des Staates werden trotz der Erhöhung der Lkw-Maut im Prognosezeitraum etwas weniger stark steigen als noch im vergangenen Jahr, wo das kräftige Wachstum auf das pandemiebedingt niedrige Niveau im Jahr 2021 zurückzuführen war.

Insgesamt wird in dieser Prognose mit einem Anstieg der Einnahmen um 3,3% auf 1 881 Mrd. Euro im Jahr 2023 und einem Anstieg in Höhe von 4,1% auf 1 957 Mrd. Euro im Jahr 2024 gerechnet.

Die Staatsausgaben werden im Jahr 2023 nur noch leicht wachsen, nachdem sie in den letzten Jahren pandemiebedingt stark ausgeweitet wurden. In einigen Ausgabenkategorien sind sogar Rückgänge zu verzeichnen. Das betrifft insbesondere die Vorleistungskäufe des Staates, die dieses Jahr um fast 4% zurückgehen werden, da pandemiebedingte Ausgaben fast komplett entfallen. Darüber hinaus dürften auch weniger Ausgaben zur Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine anfallen. Im nächsten Jahr steigen die Vorleistungskäufe dann wieder moderat an.

Die Arbeitnehmerentgelte werden im laufenden Jahr trotz neuem Tarifabschluss für Beschäftigte von Bund und Kommunen noch hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleiben, da der Tarif für die Beschäftigten der Länder noch mindestens bis Ende des dritten Quartals Gültigkeit besitzt. Mit dem neuen Tarifvertrag für die Länder dürften die Arbeitnehmerentgelte dann im nächsten Jahr einen noch größeren Sprung machen.

Die Zinsausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum aufgrund der Zinswende weiter zulegen, nachdem sie bereits im Jahr 2022 aufgrund der inflationsindexierten Staatsanleihen kräftig gestiegen sind.

Im vergangenen Jahr sind die Subventionen aufgrund des Auslaufens der Corona-Unternehmenshilfen deutlich zurückgegangen, auch wenn der Dezember-Gasabschlag und das 9-Euro-Ticket die Subventionen auf weiterhin hohem Niveau hielten. Im laufenden Jahr werden die Subventionen wieder kräftig wachsen, wozu hauptsächlich die Ausgaben zur Bewältigung der Energiekrise beitragen. Dazu zählen insbesondere die Gas- und Strompreisbremsen für Haushalte und Unternehmen, die mit einem mittleren zweistelligen Milliardenbetrag zu Buche schlagen werden. Im Jahr 2024 dürften

dann keine Kosten mehr für die Preisbremsen anfallen und die Subventionen sich halbieren.

Zu Beginn des Jahres sind mit der Wohngeldreform und der Einführung des Bürgergelds größere Änderungen bei den monetären Sozialleistungen in Kraft getreten. Zusätzlich wird das Kindergeld im Rahmen des Inflationsausgleichsgesetzes und die Renten in der Mitte des Jahres erhöht. Dies führt in Summe zu einem merklichen Anstieg der monetären Sozialleistungen in Höhe von 5,2% im Jahr 2023. Im nächsten Jahr wird die Dynamik leicht abnehmen, auch wenn das Wachstum, aufgrund der Pflegegelderrhöhung und einer weiteren Rentenerhöhung, hoch bleibt.

Die sozialen Sachleistungen werden aufgrund des Wegfalls pandemiebedingter Ausgaben für Tests und Impfungen im laufenden Jahr um knapp 2% zurückgehen. Im nächsten Jahr dürften sie, auch aufgrund der Ausweitung von Pflegesachleistungen, wieder wachsen.

Bei den sonstigen laufenden Transfers wird es in diesem Jahr durch den Wegfall der Energiepreispauschalen für Erwerbstätige und Rentner zu einem erheblichen Rückgang kommen. Ähnliches lässt sich für die Vermögenstransfers beobachten. Dort wurden die Ausgaben für die Verstaatlichung und Unterstützung verschiedener Gasimporteure im Zuge der Energiekrise verbucht. In dieser Prognose wird unterstellt, dass im laufenden und kommenden Jahre keine weiteren größeren Unterstützungsleistungen notwendig sein werden. Die Bruttoinvestitionen werden aufgrund der weiterhin steigenden Baupreise sowie der Ausweitung der Verteidigungsausgaben im Prognosezeitraum weiter spürbar wachsen.

Zusammengenommen wachsen die Staatsausgaben in diesem Jahr nur noch um knapp 1,2% auf 1 949 Mrd. Euro und im nächsten Jahr um 1,8% auf 1 984 Mrd. Euro. Für den staatlichen Finanzierungssaldo ergibt sich für das Jahr 2023 ein Wert von -1,7% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (-69 Mrd. Euro). Im Jahr 2024 wird das Defizit weiter zurückgehen und bei -0,6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts (-27 Mrd. Euro) liegen. Der Bruttoschuldenstand nach den Maastricht-Kriterien wird im Jahr 2024 auf 62,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückgehen (vgl. Tab. 2.17) und sich damit weiter dem Niveau vor der Corona-Pandemie annähern.

### 3. Potenzialschätzung und Mittelfristprojektion

Das Produktionspotenzial wird in Anlehnung an die von der Gemeinschaftsdiagnose entwickelte Methodik geschätzt und bis zum Jahr 2027 fortgeschrieben (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2016). Diese basiert auf dem Ansatz der EU-Kommission, der die gesamtwirtschaftliche Leistung anhand einer Produktionsfunktion ermittelt. Als Inputs werden die Totale Faktorproduktivität, der Kapitalstock und das Arbeitsvolumen verwendet. Letzteres ist vor allem durch die Anzahl der Erwerbstätigen und deren durchschnittliche Arbeitszeit bestimmt. Jedoch weicht das ifo Institut in einem Aspekt von der Methode der Gemeinschaftsdiagnose ab. Die nachfolgend präsentierte Potenzialschätzung basiert auf Ursprungswerten und nicht auf kalenderbereinigten Werten, wie es bei der Gemeinschaftsdiagnose der Fall ist. Die grundsätzlichen Parameter haben sich gegenüber der ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2023 nicht geändert (vgl. Wollmershäuser et al. 2023). Jedoch wurden insbesondere die Bevölkerungs- und Migrationsannahmen überarbeitet, um den jüngsten Entwicklungen Rechnung zu tragen. Insgesamt ändert dies aber nur wenig an der Entwicklung des Produktionspotenzials, so dass die grundsätzlichen Trends für die deutsche Wirtschaft auch weiterhin ihre Gültigkeit haben.

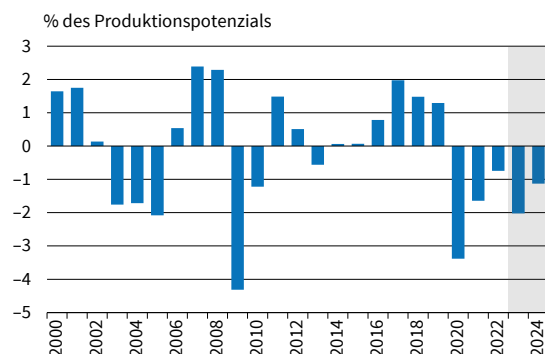
Die hier unterstellte zukünftige Bevölkerungsentwicklung basiert auf der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts. Als Grundlage dient die Variante W2-G2-L2, die moderate Annahmen zu den drei Eckparametern Wanderung, Geburtenrate und Lebenserwartung setzt. Abweichend von der Bevölkerungsvorausberechnung wird die Flüchtlingsmigration in Folge des Krieges in der Ukraine explizit als Sondereffekt modelliert und nur die übrige Wanderung analog zur Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2023 schrittweise auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurückgeführt (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2023). Die Zuwanderung aus der Ukraine wird für die beiden Jahre 2022 und 2023 auf insgesamt 1 162 000 Personen veranschlagt und fällt damit geringfügig höher aus als bei der Gemeinschaftsdiagnose vom Frühjahr 2023 unterstellt. Ab dem Jahr 2024 wird der Wanderungssaldo von Ukrainer\*innen konstant gehalten. Diese Annahme impliziert, dass sich Familiennachzug und Rückkehr in die Ukraine durchschnittlich die Waage halten. Die Partizipationsquote beträgt im Projektionszeitraum in etwa konstant 65%. Des Weiteren wurde die Geschwindigkeit der Integration ukrainischer Geflüchteter in den deutschen Arbeitsmarkt angepasst. Auf Basis aktueller Zahlen der Bundesagentur für Arbeit scheint die Integration insgesamt etwas langsamer voranzuschreiten als noch in der ifo Frühjahrsprognose 2023 unterstellt. Daher wurde der Projektionspfad der Erwerbslosenquote unter den Ukrainer\*innen im

Niveau nach oben gesetzt. So sinkt die Erwerbslosenquote nunmehr von etwas mehr als 60% im Jahr 2023 auf 35% im Jahr 2027; vorher betrug die Eckwerte knapp 40% im Jahr 2023 bzw. 20% im Jahr 2027. Unter diesen Annahmen dürften im Jahr 2023 kumuliert in etwa 110 000 Ukrainer\*innen eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben. Diese Zahl erhöht sich dann bis 2027 auf knapp 200 000 Personen.

Für das Jahr 2023 wird die Wachstumsrate des Produktionspotenzials auf 0,9% geschätzt. Ab dem Jahr 2023 fällt der Potenzialzuwachs dann kontinuierlich geringer aus und erreicht am Ende des Projektionszeitraums im Jahr 2027 eine Rate von 0,4%. Die Wachstumsbeiträge der Totalen Faktorproduktivität und des Kapitalstocks dürften im gesamten Projektionszeitraum positiv und in ähnlicher Größenordnung ausfallen. Der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens dürfte 2023 noch marginal positiv und im Anschluss kontinuierlich negativ ausfallen. Während die Erwerbsbevölkerung in den Jahren 2023 und 2024 aufgrund der Flüchtlingsmigration noch positive Beiträge leistet, dürfte sich dies dann im Jahr 2025 umkehren, wenn die demografisch bedingten Rückgänge das Gesamtbild dominieren und der Sondereffekt aus der Flüchtlingsmigration ausläuft. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit sowie die Partizipationsquote werden weiterhin negative Beiträge leisten, was das Potenzial zusätzlich belastet.

Die vom ifo Institut geschätzte Produktionslücke nahm seit 2014 kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2017 mit 2,0% des Produktionspotenzials ihren Höhepunkt (vgl. Abb. 3.1). Mit der spürbaren Abkühlung im Verarbeitenden Gewerbe ist die Überauslastung dann im Jahr 2019 auf 1,3% zurückgegangen. Die beiden Corona-Jahre 2020 und 2021 versetzten die deutsche Wirtschaft in eine tiefe Unterauslastung von 3,4% und 1,6%. Die positive Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2022 führte zur Verringerung der negativen Produktionslücke, die nach aktueller Schätzung in etwa -0,7% betragen haben dürfte. Im Jahr 2023 wird

Abb. 3.1  
Produktionslücke



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts © ifo Institut

Tab. 3.1  
Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigenstunde		
				Mio.	Stunden	Mrd. Euro	Euro	Mrd. Euro
2015	44,251	39,978	1.389,1	3.176,6	71.786	52	3.267,2	102,9
2021	45,572	41,665	1.340,3	3.261,9	71.577	53	3.869,9	118,6
2027	45,355	41,567	1.347,0	3.375,1	74.414	55	4.585,2	135,9
Veränderung insgesamt in %								
2021/2015	3,0	4,2	- 3,5	2,7	- 0,3	3,3	18,4	15,4
2027/2021	- 0,5	- 0,2	0,5	3,5	4,0	3,4	18,5	14,5
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2021/2015	0,6	0,8	- 0,7	0,5	- 0,1	0,7	3,4	2,9
2027/2021	- 0,1	0,0	0,1	0,7	0,8	0,7	3,5	2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2027/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

die deutsche Wirtschaftsleistung in Folge der starken Preissteigerungen und der globalen Nachfrageschwäche wohl zurückgehen, was für sich genommen die Produktionslücke wieder auf -2,0% vergrößern dürfte; mit der allmählichen Erholung im Jahr 2024 dürften dann die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen und die Lücke auf -1,1% verringern. Im weiteren Projektionszeitraum wird sich diese dann annahmegemäß schließen.

Am aktuellen Rand dürften die gängigen Schätzverfahren das eigentliche Produktionspotenzial wohl über- und damit die Produktionslücke unterschätzen (vgl. Sauer und Wollmershäuser 2023). So können diverse Angebotsschocks die Produktionskapazitäten temporär oder dauerhaft senken, was die Standardverfahren als Ausdruck einer Summe glatter Trends so nicht abbilden können. So deutet die vom ifo In-

stitut erfasste Kapazitätsauslastung derzeit auf eine deutliche Überauslastung der deutschen Wirtschaft hin (vgl. Abb. 2.1 B.). Die Produktionskapazitäten der Unternehmen können aufgrund vielfacher Einflüsse eingeschränkt sein. Dazu zählen: Lieferengpässe von Rohstoffen, Vorprodukten oder Handelswaren, Arbeitskräftemangel, ein erhöhter Krankenstand, die physische Verfügbarkeit von Energie oder ausgeprägte Energiepreisschocks. Der Krankenstand an sich kann bereits als ein bedeutender Faktor für die Erklärung der Diskrepanz zwischen mechanisch berechneter Produktionslücke und umfragebasierter Abweichung der Kapazitäten vom langfristigen Mittel angesehen werden (vgl. Boysen-Hogrefe et al. 2023).

Daneben stehen derzeit der vorübergehende Energiepreisschock und die damit einhergehenden erhöhten Energiekosten für die Produktion im Fokus

Tab. 3.2  
Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
Mrd. Euro							
2017	3.267,2	1.702,5	648,2	684,9	666,9	18,0	231,6
2022	3.869,9	1.982,7	849,3	962,0	872,4	89,5	75,9
2027	4.585,2	2.346,1	976,6	1.096,7	1.028,2	68,5	165,8
Anteile am BIP in %							
2017	100,0	52,1	21,0	20,4	0,6	7,1	
2022	100,0	51,2	21,9	24,9	22,5	2,3	2,0
2027	100,0	51,2	21,3	23,9	22,4	1,5	3,6
Veränderung insgesamt in %							
2022/2017	18,4	16,5	31,0	40,5	30,8	-	-
2027/2022	18,5	18,3	15,0	14,0	17,9	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2022/2017	3,4	3,1	5,6	7,0	5,5	-	-
2027/2022	3,5	3,4	2,8	2,7	3,3	-	-

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; Zeitraum 2027/2022: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023

der Analyse. So dämpfen die erhöhten Energiekosten unmittelbar die Trendrate der Totalen Faktorproduktivität (vgl. Deutsche Bundesbank 2022). Die Europäische Kommission stellt für die Wirtschaft der Europäischen Union fest, dass sich die Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren in den Jahren 2023 bis 2027 verschoben haben, vor allem zu Lasten der Totalen Faktorproduktivität, die im Produktionsfunktionsansatz die gestiegenen Energiepreise – neben allen anderen, nicht erklärten Faktoren – auffängt. Besonders jene Mitgliedstaaten mit hoher Energieabhängigkeit zu Russland zeigen die stärksten Effekte. Für Deutschland zeigt sich dies auch in den Potenzialschätzungen des ifo Instituts. Für die Mittelfristprojektionen beginnend im Frühjahr 2019 bis zur aktuell vorliegenden Projektion hat sich der mittlere Wachstumsbeitrag der Totalen Faktorproduktivität in den Jahren 2023 bis 2027 von 0,7 Prozentpunkten auf 0,4 Prozentpunkte annähernd halbiert. Auf Basis eines Mehr-Länder-Modells untersucht die Europäische Kommission die Effekte der erhöhten Energiepreise auf das Potenzialwachstum (vgl. Europäische Kommission 2023). Im Ergebnis ist die Produktionslücke der europäischen Wirtschaft deutlich positiv in den Jahren 2022 bis 2024, während diese mit dem her-

kömmlichen Verfahren mehr oder weniger geschlossen ist. Da Deutschland insgesamt eine hohe Energieabhängigkeit aufweist, dürften die hiesige Produktionskapazitäten hiervon deutlich stärker beeinflusst sein. Daher ist davon auszugehen, dass die durch Umfragen gemessene Überauslastung der deutschen Wirtschaft eher zutreffend ist als die von gängigen Modellen geschätzte mechanische Produktionslücke.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung dürfte im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2027 mit 0,7% etwas stärker expandieren als im Durchschnitt der Jahre 2017 bis 2021 (vgl. Tab. 3.1). Jedoch darf dies nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass sich die Ausweitung der potenziellen Produktionsmöglichkeiten hierzulande in den kommenden Jahren deutlich verringern werden. Mit Blick auf die Verwendungskomponenten dürften die privaten Konsumausgaben im Projektionszeitraum etwas kräftiger und die Bruttoanlageinvestitionen etwas schwächer zulegen als in den Jahren 2017 bis 2022 (vgl. Tab. 3.2). Die Staatsaktivität dürfte hingegen deutlich geringer ausgeweitet werden, um sich nach den diversen Sondereffekten der letzten Jahre (Corona-Maßnahmen, Energiekrise, Ukraine-Krieg) zu normalisieren. Entsprechend wird der Anteil am Bruttoinlandsprodukt im Projektionszeitraum sinken.

## 4. Zur Finanzpolitik in Deutschland

Um die finanzpolitische Ausrichtung innerhalb eines Jahres zu bestimmen, kann man zum einen auf die Maßnahmenmethode wie in Abschnitt 2.4 zurückgreifen, zum anderen auch auf die Saldenmethode, die in diesem Abschnitt herangezogen wird. Der fiskalische Impuls ergibt sich dabei aus der Veränderung des strukturellen Primärsaldos. Im Gegensatz zum Finanzierungssaldo wird dieser um konjunkturbedingte Veränderungen, Zinsausgaben und Einmaleffekte bereinigt.

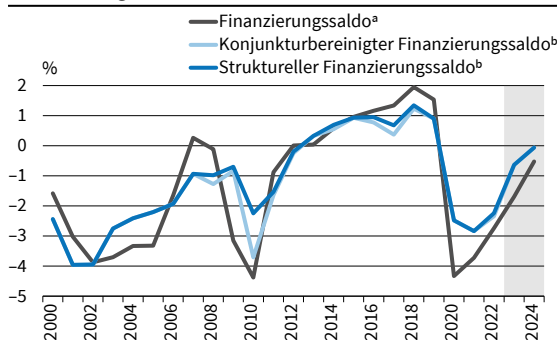
Im laufenden Jahr wird der strukturelle Primärsaldo nahezu ausgeglichen sein und knapp 2,5 Mrd. Euro bzw. 0,1% des nominalen Produktionspotenzials betragen. Im Vergleich zum vergangenen Jahr löst sich das strukturelle Primärdefizit somit auf, was einem deutlichen restriktiven Impuls nach der Saldenmethode entspricht. Dem entgegen steht ein weiterhin expansiv wirkender Impuls nach der Maßnahmenmethode. Im Jahr 2024 wird der Primärüberschuss weiter auf knapp 30 Mrd. Euro bzw. 0,8% des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigen. Damit setzt die Finanzpolitik ihren restriktiven Kurs fort, was insbesondere auf das Auslaufen der Strom- und Gaspreisbremsen zurückzuführen ist. Dies entspricht der durch die Maßnahmenmethode angezeigten Richtung.

Die Differenz bei der Bestimmung der finanzpolitischen Ausrichtung zwischen der Salden- und der Maßnahmenmethode im laufenden Jahr kann zum einen

auf eine Fehleinschätzung der aktuellen konjunkturellen Lage zurückzuführen sein. Die Konjunkturkomponente des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos wird üblicherweise anhand der Produktionslücke berechnet, die sich ausgehend von der in Abschnitt 3 vorgestellten Methode der Potenzialschätzung ergibt. In Konjunkturphasen, in denen negative Angebotschocks die Produktionskapazitäten temporär senken, kann diese Methode das tatsächliche Produktionspotenzial jedoch überschätzen und somit die Produktionslücke unterschätzen (vgl. Abschnitt 3, sowie Sauer und Wollmershäuser 2023). So vergrößert sich auf Basis dieser Potenzialschätzung die Unterauslastung von -0,7% im Jahr 2022 auf -2,0% des Produktionspotenzials im Jahr 2023 (vgl. Abb. 3.1). Ermittelt man alternativ die konjunkturelle Lage anhand einer im Rahmen von Umfragen ermittelten Kapazitätsauslastung von Unternehmen, ergibt sich für beide Jahre eine weitgehend unveränderte Überauslastung (vgl. Abb. 2.1 B.). Würde man den gesamtstaatlichen Finanzierungssaldo anhand einer Methode bereinigen, die die konjunkturellen Einflüsse auf Basis der umfragebasierten Kapazitätsauslastung misst (vgl. Göttert und Wollmershäuser 2021), würde sich der restriktive Impuls im laufenden Jahr nahezu halbieren und sich damit in der Tendenz dem Ergebnis der Maßnahmenmethode annähern.

Abb. 4.1

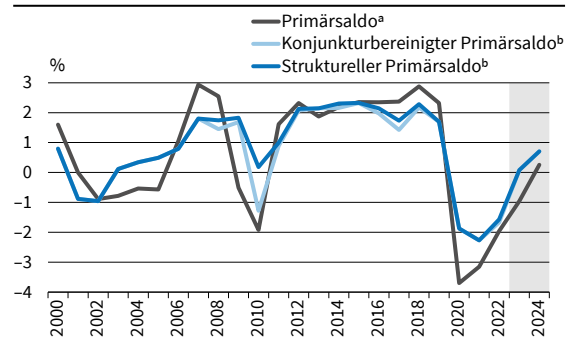
Finanzierungssaldo



<sup>a</sup> In % des Bruttoinlandsprodukts.  
<sup>b</sup> In % des Produktionspotenzials.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Abb. 4.2

Primärsaldo



<sup>a</sup> In % des Bruttoinlandsprodukts.  
<sup>b</sup> In % des Produktionspotenzials.  
 Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 4.1

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates in Mrd. Euro

	2020	2021	2022	2023	2024
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-147,6	-134,3	-106,0	-68,9	-27,2
Konjunkturkomponente <sup>a</sup>	-60,0	-30,3	-14,6	-42,4	-24,4
Struktureller Finanzierungssaldo	-87,5	-103,9	-87,4	-26,5	-2,8
Struktureller Primärsaldo	-66,0	-83,1	-61,2	3,3	30,4
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-87,5	-103,9	-91,4	-26,5	-2,8
<i>nachrichtlich:</i> konjunkturbereinigter Primärsaldo	-66,0	-83,1	-65,2	3,3	30,4

<sup>a</sup> Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

© ifo Institut Juni 2023



Zum anderen könnte man einzelne expansive Maßnahmen, die in der Maßnahmenmethode als diskretionär klassifiziert werden, auch als regelgebunden ansehen. Darunter fällt insbesondere die Anpassung des Einkommensteuertarifs zum Abbau der kalten Progression, die zwar durch das Inflationsausgleichsgesetz geregelt ist, allerdings den Ergebnissen des Steuerprogressions- und Existenzminimumberichts folgt. Nimmt man die Budgetwirkung des Inflationsausgleichs aus der Maßnahmenmethode heraus, halbiert sich der expansive Impuls nach dieser nahezu und nähert

sich wiederum dem Ergebnis der Saldenmethode an. Schließlich können auch Rückgänge bei pandemiebedingten Mehrausgaben im Gesundheitswesen, die weder als diskretionäre Maßnahmen noch als konjunkturelle Effekte gewertet bzw. identifiziert werden können, restriktiv wirken.

Abgeschlossen am Freitag, 16. Juni 2023

## 5. Literatur

- Aaronson, D., B. Scott, M. Fogarty, E. Karger und S. Krane (2021), »Tracking U.S. Consumers in Real Time with a New Weekly Index of Retail Trade«, No WP-2021-05, Working Paper Series, Federal Reserve Bank of Chicago.
- Aastveit, K. A., T. M. Fastbø, E. Granziera, K. Sæterhagen, P. Næs Torstensen und K. Næs Torstensen (2020), »Nowcasting Norwegian Household Consumption with Debot Card Transaction Data«, Working Paper 2020/17, Norges Bank.
- Abberger, K. und W. Nierhaus (2023), »Die Preisentwicklung der inländischen Wertschöpfung – Zum Anstieg des BWS-Deflatoren im Jahr 2022«, *ifo Schnelldienst* 76(5), 47–53.
- Best, L. und M. Menkhoff (2022), »Flüchtlingsströme infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: Ihre Verteilung unter Berücksichtigung sozialer Kontakte«, *ifo Schnelldienst* 75, Sonderausgabe April, 23–28.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, T. Hoffmann, N. Jannsen, S. Kooths, N. Sonnenberg und V. Stamer (2023), *Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2023: Konjunktur fängt sich, Auftriebskräfte eher gering*, Kieler Konjunkturberichte Nr. 101, Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Colonna, F., R. Torrini und E. Viviano (2023), »The Profit Share and Firm Mark-up: How to Interpret Them?«, Banca d'Italia Occasional Papers Nr. 770.
- Deutsche Bundesbank (2022), »Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2023 bis 2025«, *Monatsbericht* Dezember.
- Duarte, C., P. M. M. Rodrigues und A. Rua (2017), »A Mixed Frequency Approach to the Forecasting of Private Consumption with ATM/POS Data«, *International Journal of Forecasting* 33, 61–75.
- Europäische Kommission (2023), »Spring 2023 Economic Forecast: An Improved Outlook Amid Persistent Challenges«, *Special Issue* 4.1., 55–59.
- Fourné, F. und R. Lehmann (2023), »From Shopping to Statistics: Tracking and Nowcasting Private Consumption Expenditures in Real-Time«, CESifo Working Paper, im Erscheinen.
- Götttert, M. und T. Wollmershäuser (2022), »Strukturelle Finanzierungssalden auf verlässliche Füße stellen«, *Wirtschaftsdienst* 102 (2), 108–113.
- Gühler, N. und O. Schmalwasser (2020), »Anlagevermögen, Abschreibungen und Abgänge in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen«, *Wirtschaft und Statistik* 72(3), 76–88.
- Kuhn, M., W. Adler, R. Bolleyer, J. Grütz, Ch. Janz, P. Kuntze, T. Luh, P. Schmidt, N. Schwarz und D. Seege (2021), »Die Wirtschaft im Schatten der Corona-Pandemie«, *Wirtschaft und Statistik* 71(1), 34–48.
- Lequiller, F. und D. Blades (2014), *Understanding National Accounts: Second Edition*, OECD Publishing, Paris.
- Nierhaus, W. und T. Wollmershäuser (2022), »Zur Bestimmung der Realeinkommensverluste in der gegenwärtigen Energiekrise«, *ifo Schnelldienst* 75(11), 47–53.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023), *Inflation im Kern hoch – Angebotskräfte jetzt stärken, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2023*, München.
- Ragnitz, J. (2022a), »Gewinninflation und Inflationsgewinner«, *ifo Dresden berichtet* (5), 24–28.
- Ragnitz, J. (2022b), »Gewinninflation und Inflationsgewinner«, 7. Dezember, ifo Dresden, verfügbar unter: <https://www.ifo.de/DocDL/20221207-Ragnitz-Gewinninflation-Dezember-2022.pdf>.
- Sauer, S. und T. Wollmershäuser (2023), »Angebotsseitige Produktionsbehinderungen und überausgelastete Produktionskapazitäten: Eine aktuelle Einordnung für die deutsche Wirtschaft«, *ifo Schnelldienst* 78(3), 52–56.
- Schmidt, P. und S. Hauf (2022), »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Besonderheiten bei den Staatsaggregaten in der Corona-Pandemie«, *WISTA Wirtschaft und Statistik* (1), 34–40.
- Schwarz, N. (2008), »Einkommensentwicklung in Deutschland«, *Wirtschaft und Statistik* (3), 197–206.
- Statistisches Bundesamt (2016), »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Inlandsprodukt und Nationaleinkommen nach ESVG 2010, Methoden und Grundlagen«, Fachserie 18 Reihe, S. 30, Ausgabe 2016, Wiesbaden.
- Verbaan, R., W. Bolt und C. van der Cruisjes (2017), »Using Debit Card Payments Data for Nowcasting Dutch Household Consumption«, DNB Working Paper 2017-571.
- Wollmershäuser, T., P. Brandt, C. Grimme, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, M. Menkhoff, S. Möhrle, A.-C. Rathje, P. Sandqvist, R. Šauer, M. Stöckli und K. Wohlrabe (2021), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2021: Deutsche Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen Öffnungen und Lieferengpässen«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, F. Fourné, M. Menkhoff, S. Möhrle, R. Šauer, S. Schiman, K. Wohlrabe, M. Wolters und L. Zarges (2022a), »ifo Konjunkturprognose Sommer 2022: Inflation, Lieferengpässe und Krieg bremsen wirtschaftliche Erholung in Deutschland«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Juni.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A. Rathje, R. Šauer, K. Wohlrabe, L. Zarges (2022b), »ifo Konjunkturprognose Herbst 2022: Inflation würgt privaten Konsum ab – deutsche Konjunktur vor hartem Winter«, *ifo Schnelldienst digital* 5.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, C. Glocker, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, J. Ragnitz, A. Rathje, R. Šauer, S. Sauer, M. Schasching und L. Zarges (2022c), »ifo Konjunkturprognose Winter 2022: Inflation und Rezession«, *ifo Schnelldienst* Sonderausgabe Dezember.
- Wollmershäuser, T., S. Ederer, F. Fourné, M. Lay, R. Lehmann, S. Link, S. Möhrle, A. Rathje, R. Šauer, S. Sauer, M. Schasching und L. Zarges (2023), »ifo Konjunkturprognose Frühjahr 2023: Deutsche Wirtschaft stagniert«, *ifo Schnelldienst digital* 2.

## 6. Tabellenanhang

### Hauptaggregate der Sektoren

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 502,2	2 375,7	399,6	726,9	-
2	- Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 709,6	1 923,1	299,3	487,3	- 75,9
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 016,1	1 456,4	307,6	252,1	18,3
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,7	28,3	0,3	10,1	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	52,6	43,6	0,2	8,8	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	707,5	481,9	- 8,4	233,9	- 94,2
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 020,5	-	-	2 020,5	13,9
9	- Geleistete Subventionen	70,8	-	70,8	-	4,7
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	418,5	-	418,5	-	10,8
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	721,4	674,8	26,2	20,4	233,2
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	854,0	429,3	16,4	408,3	100,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 208,2	236,3	329,5	2 642,3	- 206,8
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	515,2	123,3	-	391,8	14,2
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,8	-	528,8	-	0,6
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	809,6	-	-	809,6	4,6
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	809,7	142,5	666,3	0,9	4,5
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	694,1	73,9	619,3	0,9	0,6
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	686,1	-	-	686,1	8,6
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	426,2	217,0	114,5	94,7	70,1
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	364,0	191,3	28,2	144,4	132,3
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	- 150,4
23	- Konsumausgaben	2 832,0	-	849,3	1 982,7	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-
25	= Sparen	319,7	96,9	- 30,3	253,1	- 150,4
26	- Geleistete Vermögenstransfers	126,6	18,2	92,9	15,5	7,0
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	113,8	74,0	18,9	20,9	19,8
28	- Bruttoinvestitionen	962,0	571,8	103,1	287,0	-
29	+ Abschreibungen	792,6	452,7	100,3	239,6	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,7	11,2	- 1,0	0,6	- 10,7
31	= Finanzierungssaldo	126,8	22,4	- 106,0	210,5	- 126,8
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 151,7	155,9	819,1	2 176,8	- 150,4
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	540,0	-	540,0	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	540,0	-	-	540,0	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 151,7	155,9	279,1	2 716,7	- 150,4
38	- Konsum 3)	2 832,0	-	309,4	2 522,7	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 59,0	-	59,0	-
40	= Sparen	319,7	96,9	- 30,3	253,1	- 150,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

**Hauptaggregate der Sektoren**

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	= Bruttowertschöpfung	3 743,8	2 547,4	426,0	770,4	-
2	- Abschreibungen	859,0	489,5	111,3	258,2	-
3	= Nettowertschöpfung 1)	2 884,7	2 057,9	314,6	512,2	- 160,1
4	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 137,3	1 547,9	322,7	266,7	19,3
5	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,4	29,0	0,3	10,1	-
6	+ Empfangene sonstige Subventionen	29,5	25,3	0,2	4,0	-
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	737,6	506,4	- 8,2	239,4	- 179,5
8	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 141,4	-	-	2 141,4	15,1
9	- Geleistete Subventionen	91,8	-	91,8	-	4,8
10	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	423,7	-	423,7	-	10,4
11	- Geleistete Vermögenseinkommen	831,6	759,7	29,9	42,0	287,0
12	+ Empfangene Vermögenseinkommen	971,7	543,8	19,5	408,4	146,9
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 351,0	290,5	313,3	2 747,2	- 298,8
14	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	529,7	134,5	-	395,3	14,3
15	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	543,4	-	543,4	-	0,7
16	- Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	841,2	-	-	841,2	4,4
17	+ Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	841,4	142,3	698,2	0,9	4,3
18	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	726,9	74,4	651,7	0,9	0,6
19	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	718,9	-	-	718,9	8,7
20	- Geleistete sonstige laufende Transfers	423,6	225,8	96,7	101,1	83,4
21	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	356,2	198,1	29,4	128,6	150,8
22	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 289,3	196,3	836,0	2 257,0	- 237,1
23	- Konsumausgaben	2 913,5	-	854,0	2 059,5	-
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,2	-	58,2	-
25	= Sparen	375,8	138,0	- 18,0	255,7	- 237,1
26	- Geleistete Vermögenstransfers	105,1	19,3	70,0	15,8	7,4
27	+ Empfangene Vermögenstransfers	89,2	51,0	17,0	21,2	23,3
28	- Bruttoinvestitionen	997,7	584,7	110,3	302,7	-
29	+ Abschreibungen	859,0	489,5	111,3	258,2	-
30	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	18,9	19,2	- 1,0	0,7	- 18,9
31	= Finanzierungssaldo	202,3	55,4	- 68,9	215,9	- 202,3
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 289,3	196,3	836,0	2 257,0	- 237,1
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	529,2	-	529,2	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	529,2	-	-	529,2	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 289,3	196,3	306,8	2 786,2	- 237,1
38	- Konsum 3)	2 913,5	-	324,8	2 588,7	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,2	-	58,2	-
40	= Sparen	375,8	138,0	- 18,0	255,7	- 237,1

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

**Hauptaggregate der Sektoren**

Mrd. Euro

	Gegenstand der Nachweisung	2024				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nicht-finanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 846,1	2 610,0	454,4	781,7	-
2 -	Abschreibungen	884,7	503,2	118,8	262,7	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 961,4	2 106,8	335,5	519,1	- 195,3
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 248,6	1 626,1	343,0	279,5	20,3
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	42,3	31,8	0,3	10,2	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	33,4	29,2	0,2	4,0	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	703,9	478,1	- 7,5	233,3	- 215,6
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 252,8	-	-	2 252,8	16,1
9 -	Geleistete Subventionen	44,9	-	44,9	-	4,8
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	446,2	-	446,2	-	10,3
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	914,4	832,3	33,2	49,0	311,7
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	1 060,1	608,1	20,2	431,8	166,0
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 503,7	253,9	380,8	2 869,0	- 339,7
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	531,7	122,0	-	409,7	14,4
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	545,2	-	545,2	-	0,9
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	888,8	-	-	888,8	5,0
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	889,0	143,6	744,5	0,9	4,8
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	757,2	75,1	681,2	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	749,0	-	-	749,0	8,8
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	433,0	230,3	98,8	103,9	86,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	361,6	202,1	28,6	131,0	158,1
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 437,8	172,1	919,1	2 346,6	- 273,8
23 -	Konsumausgaben	3 040,4	-	893,6	2 146,8	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,0	-	58,0	-
25 =	Sparen	397,4	114,1	25,5	257,8	- 273,8
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	107,7	19,4	72,3	16,1	7,6
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	94,5	54,1	18,3	22,1	20,8
28 -	Bruttoinvestitionen	1 008,3	597,5	118,5	292,3	-
29 +	Abschreibungen	884,7	503,2	118,8	262,7	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	10,9	11,2	- 1,0	0,7	- 10,9
31 =	Finanzierungssaldo	249,8	43,4	- 27,2	233,5	- 249,8
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 437,8	172,1	919,1	2 346,6	- 273,8
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	542,1	-	542,1	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	542,1	-	-	542,1	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 437,8	172,1	377,0	2 888,7	- 273,8
38 -	Konsum 3)	3 040,4	-	351,5	2 688,9	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 58,0	-	58,0	-
40 =	Sparen	397,4	114,1	25,5	257,8	- 273,8

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte und private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2023 bis 2024: Prognose des ifo Instituts.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2022 (1)	2023 (2)	2024 (2)	2022 (1)		2023 (2)		2024 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Zahl der Erwerbstätigen	1,3	0,8	0,3	1,5	1,1	0,9	0,7	0,3	0,2
Arbeitsstunden je Erwerbstätigen 3)	0,0	0,0	0,6	0,4	-0,4	-0,2	0,1	0,4	0,9
Arbeitsvolumen	1,3	0,8	0,9	1,9	0,7	0,8	0,8	0,7	1,1
Produktivität 4)	0,5	-1,2	0,6	1,0	0,0	-1,2	-1,3	0,5	0,7
<b>Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,5</b>	<b>2,9</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,8</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2832,0	2913,5	3040,4	1370,1	1461,9	1420,6	1492,8	1481,8	1558,5
Private Konsumausgaben 5)	1982,7	2059,5	2146,8	955,6	1027,0	1007,1	1052,4	1047,6	1099,1
Konsumausgaben des Staates	849,3	854,0	893,6	414,5	434,9	413,5	440,5	434,2	459,4
Bruttoanlageinvestitionen	872,4	928,8	945,6	418,3	454,2	454,2	474,6	460,3	485,3
Bauten	474,7	504,3	497,1	231,7	243,1	251,1	253,2	246,5	250,6
Ausrüstungen	253,7	274,5	290,2	118,0	135,7	132,1	142,4	139,1	151,2
Sonstige Anlagen	144,0	150,0	158,3	68,6	75,4	71,0	79,0	74,7	83,5
Vorratsveränderungen 6)	89,5	68,9	62,7	47,3	42,2	40,5	28,4	36,1	26,6
Inländische Verwendung	3794,0	3911,2	4048,7	1835,7	1958,3	1915,3	1995,9	1978,2	2070,5
Außenbeitrag	75,9	160,1	195,3	55,2	20,7	85,1	75,0	105,4	89,9
Nachrichtlich: in Relation zum BIP %	2,0	3,9	4,6	2,9	1,0	4,3	3,6	5,1	4,2
Exporte	1954,6	1952,5	2050,4	949,3	1005,3	973,1	979,4	1006,5	1043,9
Importe	1878,7	1792,3	1855,1	894,1	984,6	887,9	904,4	901,1	954,0
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3869,9</b>	<b>4071,3</b>	<b>4244,0</b>	<b>1890,9</b>	<b>1979,0</b>	<b>2000,5</b>	<b>2070,9</b>	<b>2083,6</b>	<b>2160,4</b>
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	10,1	2,9	4,4	12,2	8,3	3,7	2,1	4,3	4,4
Private Konsumausgaben 5)	11,8	3,9	4,2	14,2	9,6	5,4	2,5	4,0	4,4
Konsumausgaben des Staates	6,5	0,5	4,6	7,7	5,4	-0,2	1,3	5,0	4,3
Bruttoanlageinvestitionen	11,3	6,5	1,8	11,8	10,9	8,6	4,5	1,4	2,3
Bauten	13,9	6,2	-1,4	16,6	11,5	8,4	4,2	-1,8	-1,0
Ausrüstungen	10,6	8,2	5,7	6,9	14,0	12,0	4,9	5,3	6,2
Sonstige Anlagen	4,6	4,1	5,5	5,3	4,0	3,4	4,8	5,3	5,7
Inländische Verwendung	11,3	3,1	3,5	12,9	9,8	4,3	1,9	3,3	3,7
Exporte	15,4	-0,1	5,0	16,8	14,1	2,5	-2,6	3,4	6,6
Importe	25,0	-4,6	3,5	27,9	22,6	-0,7	-8,1	1,5	5,5
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>7,4</b>	<b>5,2</b>	<b>4,2</b>	<b>8,7</b>	<b>6,3</b>	<b>5,8</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>4,3</b>
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)</b>									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2420,1	2368,7	2419,1	1196,1	1224,0	1166,1	1202,6	1191,0	1228,1
Private Konsumausgaben 5)	1706,7	1677,3	1714,9	839,0	867,7	824,5	852,9	840,6	874,3
Konsumausgaben des Staates	712,0	690,2	703,0	356,2	355,7	341,1	349,1	349,8	353,2
Bruttoanlageinvestitionen	675,0	673,1	672,9	330,1	345,0	331,1	342,0	327,3	345,6
Bauten	322,8	315,6	305,6	162,6	160,2	158,3	157,3	151,2	154,4
Ausrüstungen	222,9	227,3	235,5	105,1	117,7	109,9	117,4	112,8	122,7
Sonstige Anlagen	129,2	131,9	137,1	61,4	67,9	62,8	69,2	65,0	72,1
Inländische Verwendung	3123,2	3092,1	3138,8	1537,1	1586,0	1524,9	1567,2	1544,3	1594,6
Exporte	1625,5	1633,6	1706,4	805,9	819,6	811,7	821,8	842,4	864,0
Importe	1492,0	1483,5	1553,6	726,1	765,9	728,1	755,5	757,3	796,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3261,9</b>	<b>3247,3</b>	<b>3296,3</b>	<b>1618,9</b>	<b>1643,0</b>	<b>1611,4</b>	<b>1635,9</b>	<b>1631,3</b>	<b>1665,0</b>
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	3,7	-2,1	2,1	6,3	1,3	-2,5	-1,7	2,1	2,1
Private Konsumausgaben 5)	4,9	-1,7	2,2	8,3	1,8	-1,7	-1,7	2,0	2,5
Konsumausgaben des Staates	1,2	-3,1	1,9	2,2	0,2	-4,3	-1,9	2,5	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	-0,3	0,0	0,4	0,3	0,3	-0,9	-1,1	1,0
Bauten	-1,8	-2,2	-3,2	-0,2	-3,4	-2,7	-1,8	-4,5	-1,8
Ausrüstungen	3,3	2,0	3,6	0,7	5,7	4,6	-0,3	2,6	4,5
Sonstige Anlagen	2,1	2,1	3,9	1,7	2,5	2,3	1,9	3,6	4,2
Inländische Verwendung	3,3	-1,0	1,5	4,4	2,2	-0,8	-1,2	1,3	1,7
Exporte	3,4	0,5	4,5	3,9	2,8	0,7	0,3	3,8	5,1
Importe	6,9	-0,6	4,7	7,5	6,3	0,3	-1,4	4,0	5,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,8</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,5</b>	<b>2,9</b>	<b>0,8</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,8</b>

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2022 (1)	2023 (2)	2024 (2)	2022 (1)		2023 (2)		2024 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)</b>									
Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Konsumausgaben	6,2	5,1	2,2	5,5	6,9	6,4	3,9	2,1	2,2
Private Konsumausgaben 5)	6,6	5,7	2,0	5,5	7,6	7,2	4,3	2,0	1,9
Konsumausgaben des Staates	5,2	3,7	2,7	5,4	5,2	4,2	3,2	2,4	3,1
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>	10,9	6,8	1,8	11,3	10,6	8,3	5,4	2,5	1,2
Bauten	16,0	8,7	1,8	16,8	15,4	11,4	6,1	2,8	0,8
Ausrüstungen	7,1	6,1	2,1	6,2	7,8	7,1	5,2	2,6	1,6
Sonstige Anlagen	2,4	2,0	1,6	3,5	1,5	1,1	2,8	1,7	1,4
Inländische Verwendung	7,7	4,1	2,0	8,1	7,4	5,2	3,1	2,0	2,0
Exporte	11,6	-0,6	0,5	12,4	10,9	1,8	-2,8	-0,3	1,4
Importe	17,0	-4,1	-1,2	19,0	15,3	-1,0	-6,9	-2,4	0,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	5,5	5,7	2,7	5,6	5,5	6,3	5,1	2,9	2,5
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>									
a) Mrd. EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2642,3	2747,2	2869,0	1292,8	1349,5	1349,2	1398,0	1402,1	1466,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	360,1	372,5	393,5	174,3	185,8	180,1	192,4	189,7	203,7
Bruttolöhne und -gehälter	1660,4	1769,0	1859,3	788,0	872,4	843,9	925,1	884,8	974,5
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	621,9	605,7	616,2	330,6	291,3	325,2	280,5	327,6	288,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,9	603,8	634,7	263,1	302,8	282,5	321,3	299,4	335,4
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	3208,2	3351,0	3503,7	1556,0	1652,3	1631,7	1719,3	1701,5	1802,2
Abschreibungen	792,6	859,0	884,7	387,6	405,0	425,6	433,5	441,2	443,5
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	4000,8	4210,0	4388,4	1943,6	2057,3	2057,3	2152,8	2142,6	2245,8
nachrichtlich:									
<b>Volkseinkommen</b>	2860,5	3019,1	3102,4	1377,2	1483,4	1473,3	1545,8	1501,3	1601,1
Arbeitnehmerentgelte	2020,5	2141,4	2252,8	962,3	1058,2	1024,0	1117,5	1074,5	1178,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	840,1	877,7	849,6	414,9	425,2	449,3	428,3	426,8	422,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte	7,2	4,0	4,4	8,0	6,4	4,4	3,6	3,9	4,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,6	3,4	5,6	3,6	3,7	3,3	3,6	5,4	5,9
Bruttolöhne und -gehälter	5,7	6,5	5,1	6,6	4,9	7,1	6,0	4,8	5,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,1	5,5	4,7	4,8	3,6	6,0	5,1	4,4	5,0
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,7	7,2	3,9	4,0	3,5	8,1	6,5	4,1	3,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	13,7	-2,6	1,7	14,3	13,0	-1,6	-3,7	0,7	2,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,1	6,7	5,1	5,3	-2,2	7,4	6,1	6,0	4,4
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	6,1	4,4	4,6	7,6	4,7	4,9	4,1	4,3	4,8
Abschreibungen	12,4	8,4	3,0	12,6	12,3	9,8	7,0	3,7	2,3
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	7,3	5,2	4,2	8,5	6,1	5,8	4,6	4,1	4,3
nachrichtlich:									
<b>Volkseinkommen</b>	4,3	5,5	2,8	4,7	3,9	7,0	4,2	1,9	3,6
Arbeitnehmerentgelte	5,3	6,0	5,2	6,0	4,7	6,4	5,6	4,9	5,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	1,8	4,5	-3,2	1,6	2,0	8,3	0,7	-5,0	-1,3
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.</b>									
a) Mrd. EUR									
Masseneinkommen	1657,5	1781,4	1860,8	789,6	867,9	854,2	927,3	892,4	968,5
Nettolöhne und -gehälter	1118,7	1211,4	1263,1	523,8	594,9	572,3	639,0	598,0	665,2
Monetäre Sozialleistungen	686,1	718,9	749,0	338,0	348,1	355,9	363,0	368,8	380,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	147,3	148,8	151,3	72,2	75,1	74,1	74,7	74,4	76,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	621,9	605,7	616,2	330,6	291,3	325,2	280,5	327,6	288,6
Sonstige Transfers (Saldo)	-102,7	-130,1	-130,4	-58,0	-44,6	-61,6	-68,5	-61,9	-68,6
<b>Verfügbares Einkommen</b>	2176,8	2257,0	2346,6	1062,1	1114,6	1117,7	1139,3	1158,1	1188,5
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	59,0	58,2	58,0	28,6	30,4	28,3	29,9	28,2	29,8
Private Konsumausgaben 5)	1982,7	2059,5	2146,8	955,6	1027,0	1007,1	1052,4	1047,6	1099,1
Sparen	253,1	255,7	257,8	135,1	117,9	139,0	116,8	138,7	119,2
<b>Sparquote 7)</b>	11,3	11,0	10,7	12,4	10,3	12,1	10,0	11,7	9,8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Masseneinkommen	3,9	7,5	4,5	2,8	4,9	8,2	6,8	4,5	4,4
Nettolöhne und -gehälter	5,3	8,3	4,3	5,8	4,8	9,3	7,4	4,5	4,1
Monetäre Sozialleistungen	1,4	4,8	4,2	-1,9	4,9	5,3	4,3	3,6	4,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	1,1	1,7	0,5	4,5	2,6	-0,5	0,4	2,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	13,7	-2,6	1,7	14,3	13,0	-1,6	-3,7	0,7	2,9
<b>Verfügbares Einkommen</b>	7,2	3,7	4,0	5,3	9,0	5,2	2,2	3,6	4,3
Private Konsumausgaben 5)	11,8	3,9	4,2	14,2	9,6	5,4	2,5	4,0	4,4
Sparen	-19,9	1,1	0,8	-32,6	2,0	2,8	-1,0	-0,2	2,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2022 (1)	2023 (2)	2024 (2)	2022 (1)		2023 (2)		2024 (2)	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates</b>									
a) Mrd. EUR									
Einnahmen									
Steuern	948,3	993,7	1035,5	467,7	480,6	489,6	504,1	509,4	526,1
Nettosozialbeiträge	665,8	706,5	747,4	321,6	344,2	340,4	366,1	362,7	384,7
Vermögenseinkünfte	16,6	18,8	19,4	9,1	7,5	10,1	8,7	10,4	9,1
Sonstige Übertragungen	28,0	32,7	32,8	12,1	15,9	14,7	18,0	14,7	18,1
Vermögensübertragungen	19,0	17,2	23,1	9,0	10,0	8,3	9,0	13,8	9,3
Verkäufe	143,0	148,6	154,5	66,5	76,5	69,2	79,4	71,9	82,6
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>1820,8</b>	<b>1917,6</b>	<b>2012,8</b>	<b>886,0</b>	<b>934,7</b>	<b>932,2</b>	<b>985,4</b>	<b>982,8</b>	<b>1029,9</b>
Ausgaben									
Vorleistungen	238,5	229,3	237,1	109,9	128,7	105,9	123,4	109,7	127,4
Arbeitnehmerentgelte	307,6	322,7	343,0	149,1	158,4	154,2	168,5	164,5	178,5
Sonstige Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	26,2	29,9	33,2	12,7	13,5	14,3	15,6	15,7	17,4
Subventionen	70,8	91,8	44,9	29,0	41,8	49,0	42,8	18,7	26,2
Monetäre Sozialleistungen	619,3	651,7	681,2	304,7	314,6	322,6	329,1	335,2	346,0
Soziale Sachleistungen	354,0	347,3	355,8	177,2	176,7	171,8	175,5	176,4	179,4
Sonstige Transfers	114,5	96,7	98,8	44,3	70,2	46,0	50,7	47,0	51,8
Vermögenstransfers	92,9	70,0	72,3	22,8	70,1	25,2	44,8	26,1	46,1
Bruttoinvestitionen	103,1	110,3	118,5	43,8	59,3	46,7	63,7	50,3	68,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,0	-1,0	-1,0	-0,6	-0,4	-0,6	-0,4	-0,6	-0,4
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1926,2</b>	<b>1949,0</b>	<b>1984,0</b>	<b>893,1</b>	<b>1033,1</b>	<b>935,1</b>	<b>1013,9</b>	<b>943,2</b>	<b>1040,8</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-106,0</b>	<b>-68,9</b>	<b>-27,2</b>	<b>-6,5</b>	<b>-99,6</b>	<b>-20,8</b>	<b>-48,1</b>	<b>3,4</b>	<b>-30,7</b>
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	7,9	2,1	2,5	12,5	3,8	1,5	2,6	1,7	3,3
Nettosozialbeiträge	5,1	4,8	6,6	5,2	5,1	4,9	4,7	6,4	6,8
Vermögenseinkünfte	8,3	18,6	3,5	9,5	6,9	19,6	17,4	4,6	2,2
Sonstige Übertragungen	-6,2	4,3	-2,9	-18,7	6,1	9,3	0,5	-7,1	0,5
Vermögensübertragungen	-6,9	-9,8	7,1	6,4	-16,4	-9,4	-10,1	9,2	5,1
Verkäufe	6,1	4,1	3,4	8,0	4,5	4,2	4,0	3,0	3,7
Sonstige Subventionen									
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>6,3</b>	<b>3,3</b>	<b>4,1</b>	<b>8,8</b>	<b>4,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>	<b>3,5</b>	<b>4,6</b>
Ausgaben									
Vorleistungen	5,0	-3,9	3,4	4,4	5,5	-3,6	-4,1	3,6	3,2
Arbeitnehmerentgelt	4,5	4,9	6,3	5,4	3,6	3,4	6,4	6,7	5,9
Sonstige Produktionsabgaben									
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	26,0	14,0	11,0	14,5	39,1	12,9	15,0	10,0	12,0
Subventionen	-36,6	29,7	-51,1	-49,4	-23,0	68,9	2,5	-61,8	-38,8
Monetäre Sozialleistungen	1,4	5,2	4,5	-2,3	5,2	5,9	4,6	3,9	5,1
Soziale Sachleistungen	7,3	-1,9	2,4	10,4	4,3	-3,1	-0,7	2,7	2,2
Sonstige Transfers	26,6	-15,6	2,2	2,1	49,3	3,7	-27,8	2,2	2,2
Vermögenstransfers	36,4	-24,6	3,2	11,4	47,2	10,7	-36,1	3,7	3,0
Bruttoinvestitionen	10,4	7,0	7,4	10,0	10,8	6,5	7,4	7,9	7,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern									
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>1,8</b>	<b>0,2</b>	<b>8,2</b>	<b>4,7</b>	<b>-1,9</b>	<b>0,9</b>	<b>2,7</b>
nachrichtlich:									
<b>Finanzierungssaldo in % des BIP</b>	<b>-2,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>-5,0</b>	<b>-1,0</b>	<b>-2,3</b>	<b>0,2</b>	<b>-1,4</b>

- 1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 2) Vorausschätzung des Ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
- 3) Geleistete Arbeitsstunden.
- 4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
- 5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
- 6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
- 7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).